

Die Historische Kommission für Hessen und Waldeck und der Nationalsozialismus (Ende der 1920er bis Ende der 1960er Jahre)

Von Klaus-Peter Friedrich

Zur Einführung

Diese Studie ist auf eine Beauftragung des Verfassers durch die Historische Kommission für Hessen vom 31. Juli 2015 zurückzuführen. Sie galt der Geschichte der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck (so der frühere Name) während der NS-Zeit. Ausdrücklich damit verbunden waren Archivrecherchen zur Geschichte der Historischen Kommission, die sich auf NSDAP-Mitgliedschaften der Vorstandsmitglieder sowie auf aus der Kommission aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen hinausgedrängte Mitglieder erstrecken sollten. Zudem war nach einschlägigen Hinweisen einer nationalsozialistisch geprägten Vereinspolitik im Innenverhältnis gegenüber den Mitgliedern wie auch im Außenverhältnis gegenüber anderen Vereinen/Kommissionen, etwa durch Publikationen oder Verlautbarungen, Pressemeldungen u.a.m., zu forschen. Der zeitliche Rahmen sollte vom Ende der 1920er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre reichen, also auch die Jahre vor und nach der NS-Herrschaft mit in den Blick nehmen. Die Ergebnisse wurden in einer 76-seitigen, am 15. September 2015 fertiggestellten Darstellung zusammengefasst. Für den vorliegenden Beitrag wurde diese auf Wunsch der Historischen Kommission für Hessen noch einmal überarbeitet¹.

Ein erster Zugang:

Der Briefwechsel zwischen Josef Klibansky und Edmund E. Stengel

In einem Brief an den Marburger Mediävisten Edmund E. Stengel (1879–1968) erhob der Frankfurter Rechtsanwalt Josef Klibansky (1902–1957) kurz nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs schwerwiegende Vorwürfe gegen die Historische Kommission für Hessen und Waldeck. Auf Umwegen war der Jurist, der 1934 aus Deutschland fliehen musste und danach den nationalsozialistischen Judenmord mit viel Glück in Frankreich überlebt hatte, in den Besitz eines Schreibens Stengels an Josef Klibanskys Bruder Erich gekommen. Damit hatte der Professor der Philipps-Universität und Vorsitzende der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck am 2. Mai 1947 Kontakt zu seinem früheren Schüler aufnehmen wollen. Konkreter Anlass war die Absicht, ein Editionsprojekt zu Ende zu bringen, mit dem der Historiker Erich Klibansky sich im Auftrag der Historischen Kommission bis in die 1930er Jahre hinein befasst hatte. Stengel lud ihn nun ein, die Arbeit daran, die „unverändert liegen geblieben“ war,

¹ Für nützliche Hinweise danke ich den Herren Holger T. Gräf, Andreas Hedwig, Ulrich Hussong und Hans-Peter Lachmann.

wieder aufzunehmen². Da Stengel davon ausging, dass Erich Klibansky nach England ausgereist war, solange dies Juden noch gestattet war, zugleich aber vermutete, dass er in die USA weitergereist sein könnte, sandte er seinen für Erich Klibansky bestimmten Brief an den Judaisten und Religionswissenschaftler Herbert Martin Loewe am Queens College in Cambridge. Von dort gelangte der Brief – offenbar über das Warburg Institute in London – an Erich Klibanskys Vetter Raymond Klibansky (1905–2005), der 1946 den Lehrstuhl für Logik und Metaphysik an der McGill Universität in Montreal übernommen hatte³. Dieser wiederum ließ ihn Erichs jüngerem Bruder Josef Klibansky in Paris zukommen.

In seinem Brief vom 10. Oktober 1947 teilte Josef Klibansky Stengel mit, dass sein Bruder, dessen Frau, Mutter und drei minderjährige Söhne im August 1942 aus Köln „nach dem Osten deportiert“ und dann höchstwahrscheinlich ermordet wurden. Die Gelegenheit, sich 1939 mit seiner Familie in Cambridge niederzulassen, habe er verstreichen lassen, da er zunächst seinen Schülern zur Auswanderung habe verhelfen wollen, für deren Schicksal er sich als Direktor der jüdischen Höheren Schule Jawne verantwortlich fühlte. Auch habe er, Josef Klibansky, „es nicht vergessen, daß [...] die ‚Historische Kommission für Hessen und Waldeck‘ auf die weitere Mitarbeit meines unvergeßlichen Bruders verzichtete“. Er forderte Stengel auf, ihm als dem „einzig Überlebende[n] unserer Familie“ und „Universalerben“ seines Bruders dessen Manuskript auszuhändigen. Er begründete diesen Wunsch mit den Worten:

„Ich glaube im Geiste meines Bruders zu handeln, wenn ich mich auf das energischste dagegen verwahre, daß sein Name heute im Zusammenhang mit einer wissenschaftlichen Körperschaft genannt wird, die ein Jahrzehnt im Zeichen und im Geiste seiner Mörder gewirkt hat und sei es aus Überzeugung, Feigheit oder Gleichgültigkeit, nie eine Gelegenheit gefunden hat, sich selbst zu einer Zeit, da dies noch möglich war, von diesen Mordgesellen zu distanzieren“⁴.

Der Vorsitzende der Historischen Kommission reagierte in einem längeren Brief, in dem er darlegte, dass „er stets zu [Erich] Klibansky gehalten habe wie auch zu anderen jüdischen Kollegen“, und er belegte dies mit „Ehrenerklärungen jüdischer Überlebender“. Das Manuskript sei Eigentum der Kommission. „Nach mehrmaligem Auffordern dankt Josef Klibansky Prof. Stengel für sein Verhalten und spricht ihm seine aufrichtige Bewunderung aus“⁵.

² Abgedruckt in dem Aufsatz von Friedrich G. PAFF, Die Akte Klibansky. Aus der Arbeit der Historischen Kommission für Kurhessen und Waldeck, Marburg. Ein beinahe verloren gegangener Briefwechsel, in: Gideon SCHÜLER (Hrsg.), Zwischen Unruhe und Ordnung. Ein deutsches Lesebuch für die Zeit von 1925–1960 am Beispiel einer Region: Mittelhessen, Gießen 1989, S. 90–106, hier S. 101.

³ Ebd., S. 102; siehe auch Raymond KLIBANSKY, Erinnerung an ein Jahrhundert. Gespräche mit Georges Leroux, Frankfurt/M. 2001, S. 163. 1945/46 war Raymond Klibansky im besetzten Deutschland „in offizieller Mission [...] im Dienste des Hauptquartiers von General Montgomery“ tätig gewesen: „Es ging darum, die Einstellung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Professoren, gegenüber dem Zusammenbruch des Regimes“ zu eruieren“, S. 155.

⁴ PAFF (wie Anm. 2), S. 102.

⁵ So Paffs Zusammenfassung eines Briefs, der in seinem Aufsatz nicht abgedruckt ist; ebd., S. 100.

Auf die oben zitierten Anschuldigungen kam Stengel in einem Schreiben vom 9. Mai 1948 zurück: „Dieser Satz, allgemein gehalten und unsubstanziert, wie er ist, läßt nicht erkennen, worauf er sich eigentlich gründet und was für Handlungen oder Unterlassungen er im Auge hat“. Die Historische Kommission sei eine „gelehrte Gesellschaft, [...] keine Veranstaltung des Staates, sondern völlig unabhängig und autonom“⁶. In „politische Tagesfragen“ habe sie nie eingegriffen: „Von dieser Haltung ist sie auch in den Jahren 1933–45 nicht um Haaresbreite abgewichen“. Jenen Vorstandsmitgliedern, die „als Staatsbeamte aus ihren Stellungen entfernt wurden“, habe die Historische Kommission „ausdrücklich erklärt, daß ihre Vorstandschaft dadurch nicht berührt werde“⁷. „Dies darf wohl als deutliches Kennzeichen dafür gelten, daß sie nicht im Geiste der Mörder Ihres Bruders gewirkt hat“, meinte Stengel. Von den nationalsozialistischen Machthabern habe sie sich „nicht mit ausdrücklichen Erklärungen distanziert“, doch habe sie dazu „auch keinen gebotenen Anlaß gehabt. Vielmehr war es ihre Pflicht, mit Anstand ihre Stellung zu wahren und ihren wissenschaftlichen Charakter unangetastet durch die Jahre hindurchzuretten (was ihr gelungen ist, wie alle ihre damaligen Veröffentlichungen bezeugen)“. Und schon dies sei „schwer“ gewesen. Josef Klibanskys schlechte Meinung über die Historische Kommission führte Stengel auf dessen „Vorstellung“ zurück, die er sich irrigerweise von dem Verhältnis der Kommission zu Erich Klibansky gemacht habe, der „in so entsetzlicher Weise ums Leben gekommen“ war. Die Schriftstücke, die er Josef Klibansky vorgelegt hatte, hätten dem, so dachte Stengel, den „Boden entzogen“. Daher forderte er ihn nun auf, er möge seine „schwere Beleidigung der Historischen Kommission [...] als unbegründet zurückziehen und die Ehrenerklärung, die Sie mir persönlich übermittelten, auf die Historische Kommission ausdehnen“. Als „Vorsitzender der Kommission habe ich“, so Stengel, „in der ganzen Zeit, die Sie im Auge hatten, die Kommission nach außen hin vertreten, und ich bin für jeden einzelnen Zug und Punkt ihrer Haltung voll verantwortlich“. Er fügte hinzu, dass die Historische Kommission schon mehrere Monate zuvor Schritte unternommen habe, einen geeigneten Bearbeiter zu finden, um das Werk von Erich Klibansky, „das ja namentlich noch der Einleitung entbehrt und noch mancher Ergänzungen bedarf“, zu vollenden⁸.

Ob Josef Klibansky Stengel die Ehrenerklärung gegeben hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, dass der Marburger Professor 1942 der NSDAP beigetreten war? Dies geschah wenige Wochen, bevor Erich Klibansky mit seiner ganzen Familie an den Massengräbern bei Minsk auf ungeheuer grausame Weise ermordet worden ist.

Josef Klibansky unterließ es offenbar, auf diesen Brief zu antworten – auch dann, als er ab Mitte 1948 wieder dauerhaft in Frankfurt/M. lebte⁹. Das von Erich Klibansky hinterlassene Manuskript über die „Amöneburger Kellereirech-

⁶ Neue Mitglieder wurden in die Kommission durch Kooptation aufgenommen, teils von beteiligten Institutionen ernannt.

⁷ Es ist unklar, welche Vorstandsmitglieder hier gemeint sind. Hans-Peter Lachmann zufolge ging es hier u. a. um den Kasseler Bibliotheksdirektor Wilhelm Hopf.

⁸ PAFF (wie Anm. 2), S. 103.

⁹ Ebd., S. 100.

nungen“ des 14. Jahrhunderts, ein bis in die 1920er Jahre zurückreichendes Editionsprojekt der Historischen Kommission, hatte noch zwei weitere Bearbeiter. Auch 65 Jahre nach dem Briefwechsel ist es noch nicht im Druck erschienen.

Zur Problemstellung

Der Literatur lässt sich wenig entnehmen, um den Konflikt zwischen Josef Klibansky und Professor Stengel genauer einzuschätzen. Walter Heinemeyer, späterer Vorsitzender der Historischen Kommission, bemerkte 1977 über Klibansky ganz kurz: „Um die neue verwaltungsgeschichtliche Reihe zu erweitern, hatte Stengel schon 1924 erwirkt, daß sein Schüler Erich Klibansky [...] die aus dem 14. Jahrhundert stammenden, im Staatsarchiv Würzburg überlieferten Amöneburger Kellereirechnungen zu bearbeiten begann. Klibansky hat die Arbeit, die in ‚Quellen zur kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen‘ umbenannt worden war, nicht abschließen können“¹⁰.

Zur Hundertjahrfeier der Historischen Kommission schrieb Heinemeyer 1997 über deren Verhältnis zum Nationalsozialismus lapidar:

„Im Gegensatz zu anderen historischen Kommissionen ist die Historische Kommission für Hessen und Waldeck als eine vom Staat unabhängige gelehrte Gesellschaft gegründet worden. Sie hat diesen Charakter [...] bewahrt. Auch in der Zeit des nationalsozialistischen Dritten Reiches ist nicht versucht worden, in personeller, wissenschaftlicher oder finanzieller Hinsicht auf die Kommission einzuwirken“¹¹.

Hauptaufgabe dieser Studie soll nun sein, herauszufinden, ob die Anschuldigungen Josef Klibanskys tatsächlich so „unsubstanziiert“ waren, wie Stengel glaubte. Zu diesem Zweck ist zunächst der Umgang der Historischen Kommission mit jenen ihrer Mitglieder darzustellen, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden. Im Mittelpunkt müssen dabei ihre beiden jüdischen Mitglieder stehen. Überdies ist hier darauf einzugehen, wie sich unter dem Nationalsozialismus das Verhältnis der Kommission zum Marburger Bankhaus Baruch Strauß gestaltete, das 1919 einer der Stifter der Historischen Kommission war. Seit 1921 unterstützte das Unternehmen die Kommission zudem als Patron mit einem festen Jahresbeitrag.

Sodann ist detailliert den Fragen nachzugehen, ob – wie Stengel behauptete – die Historische Kommission „in den Jahren 1933–45“ tatsächlich „nicht um Haaresbreite“ von ihrer vorherigen Haltung „abgewichen“ ist, ob es ihr tatsächlich gelang, „ihren wissenschaftlichen Charakter unangetastet durch die Jahre hindurchzuretten“, und ob dies tatsächlich „alle ihre damaligen Veröffentlichungen bezeugen“ können.

¹⁰ Walter HEINEMEYER, 80 Jahre Historische Kommission für Hessen, in: Hess.Jb.LG 28 (1978), S. 1–49, hier S. 36.

¹¹ Walter HEINEMEYER, Die Historische Kommission für Hessen 1897–1997. Geschichtlicher Überblick, wissenschaftliche Unternehmungen, in: DERS. (Hrsg.), Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897–1997 2 (VHKH 61/2), Marburg 1997, S. 1215–1235, hier S. 1222.

Die letzte Behauptung wäre aufgrund einer Gesamtanalyse der Publikationen der Historischen Kommission nachzuprüfen. Da jedoch mehrere Dutzend zwischen Ende der 1920er Jahre und 1944 veröffentlichte Studien infrage kommen, die aus arbeitsökonomischen Gründen im Rahmen dieser Studie nicht in Gänze berücksichtigt werden können, ist das Augenmerk hier auf die diesen Büchern beigegebenen Vorworte, Widmungen, Geleitworte und Ähnliches zu richten – und auf einige wenige Stichproben in Bezug auf inhaltliche Aussagen. Den Geschäftsakten der Historischen Kommission (Vorstandsprotokolle) und den Jahresberichten sind Erkenntnisse darüber zu entnehmen, inwieweit man sich von 1933 an Themen öffnete, die von den neuen Machthabern erwünscht waren und gefördert wurden¹².

Angaben zu Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen der zwischen Ende der 1920er und Ende der 1960er Jahre tätigen 13 Mitglieder des engeren Vorstands der Historischen Kommission – Vorsitzende, Schriftführer, Schatzmeister – werden im abschließenden Abschnitt zusammengefasst. Hier ist auch auf die Entnazifizierung und den weiteren Lebens- und Berufsweg der politisch Belasteten einzugehen. Auf weiter vorausschauende Entwicklungen deutend, soll am Ende Ludwig Rosenthal und seine Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission vorgestellt werden.

Ergebnisse

Einschlägige Hinweise auf eine nationalsozialistisch geprägte Vereinspolitik im Innenverhältnis gegenüber den Mitgliedern sowie im Außenverhältnis – gegenüber anderen Vereinen/Kommissionen, durch Publikationen oder Verlautbarungen, Pressemeldungen – ließen sich anhand des hier analysierten Materials kaum feststellen. Der Wechsel im Vorsitz von Friedrich Küch (1863–1935) zu Edmund E. Stengel war 1929 erfolgt¹³. Der Jahresbeginn 1933 bedeutete in organisatorischer Hinsicht keinen Einschnitt. In der Historischen Kommission, und erst recht in ihrem Vorstand, waren Mitglieder linker Parteien nicht zu vermuten, niemand hatte sich als politischer Gegner der Nationalsozialisten profiliert.

Schon 1929 war eine Änderung von § 6 der Satzung beschlossen worden¹⁴, wonach der Vorstand höchstens 23 Mitglieder umfassen sollte, von denen fortan elf aus den Reihen der Stifter, Patrone und Mitglieder gewählt, weitere von staatlichen Einrichtungen und den vier Vereinen ernannt wurden, die in der Historischen Kommission vertreten waren¹⁵.

Stengel selbst beeinflusste, so Walter Heinemeyer,

„als Vorstandsmitglied (seit 1920) und dann als Vorsitzender (von 1929–1954) entscheidend die landesgeschichtlichen Planungen der Historischen Kommission, so sehr, daß diese gelegentlich als ‚Ein-Mann-Betrieb‘ gekennzeichnet wurde. [...] Fest

¹² Die Jahresberichte der Historischen Kommission befinden sich gebunden in der Bibliothek des Staatsarchivs Marburg, StAM, Zs 50 (1898–1947) und Zs 50 (45–71, 1947–1968).

¹³ Siehe dazu ebd., Best. 325/33, Nrn. 121, 87.

¹⁴ Siehe dazu das maschinenschriftliche Protokoll der Vorstandssitzung vom 1.6.1929, ebd., Nr. 121, wonach der Vorstand dem Vorschlag Stengels zustimmte, den § 6 zu ändern.

¹⁵ Ebd., Nrn. 346, 253, 121.

im nationalen Liberalismus des Bismarckschen Reiches wurzelnd, faßte er dieses als gedanklich in den Traditionen des mittelalterlichen Kaisertums stehend auf¹⁶.

In seiner Rede zur akademischen Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1930 über „Regnum und Imperium“ – über „engeres und weiteres Staatsgebiet im alten Reich“ – sprach sich Stengel gegen den „Schwarmgeist“ und gegen das Gerede vom „dritte[n] Reich“ aus¹⁷. Diese reservierte Haltung sollte er bis ins Frühjahr 1933 beibehalten¹⁸.

Zur gleichen Zeit korrespondierte Stengel mit antisemitischen Briefpartnern inner- und außerhalb Marburgs. Professor Ernst Maass (1856–1929), Klassischer Philologe an der Marburger Universität und Geheimer Regierungsrat, der seit 1902 als Mitglied der Historischen Kommission angehörte, war die Verbindung der Kommission zu dem Bankhaus Baruch Strauß ein Dorn im Auge. So wandte er sich am 17. März 1927 an Stengel, um gegen eine Stiftung des Bankhauses Baruch Strauß für eine an der Marburger Universität im Entstehen begriffene „wissenschaftliche Gesellschaft“ (deren Name hier nicht genannt wird¹⁹) Stellung zu nehmen, für die die Bank RM 20.000 gespendet hatte. Stengel entgegnete dem „[h]ochverehrten Geheimrat“ noch am gleichen Tag, es sei nicht richtig, dass „jüdisches Geld‘ die werdende wissenschaftliche Gesellschaft ‚finanziere‘“, vielmehr habe das Bankhaus, „das mir als ein anständiges und solides Geschäft bekannt ist“, seine Stiftung „auf Veranlassung“ des emeritierten Professors Ernst Elster (1860–1940) gemacht. Er stellte schließlich grundsätzlich fest:

¹⁶ Walter HEINEMEYER, Nachruf auf Edmund E. Stengel, in: AD 16 (1970), S. 506–513, hier S. 511.

¹⁷ Mitteilungen des Universitätsbundes Marburg e.V., Nr. 27 (Jan. 1930), S. 1–7, hier S. 7. Stengel schloss mit dem Wunsch, dass der Reichsgründungstag (18. Januar) „wieder ein Festtag aller Deutschen werden möge“. Die Feier wurde überschattet von „unliebsamen Vorkommnisse[n] anlässlich des Besuches des Kultusministers [Carl Heinrich Becker (1876–1933)] in der Universität“, die Rektor Karl Helm (1871–1960) ansprach, wobei er verurteilte, dass „die Verrohung des politischen Kampfes auch auf die akademische Jugend übergegriffen habe. Durch die Ausschreitungen einiger Studenten sei das Gastrecht zum Schaden derselben in gröblicher Weise verletzt worden“. Oberhessische Zeitung, Nr. 16, vom 20.1.1930, S. 4 (Reichsgründungsfeier der Universität Marburg).

¹⁸ Siehe seinen Brief an Ludwig Clemm (1893–1975) vom 9.4.1933, in dem er betonte: „an ein drittes Reich vermag ich nicht zu glauben“, zit. nach Ulrich REULING, Mittelalterforschung und Landesgeschichte auf neuen Wegen. Der Historiker Edmund E. Stengel als Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisator in den zwanziger Jahren, in: Günter HOLLENBERG u. a. (Red.), Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Kassel 2006, S. 143–164, hier S. 162, Anm. 113.

¹⁹ Es ging hier um Bemühungen, eine wissenschaftliche Akademie in Marburg zu gründen, die sich „Marburger Gesellschaft der Wissenschaften“ nennen sollte; mündliche Auskunft von Herrn Prof. em. Martin Kraatz, 15.9.2015. Siehe auch Martin KRAATZ, Die Religionskundliche Sammlung, eine Gründung Rudolf Ottos, in: Ingeborg SCHNACK (Hrsg.), Marburger Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Lebensbilder aus Hessen 1 (VHKH 35/1), Marburg 1977, S. 382–389; Volker LOSEMANN, Der Marburger Schlossplan 1927–1945. Zeitgeschichtliche Wandlungen eines Forschungsprojekts, in: Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg (Academia Marburgensis 1), für den Fachbereich Geschichtswissenschaften hrsg. von Walter HEINEMEYER, Thomas KLEIN, Hellmut SEIER, Marburg 1977, S. 353–405.

„Bleibe noch die Frage, ob eine ‚jüdische Schenkung‘ für eine wissenschaftliche Gesellschaft tragbar ist, wenn sie aus achtbaren Händen kommt und hinter den anderen Einnahmen der Gesellschaft so weit zurücktritt, daß sie einen jüdischen Einfluß keineswegs bedingt, wie das im vorliegenden Falle gilt. Ich will Sie hier zu nicht mit grundsätzlichen Auseinandersetzungen behelligen, wie ich in dieser Frage denke [...]. Ich will nur erwähnen, daß seinerzeit nicht nur in dem engeren vorbereitenden Ausschuß, sondern auch in einem weiteren Kreise der alten Naturwissenschaftlichen Gesellschaft kein ablehnendes Wort gefallen ist; zu diesem Kreis haben Herren gehört, an deren Gesinnung auch bei Ihnen kein Zweifel sein dürfte“.

Maass hielt seine Beschwerde aufrecht und erwiderte, auch er halte RM 20.000 „für eine achtbare Summe“, doch sei sie ihm „ganz gleichgültig gewesen: die Beteiligung [des Bankhauses Baruch Strauß] ist es gewesen und ist es unvermindert noch“²⁰.

Stengel selbst war, wie er am 2. Dezember 1928 in einem Brief an seinen Freund und Kollegen Albert Brackmann schrieb, besorgt über die „semitische Expansion“ unter den Lehrenden an der Philipps-Universität, er klagte: „Wir haben jetzt 6 bis 7 Rassejuden in der phil.-hist. Sektion“²¹. Hans Hirsch (1878–1940)²², Professorenkollege in Wien und Mitglied der Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica (MGH), fragte 1932 bei Stengel an, wie es um die (rechte) politische Zuverlässigkeit des Chemikers Alfred Thiel (1879–1942) bestellt sei, der für einen Ruf an die Universität Wien infrage komme²³. Der Marburger konnte ihn diesbezüglich beruhigen – Thiel nehme eine „gemäßigt rechtsgerichtete Haltung“ ein und sei Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) –, musste aber einräumen: „Er hat hier nie zu den allerdings sehr wenigen gehört, die gegen das vordringende Judentum reagierten. Ja, dieses hat in einzelnen Fällen aus Th.s, gewiß ehrlich gemeinter, Haltung geradezu Nutzen gezogen“²⁴. Hirsch gab sich in seinem Dankschreiben vom 19. März 1932 in Bezug auf diesen Punkt verständnisvoll: „Bei den vielfältigen Beziehungen gerade der Chemie zum Judentum erwartet niemand von vornherein von einem Vertreter dieses Faches, daß er alle Juden, mit denen er notwendigerweise zu tun hat, sofort umbringt [...]“²⁵. Thiel werde also auf die Liste kommen²⁵.

Gewiss, Stengel korrespondierte auch mit jüdischen Kollegen und Schülern. 1930 hatte die Kommission mit Erich Klibansky, der bei Stengel promoviert hatte

²⁰ StAM, Best. 340, Nachlass Stengel, K. 21. Ich danke Klaus Schäfer für diesen Hinweis.

²¹ Anne Christine NAGEL (Hrsg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000, S. 95 (Dok. 16), mit Bezug auf StAM, Best. 340 Nachlass Stengel, K. 18.

²² Der Wiener Mediävist Hans Hirsch stellte 1938 einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP.

²³ NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 96 (Dok. 17).

²⁴ Ebd., S. 97 (Dok. 18).

²⁵ Ebd., S. 98 (Dok. 19). Thiel blieb bis zu seiner Emeritierung 1941 in Marburg. Stengel veröffentlichte 1942 eine Würdigung der Leistungen Hirschs im „großdeutschen“ Geist der Zeit: Hans Hirsch. Ein Nachruf, in: DA 5 (1942), S. 178–189, http://www.digizeitschriften.de/download/PPN345858700_0005/log14.pdf, eingesehen am 22.2.2017.

und mehrere Jahre im Auftrag der Kommission als Honorarkraft tätig gewesen war, sogar einen Juden als Mitglied aufgenommen. 1932 freilich wählte die Kommission auch den Kunsthistoriker und Direktor des Universitätsmuseums Dr. Albrecht Kippenberger (1890–1980) in den Kreis ihrer Mitglieder²⁶, der schon Ende 1931 in die NSDAP eingetreten war.

Einen Eindruck von der Berauschung, die mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten einherging, vermittelt die ansonsten betont sachliche Niederschrift über die Jahresversammlung im Juli 1933²⁷. In der ursprünglichen Aufzeichnung für den Jahresbericht für 1932/33 heißt es:

„Vor dem Eintritt in den geschäftlichen Teil der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Prof. Dr. E. Stengel des großen Umschwungs, der sich im Frühling dieses Jahres in der deutschen Nation vollzogen habe. ‚An ihm kann‘ – so etwa führte er aus – ‚die Historische Kommission, obwohl sie eine Gemeinschaft stiller, gelehrter Arbeit und auch nach ihrer rechtlichen Konstruktion keine Unternehmung des Staates ist, um so weniger schweigend vorübergehen, als es sich hier nicht nur um einen politischen, sondern vor allem zugleich um einen tiefgreifenden Vorgang kultureller Erneuerung handelt, von dem auch eine Gesellschaft wie die unsrige nicht unberührt bleiben wird. Die Kommission fühlt darum die innere Verpflichtung, zu der neuen Führung des deutschen Staates sich zu bekennen. Sie darf dabei von sich sagen, daß sie zu denen gehört, die von der neuen Zeit lernen wollen, die aber nicht von Grund aus umzulernen brauchen; denn ihre Arbeit ist ja schon immer den Gleisen des geschichtlichen Geschehens nachgegangen – die ‚ausgefahrenen‘ hat sie vor 15 Jahren ein böses, unvergeßbares Wort genannt –, die gerade die große Bewegung unserer Zeit, so sehr sie in die Zukunft drängt, dankbar wieder zu Ehren bringen will. Und wir dürfen auch in ganz besonderem Maße vertrauen, daß unsere Bestrebungen und Unternehmungen in dieser neuen Zeit und bei ihren berufenen Führern Verständnis und Förderung finden werden. Gilt doch unsere geschichtliche Arbeit eben dem kostbaren Erbgut der Nation, in dem der neue Staatsgedanke zu tiefst gewurzelt ist, dem echtes Volkstum erzeugenden und bewahrenden Boden der Heimat““.

Stengel strich diesen Text bei seiner Korrektur erheblich zusammen und ließ den folgenden Satz stehen, der mit den Korrekturen an die Druckerei übermittelt wurde:

„Vor dem Eintritt in den geschäftlichen Teil der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende sodann des großen Umschwungs, der sich im Frühling dieses Jahres in der deutschen Nation vollzogen habe, und er brachte zum Ausdruck, daß die Historische Kommission zu der neuen Führung des Staates sich freudig bekenne; gelte doch ihre Arbeit eben dem kostbaren Erbgut der Nation, in dem der neue Staatsgedanke zu tiefst gewurzelt ist, dem echtes Volkstum erzeugenden und bewahrenden Boden der Heimat“²⁸.

In der wiederauflebenden Wertschätzung der deutschen „Heimat“ glaubte Stengel eine gemeinsame Basis für künftige wissenschaftliche Unternehmungen im nationalsozialistischen Staat zu erkennen. Man war noch Mitte der 1930er Jahre der Überzeugung, „[w]ertvolle Arbeit für die Heimat“ zu leisten²⁹.

²⁶ Protokoll der Vorstandssitzung vom 2.7.1932; StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

²⁷ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

²⁸ 36. Jahresbericht für 1932/33, S. 2.

²⁹ Überschrift eines Zeitungsberichts (1935); StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

Das 1926 gegründete und von Stengel geleitete Institut für geschichtliche Landeskunde in Hessen und Nassau und dessen Mitarbeiter wirkten im 1934 gegründeten Arbeitsring Hessischer Heimatforschung an der Philipps-Universität mit³⁰. Stengel selbst war bemüht, sich aus eigener Initiative zugunsten einer Breitenwirkung der „deutsche[n] Heimatforschung“ einzubringen – auch in Verbindung mit dem NS-Lehrerbund. Laut dem Jahresbericht der Historischen Kommission für 1933/34 erwähnte Stengel „zwei vom Institut mit Unterstützung von fachverwandten Lehrkräften aus dem Kreis der Universität veranstaltete, stark besuchte heimatkundliche Lehrgänge³¹ für Volksschullehrer (Oktober 1933 und März 1934)“³². Den ersten Lehrgang veranstaltete „das Marburger landesgeschichtliche Institut gemeinsam mit ihm zugehörigen oder nahestehenden Vertretern der hessischen Heimatforschung für die Volksschullehrerschaft Kurhessen“, den zweiten „als ein Stück Schulungsarbeit der Marburger Kreisgruppe des nationalsozialistischen Lehrerbundes“³³. Außer Stengel hielten die Vorträge Ludwig Zimmermann (1895–1959), Friedrich Uhlhorn (1894–1974) und Bernd Martin (1889–1983), allesamt Mitglieder der Historischen Kommission seit 1928, Luise Berthold (1891–1983), Mitglied seit 1930, und Carl Knetsch (1874–1938), Mitglied seit 1923. Als junger Referent war außerdem Kurt Scharlau (1906–1964) dabei, den die Historische Kommission 1938 aufnahm. Man propagierte Schlagwörter der NS-Ideologie – Volksgemeinschaft, Blut und Boden – und sprach von „bodengebundenen Menschen“. Stengel glaubte, der Nationalsozialismus wolle Reich und Heimat zusammenführen³⁴. Ludwig Zimmermann verpflichtete die Wissenschaft zu der Aufgabe, den Deutschen zu verhelfen, „ein Volk zu werden“³⁵.

Die Einführung in die „Rassen- und Erbpflege“ gab der Marburger Student Fritz Schwalm (* 1910), der zu den wenigen Vorkämpfern des Vernichtungsdenkens gehören sollte, die 1948 als Kriegsverbrecher und wegen ihrer Verbrechen an der Menschheit verurteilt wurden. Er sah es als Aufgabe der Lehrer an, „die rassisch, d. h. körperlich und geistig Wertvollen in unserer Bevölkerung“ zu erkennen und zu fördern. Als „negative und doch bedeutende bevölkerungspolitische Maßnahme“ empfahl er die Sterilisierung der Nicht-„Wertvollen“. Mit Bezug auf die deutschen Kriegstoten von 1914 bis 1918 erklärte er: „Das Blut von zwei Millionen bester Deutscher ruft uns auf, Hüter und Wahrer guten deutschen Blutes für eine große Zukunft unseres Volkes zu werden“³⁶. In seinen Ausführ-

³⁰ 38. Jahresbericht für 1934/35, S. 5.

³¹ Hervorhebungen im Original (Sperrungen, Unterstreichungen) sind bei den beiden voranstehenden Wörtern und im Folgenden aus redaktionellen Gründen nicht wieder gegeben.

³² 37. Jahresbericht für 1933/34, S. 4 f.

³³ Edmund Ernst STENGEL (Hrsg.), Die Heimat. Ein Lehrgang für Volksschullehrer namens des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Marburg, Langensalza u. a. 1934, S. 3 f.

³⁴ Stengel benutzte Blut und Boden mit Anführungszeichen, siehe Edmund E. STENGEL, Heimatgeschichte und allgemeine Geschichte, in: ebd., S. 11–21, hier S. 12.

³⁵ Ludwig ZIMMERMANN, Wissenschaft und Heimatkunde, in: ebd., S. 5–10, hier S. 7.

³⁶ Fritz SCHWALM, Rassen- und Erbpflege in der Dorfgemeinschaft, in: ebd., S. 65–72, hier S. 71 f.

rungen über die „arische Abstammung“ vertrat auch Staatsarchivdirektor Carl Knetsch die Auffassung: „Der Begriff des Herrenmäßigen, der sich ursprünglich mit dem Worte arisch verbindet [...], verpflichtet“³⁷. Innerhalb weniger Monate war der deutsche Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Lehrerfortbildung wurde danach nicht fortgesetzt. Bei dem Projekt einer geschichtlichen Flurnamenaufnahme bediente man sich freilich der guten Kontakte. Laut dem Jahresbericht für 1933/34 würdigte diese Stengel vor den Teilnehmern der Jahresversammlung: Bei der Flurnamenerkundung hätten „sich besonders die im NSLB organisierten Lehrerschaften verdient gemacht“. Im Bericht über die Jahresversammlung von 1935 hieß es: „Die mündliche Fluraufnahme hat unter der Leitung von Studienrat Fr. Schneider³⁸ [...] gewaltige Fortschritte gemacht. [...] Kerntuppe dieses Teils der Arbeit waren die Lehrerschaften des nationalsozialistischen Lehrerbundes“.

Zum 40-jährigen Jubiläum der Historischen Kommission hob der Vorsitzende 1937 deren Verdienste hervor, ehe seine Worte „in ein Gelöbnis der Kommission aus[klangen], auch weiterhin Dienerin des Vaterlandes und der Heimat zu sein“³⁹. Noch Ende der 1930er Jahre, als die Vorbereitungen für Hitlers Eroberungskrieg allenthalben sicht- und spürbar waren, wähnte sich diese „Wissenschaft im Dienste der Heimatgeschichte“⁴⁰. Das neu erwachte Heimatgefühl stand bei Stengel zur gleichen Zeit in einem Spannungsverhältnis zu den überkommenen, aus den Traditionen des 19. Jahrhunderts fortwirkenden Forschungsinteressen, denn „[i]m Mittelpunkt seines politischen Denkens stand der deutsche Staat [...]“⁴¹. Dessen Machthabern huldigte der Vorsitzende der Historischen Kommission im Juli 1934 bei der Eröffnung der Jahresversammlung „mit einem Treuebekenntnis zu Staat und Führer“⁴².

Wie Ulrich Reuling feststellte, stand Stengel

„den neuen Verhältnissen nicht ablehnend gegenüber und versprach sich, wie gelegentliche Äußerungen erkennen lassen, eine nachdrückliche Förderung der Landesgeschichte und Heimatforschung durch die neuen Machthaber. Vor allem aber erhoffte er sich eine stärkere finanzielle Unterstützung für sein Institut“⁴³.

Der Marburger Geschichtsprofessor und politische Mensch Edmund E. Stengel gehörte aber auch zu den insgesamt fast eintausend Hochschulangehörigen des Deutschen Reichs, die sich am 11. November 1933 in einem öffentlichen

³⁷ Ebd., S. 73.

³⁸ Friedrich (Fritz) Schneider war Leiter der Flurnamenstelle der Philipps-Universität.

³⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁴⁰ So titelte ein Zeitungsbericht über die 42. Jahresversammlung (1939); StAM, Best. 325/33, Nr. 135.

⁴¹ Walter HEINEMEYER, Edmund E. Stengel, in: SCHNACK, Marburger Gelehrte (wie Anm. 19), S. 536–543, hier S. 543.

⁴² Kasseler Post, Nr. 200, vom 24.7.1934, 2. Blatt; StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁴³ Ulrich REULING, Von der „Atlaswerkstatt“ zur Landesbehörde. Das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg in seiner institutionellen und forschungsgeschichtlichen Entwicklung unter Edmund E. Stengel und Theodor Mayer, in: HEINEMEYER, Hundert Jahre (wie Anm. 11), S. 1169–1203, hier S. 1192 f.

„Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ persönlich für das NS-Regime aussprachen⁴⁴. An der Behauptung Reulings, Stengel habe sich seine „Distanz zum Nationalsozialismus noch über das Schwellenjahr 1933 hinweg bewahrt, um sich dann allerdings mehr und mehr mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren“⁴⁵, sind also erhebliche Abstriche zu machen.

Jüdische Mitglieder der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck

Laut dem Jahresbericht für 1932/33 vom Juli 1933 hatte die Historischen Kommission zu dieser Zeit 110 Mitglieder, die zum großen Teil, aber nicht nur, in Marburg und Umgebung wohnten. Die Zahl der Patrone betrug 65, die der Stifter 16. Wissenschaftler wurden – wie in wissenschaftlichen Gesellschaften üblich – per Kooptation durch die Wahl der Kommissionsmitglieder zum Mitglied bestimmt.

Martin Wolff

Der bedeutende Rechtswissenschaftler Martin Wolff (1872–1953) wurde „[a]uf Vorschlag des Vorstands“ am 13. Juli 1918 in die Historische Kommission aufgenommen⁴⁶. Wolff entstammte einer Berliner jüdischen Kaufmannsfamilie, war 1894 promoviert worden und hatte sich im Jahr 1900 habilitiert; 1903 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt. „Trotz erstklassiger Qualifikation erhielt er erst 1914 in Marburg eine ordentliche Professur; eine derartige Benachteiligung jüdischer Dozenten war [...] keine Ausnahme“⁴⁷, heißt es in seiner Biografie. In Marburg lehrte Wolff deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht, Handelsrecht und bürgerliches Recht, 1916/17 war er zudem Dekan der Juristischen Fakultät. Später wirkte er in Bonn und von 1921 an wieder in Berlin. Im Mai 1933 stürten nationalsozialistische Studenten massiv seine Vorlesungen mit der Absicht, ihn vom Berliner Lehrstuhl zu vertreiben, womit sie 1934 Erfolg hatten. Zur „Entpflichtung“ kam es am 3. Juli 1935, ohne dass

⁴⁴ Von der Marburger Universität unterzeichneten den auch als „Ruf an die Gebildeten der Welt“ bezeichneten Aufruf des NSLB Sachsen 104 Personen, siehe Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, überreicht vom Nationalsozialistischen Lehrerbund Deutschland/Sachsen, Dresden 1934, S. 131 (auch https://de.wikipedia.org/wiki/Bekanntnis_der_deutschen_Professoren_zu_Adolf_Hitler#/media/File:Bekanntnis_33_Marburg.tif, eingesehen am 22.2.2017). Stengels Vorgänger als Vorsitzender der Historischen Kommission, Friedrich Küch, gehörte ebenfalls zu den Unterzeichnern dieses Bekenntnisses. Anders als die Historiker verweigerte sich die Marburger Theologische Fakultät komplett; siehe NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 185–188 (Dok. 81–83).

⁴⁵ REULING, Mittelalterforschung (wie Anm. 18), S. 162 f.

⁴⁶ Bericht über die Jahre 1914/15–1917/18 [18.–21. Jahresbericht], S. 2 (Personalbestand). Den engeren (geschäftsführenden) Vorstand bildeten damals Goswin Freiherr von der Ropp als Vorsitzender, Friedrich Küch als Schatzmeister und Staatsarchivrat Wilhelm Dersch als Schriftführer.

⁴⁷ U. FALK, Wolff, Martin, in: Michael STOLLEIS (Hrsg.), Juristen. Ein biographisches Lexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995, S. 658.

es dafür eine gesetzliche Grundlage gab, denn Wolff fiel nicht unter die Ausgrenzungsbestimmungen des nationalsozialistischen Beamtengesetzes, weil er schon vor 1914 verbeamtet worden war. Zur Auswanderung gezwungen, ließ sich Wolff 1938 in England nieder und arbeitete noch einige Jahre als Research Scholar am All Souls College in Oxford. Deutschland sollte er nicht wieder betreten.

Anlässlich seines achtzigsten Geburtstags⁴⁸ rehabilitierte ihn die junge Bonner Republik 1952, indem sie ihm das „Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland“ verlieh. Martin Wolff starb ein Jahr später in London.

In den gewöhnlich jährweise publizierten Mitgliederlisten der Historischen Kommission taucht Wolff zwischen 1939 und 1947 nicht auf. Auf einer möglicherweise aus dem Jahr 1948 stammenden Liste mit Personen, deren Anschriften nicht zu ermitteln waren, wird unter „6) Dr. M. Wolff, Prof., Oxford“ genannt⁴⁹. Wie sehr der Kontakt abgebrochen war, belegt der Umstand, dass der im Juli 1953 verstorbene Martin Wolff im Bericht über die 56. Jahresversammlung vom 5. September 1953 nicht gedenkend erwähnt wird. Im gedruckten Bericht über die 59. Jahresversammlung vom Dezember 1956 ist sein Name noch unter den Mitgliedern aufgeführt, auf dem Exemplar in den Akten allerdings per Hand rot angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen⁵⁰.

Erich Klibansky

Erich Klibansky (1900–1942) wurde in Frankfurt/M. geboren, wo er das Goethe-Gymnasium besuchte. Im Mai 1920 schrieb er sich an der Universität Marburg für die Fächer Deutsch und Geschichte ein⁵¹. Er wechselte dann nach München, kehrte aber 1921 an die Philipps-Universität zurück. Mit seinem besonderen Interesse für die Regionalgeschichte des Marburger Landes am Übergang vom Mittelalter zur Frühneuzeit gehörte er bald zu den begabtesten Studenten Stengels, der Klibansky als Doktorand annahm. Das Thema der Dissertation „Die topographische Entwicklung der kurmainzischen Ämter in Hessen“ war Teil der Vorarbeiten zu einem historischen Atlas von Hessen, einem großangelegten Forschungsvorhaben Stengels. Die schon Ende 1922 abgeschlossene Qualifizierungsarbeit benotete Stengel mit „sehr gut“, und er lobte in seinem Gutachten, es sei Klibansky „vortrefflich gelungen, seinen Stoff zu gestalten“⁵². Mit einem Geleitwort des Doktorvaters erschien die Dissertation im Jahr 1925 als erster Band einer neuen Publikationsreihe – der „Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte“ – bei Elwert in Marburg. Bis heute ist diese

⁴⁸ Ernst VON CAEMMERER u. a. (Hrsg.), Festschrift für Martin Wolff. Beiträge zum Zivilrecht und internationalen Privatrecht, Tübingen 1952, enthält eine Widmung für den Geehrten, geht aber mit keinem Wort auf dessen Vertreibung aus Deutschland ein. Zum rechtswissenschaftlichen Werk siehe Thomas HANSEN, Martin Wolff (1872–1953). Ordnung und Klarheit als Rechts- und Lebensprinzip (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 60), Tübingen 2009.

⁴⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 350.

⁵⁰ Ebd., Nr. 406.

⁵¹ UA Marburg, Best. 305 m 1/74, Matrikel-Band Sommersemester 1920.

⁵² Ebd., Best. 307 d, Nr. 287/I. Der hier zu erwartende Lebenslauf liegt nicht bei.

Arbeit grundlegend für die Geschichte des Marburger Landes⁵³. Die Ausfertigung der Promotionsurkunde erfolgte am 9. März 1925.

Klibansky war unterdessen für das Schuljahr 1924/25 als Studienreferendar an die Helmholtz-Oberrealschule in seiner Heimatstadt Frankfurt gegangen⁵⁴. 1925 wechselte er als Studienassessor an das Jüdische Realgymnasium in Breslau. Er heiratete die Hamburgerin Meta David, sie hatten drei Söhne: Hans-Raphael (* 1928), Alexander (* 1931) und Michael (* 1935). Im Frühjahr 1929 siedelte die junge Familie nach Köln über, wo Klibansky die Direktorenstelle des zehn Jahre zuvor gegründeten privaten Realgymnasiums Jawne antrat – des ersten jüdischen Gymnasiums im Rheinland⁵⁵.

Auch nach dem Machtübergang an die Nationalsozialisten blieb der Schulleiter auf seinem Posten. Die Gymnasiasten sollten gute englische Sprachkenntnisse erwerben, um für die erzwungene Auswanderung bereit zu sein. Klibansky unternahm mehrere Reisen nach England und besuchte auch das Mandatsgebiet Palästina. Bis zur Schließung der Grenzen aufgrund des Kriegsbeginns 1939 gelang es Klibansky in Kooperation mit Partnern in England, fünf Schulklassen mit insgesamt 130 Schülern nach England zu schaffen.

Auch während seiner Breslauer Jahre blieb Erich Klibansky seinen vorherigen Marburger Interessen und den Vorhaben der Historischen Kommission verbunden. Stengel, damals Schatzmeister der Kommission, wies im April 1926 nachdrücklich auf die im Jahr zuvor erschienene Doktorarbeit Klibanskys hin. Bei seinen Forschungen war der Doktorand im Staatsarchiv Würzburg auf Amöneburger Kellereirechnungen aus dem 14. Jahrhundert gestoßen und hatte sie in der Dissertation beschrieben⁵⁶.

Auf Stengels Betreiben beauftragte die Historische Kommission Klibansky, diese Rechnungen herauszugeben. Dieser machte sich dann daran, sie zu transkribieren und zu kommentieren⁵⁷. In der Vorstandssitzung am 25. Oktober 1924 beantragte Stengel zum Punkt „6. Hessische Urbare, die Veröffentlichung der von Dr. E. Klibansky aus dem Würzburger Staatsarchiv hervorgezogenen ältesten Amöneburger Rechnung der zwanziger Jahre des 14. Jahrhunderts in der Reihe der hessischen Urbare ins Auge zu fassen“. Der Vorstand war damit einverstanden. Auf der folgenden Vorstandssitzung am 31. Oktober 1925 mussten die versammelten Herren feststellen: „Die von Herrn Dr. Klibansky in Breslau bearbeiteten ‚Quellen zur Verwaltungsgeschichte der Mainzer Territorien‘ sind nicht weiter gediehen“. Ein weiteres Jahr später wurde zum Punkt „10. Urbare“

⁵³ Klibanskys Doktorarbeit wurde jüngst mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft digitalisiert und (ohne das aussagekräftige Kartenmaterial) ins Netz gestellt: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/eb/2011/0441>, eingesehen am 22.2.2017.

⁵⁴ Laut Auskunft des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt/M.; der Meldebogen der Familie fehlt.

⁵⁵ Siehe Dieter CORBACH, Die Jawne zu Köln. Zur Geschichte des ersten jüdischen Gymnasiums im Rheinland und zum Gedächtnis an Erich Klibansky, 1900–1942, Köln 1990.

⁵⁶ Erich KLIBANSKY, Die topographische Entwicklung der kurmainzischen Ämter in Hessen (Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte 1), Marburg 1925, S. 69.

⁵⁷ Klaus SCHÄFER, Die Amöneburger Kellereirechnungen. Eine Quelle zur hessischen Geschichte des 14. Jahrhunderts, in: ZHG 113 (2008), S. 17–31, hier S. 31.

aber vermerkt, „Klibansky in Breslau“ habe mittlerweile das Rechnungsbuch des Amöneburger Kellerers Johann für die Jahre 1324 bis 1330 „nahezu vollständig und desselben Rechnungsbuch vom 6. Mai 1330 fast druckfertig bearbeitet“.

Aus den Geschäftsakten des Schatzmeisters geht hervor, dass Klibansky mit Stengel ständig korrespondierte. Am 28. Juli 1926 schickte er dem „Sehr verehrte[n] Herr[n] Professor!“ aus Frankfurt⁵⁸ seine „Abschrift des im Marburger Staatsarchiv befindlichen ‚Kopiar‘ 262“. Er bat um deren Durchsicht, damit nicht entzifferte Stellen noch ausgefüllt würden. Stengel antwortete am 10. Oktober 1926, er hoffe, die Lücken ergänzen zu können, doch müssten die Rechnungen „im vollen Wortlaut gegeben werden“, d. h. nicht nur als Tabellen. Er fügte hinzu: „Jedenfalls freue ich mich schon jetzt auf diese Ihre Edition, die auf verhältnismäßig kleinem Raume ein besonders wichtiges Material erschließen wird“⁵⁹.

1926 war das Editionsprojekt den Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien zugeordnet worden und von nun an meist mit dem kurzen Arbeitstitel „Amöneburger Kellereirechnungen“ versehen. Diese bedürften – wie man auf der Vorstandssitzung am 26. Oktober 1927 feststellte – „noch einer endgültigen Redaktion“, die in Marburg vorzunehmen sei, wofür Reisekosten übernommen werden müssten⁶⁰.

Aus den Geschäftsakten geht am 24. Juni 1927 hervor: „Dr. Klibansky, Breslau 8, bestätigt den Eingang des Manuskripts“. Am 23. Mai 1928 übersandte „Studienassessor Dr. Klibansky, Breslau, Charlottenstr. 54/56 III“, einen Arbeitsbericht, und er bat um ein Freixemplar von Heinrich Reimers Hessischem Ortslexikon⁶¹.

Klibanskys Arbeit an den kurmainzischen Kellereirechnungen fand auch in den Jahresberichten der Historischen Kommission immer wieder Erwähnung. Im 28. Jahresbericht für 1924/25 wurde Klibansky erstmals genannt⁶². Der folgende Jahresbericht wies darauf hin, dass Studienassessor Klibansky für die Abteilung „Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien“ die älteren Amöneburger Kellereirechnungen bearbeite⁶³. Im Jahresbericht für 1926/27–1927/28 wurde im Anhang für Klibanskys 1925 erschienene Dissertation erstmals geworben⁶⁴. Der Jahresversammlung 1929 wurde berichtet, es sei „in absehbarer Zeit“ mit der Fertigstellung der Quellen „des Herrn Studiendirektor Dr. Klibansky (Köln)“ zu rechnen⁶⁵. Im Bericht über die Jahresversammlung am 5. Juli 1930 heißt es: „Die Quellen zur Kurmainzer Verwaltungsgeschichte in

⁵⁸ Er benutzte das Briefpapier seines Bruders Josef Klibansky, dessen Vorname oben links überschrieben ist.

⁵⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 314.

⁶⁰ Ebd., Nr. 136.

⁶¹ Das Historische Ortslexikon für Kurhessen, Marburg 1926, erschien als 14. Bd. der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck.

⁶² 28. Jahresbericht für 1924/25, S. 3.

⁶³ 29. Jahresbericht für 1925/26, S. 7 f.; siehe auch Oberhessische Zeitung, Nr. 264, vom 9.11.1926, S. 3.

⁶⁴ 30. und 31. Jahresbericht für 1926/27–1927/28, S. 13.

⁶⁵ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

Hessen sind von ihrem Bearbeiter, Herrn Studiendirektor Dr. Klibansky in Köln wesentlich gefördert worden⁶⁶.

Die Arbeit ging also gut voran und wurde seitens der Historischen Kommission nach Möglichkeit unterstützt. Laut dem (maschinenschriftlichen) Protokoll der Vorstandssitzung vom 2. Juni 1928 hatte Klibansky sich bei der Historischen Kommission um die Förderung eines Forschungsaufenthalts in Marburg beworben. Dazu wurde vermerkt:

„Herr Studienass. Dr. Klibansky in Breslau glaubt für die endgültige Redaktion der Amöneburger Kellereiakten einen vierzehntägigen Aufenthalt in Marburg nötig zu haben. Die Mittel hierzu (Fahrkarte III. Klasse und 10 RM Tagegeld) werden bewilligt“.

In der vorherigen handschriftlichen Fassung des Sitzungsverlaufs heißt es ergänzend, es solle Klibansky mitgeteilt werden, „daß wir es begrüßen, daß er die Sache machen wolle, [es] soll alles in einem Band vereinigt werden“⁶⁷.

Später berichtete Klibansky über seinen Arbeitsaufenthalt vom 5. bis 19. Juli 1928 in Marburg und erhielt RM 100 überwiesen. Am 15. August 1928 bat er außerdem, sein „Gesuch an die bischöfl. Seminarbibliothek in Mainz um Archivalien [...] zu unterstützen“, was Stengel prompt erledigte⁶⁸.

In der Vorstandssitzung am 1. Juni 1929 wurde in Bezug auf die Quellen zur kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen festgestellt:

„Herr Studiendirektor Klibansky arbeitet, da die Arbeit einen viel größeren Umfang angenommen hat, seit Juli 1928 mit Remuneration. Er hat sämtliche Amöneburger Rechnungen und Kellereiakten, die sich im Staatsarchiv Würzburg befinden, abgeschrieben und bearbeitet z. Zt. das auf Grund des Apparates des Histor. Atlas ausgesonderte Material, das in Beziehung zu den in den Kellereiakten enthaltenen Vorgängen steht“⁶⁹.

Den Geschäftsakten des Schatzmeisters sind detaillierte Angaben über die Honorarzahlungen und Reisekostenerstattungen zu entnehmen, die Klibansky von 1928 bis März 1931 ausgezahlt wurden. Dem „Voranschlag für 1935“ zufolge hatte Klibansky insgesamt 3.283,30 RM Honorar erhalten⁷⁰.

Die „Bearbeitung der Quellen zur Kurmainzer Verwaltungsgeschichte in Hessen“, war im Jahresbericht für 1929/30 zu erfahren, sei „von Herrn Klibansky dem Abschluß nahe gebracht worden“⁷¹. In die gleiche Zeit fallen Initiativen, den Wissenschaftler seiner Verdienste um die Geschichte Hessens wegen zu würdigen. Der Jahresbericht wusste in den Veränderungen im Personalbestand mitzuteilen: „Auf den Vorschlag des Vorstands⁷² wählte die Versammlung zu Mitgliedern [...] Studiendirektor Dr. Klibansky (Köln)“. Die Hauptversammlung kooptierte am 5. Juli 1930 außer Klibansky sieben weitere Personen, darunter

⁶⁶ Ebd., Nr. 349.

⁶⁷ Ebd., Nr. 121.

⁶⁸ Ebd., Nr. 82.

⁶⁹ Ebd., Nr. 121.

⁷⁰ Ebd., Nr. 316.

⁷¹ 33. Jahresbericht für 1929/30, S. 5.

⁷² Den geschäftsführenden Vorstand bildeten im Jahr 1930 Stengel, Knetsch und Gutbier.

Theodor Mayer (1883–1972), Günther Wrede (1900–1977) und die Marburger Professorin Luise Berthold als neue Mitglieder der Historischen Kommission⁷³.

Der Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 20. Juni 1931 ist zu entnehmen, dass

„Herr Klibansky [...] die Bearbeitung der auf 2 Bände veranschlagten Quellen zur Kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen im wesentlichen abgeschlossen habe: Das Manuskript des 1. Bandes liegt einschließlich der umfangreichen Register bis auf kleine Lücken druckfertig vor“⁷⁴.

Am 2. Juli 1932 wiederum wurde der Jahresversammlung berichtet: „Herr Studiendirektor Dr. Klibansky gedenkt das Manuskript des 1. Bandes der Quellen zur Kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen demnächst abzuschließen“⁷⁵.

Ins Stocken gerieten die Arbeiten jedoch infolge der Turbulenzen, denen das Privatleben des Historikers und seiner Familie von Januar 1933 an ausgesetzt war. Davon mussten auch die in Marburg in der Vorstandssitzung Versammelten am 10. Juni 1933 Notiz nehmen⁷⁶, denn „Herr Klibansky hat zur endgültigen Fertigstellung nicht kommen können“⁷⁷. Einen Monat später hieß es zum Stand der Quellen zur Kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen:

„Herr Klibansky wird die schon weit gediehene Arbeit, von der er infolge von Umständen, die mit der Staatsumwälzung zusammen hängen, zeitweilig hatte zurücktreten wollen, zu Ende führen. Auch er kann den Zeitpunkt des Abschlusses noch nicht festlegen“⁷⁸.

Im Protokoll der Vorstandssitzung am 14. Juli 1934 wird Klibansky nicht genannt. Eine Notiz zur Vorstandssitzung⁷⁹ vom 29. Juni 1935 brachte neue Gesichtspunkte ins Spiel, die das Erscheinen der Edition abermals verzögerten:

„Herr Klibansky hat sein fast abgeschlossenes Manuskript eingereicht. Es enthält aber nur die Amöneburger Rechnungen aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Wenn auch das vorliegende Material in sich abgeschlossen ist, will der Vorsitzende [Stengel] doch von Herrn Klibansky die Ergänzung des Manuskripts durch [die] übrigen Amöneburger Quellen (Heberegister), die zu seinem ursprünglichen Arbeitsauftrag gehören, zu erreichen versuchen“⁸⁰.

Im Jahresbericht für 1934/35 spiegelt sich dies nicht wider, heißt es doch dort: „Herr Klibansky hat sein Manuskript zum größten Teil eingereicht; es wird voraussichtlich in Kürze mit dem Druck eines Bandes der Quellen zur kurmain-

⁷³ 33. Jahresbericht für 1929/30, S. 2.

⁷⁴ Vierseitiger gedruckter Bericht über die Vorstandssitzung vom 20.6.1931; StAM, Best. 325/33, Nrn. 121, 346.

⁷⁵ 34. und 35. Jahresbericht für 1930/31–1931/32, Juli 1932, S. 6.

⁷⁶ Teilnehmer: Stengel, Hermelink, Hopf, Knetsch, Merk, Mommsen, Richter.

⁷⁷ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁷⁸ Protokoll der Vorstandssitzung am 8.7.1933; StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁷⁹ Teilnehmer: Stengel, Gutbier, Helm, Hopf, Knetsch, Merk.

⁸⁰ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

zischen Verwaltungsgeschichte in Hessen begonnen werden“⁸¹. In der Vorstandssitzung⁸² am 27. Juni 1936 wurde über den Bearbeitungsstand der Quellen zur Kurmainzer Verwaltungsgeschichte vermerkt: „Herr Klibansky hat sich gemäß dem vorjährigen Vorstandsbeschuß bereit erklärt, sein Manuskript durch die noch vermißten Heberegister zu ergänzen“⁸³. Ein Jahr später, in der Vorstandssitzung⁸⁴ am 19. Juni 1937, hielt man fest, „der von Herrn Klibansky übernommene Band [...] wird voraussichtlich nunmehr zum Druck gebracht werden können“⁸⁵. Im Bericht über die Jahresversammlung von 1936 wurde Klibanskys Arbeit nicht erwähnt⁸⁶. Im 15-seitigen Jahresbericht für 1936/37 hieß es dann: „Es besteht die Hoffnung, den von Herrn Klibansky übernommenen Band der Rechnungsbücher mainzischer Ämter in Hessen demnächst zum Druck zu bringen“⁸⁷.

Vorstandssitzung und Jahresversammlung Ende Juni 1938 standen im Zeichen des bevorstehenden Personalwechsels an der Führungsspitze, wobei Stengel sich auf Drängen der Mitglieder der Historischen Kommission bereiterklärte, trotz seiner Berufung als Präsident des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (MGH) nach Berlin, sein Amt als Vorsitzender zunächst weiterzuführen. In der Vorstandssitzung am 25. Juni wurde festgestellt: „Das Manuskript des Bandes der Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien soll im Herbst d[ieses] J[ahre]s endgültig abgeschlossen werden“⁸⁸. Der bald darauf vorgelegte Bericht über die Jahresversammlung 1938 nennt Klibansky unter dem Punkt „Wissenschaftliche Unternehmungen“ nicht mehr mit Namen, doch gibt man sich über den baldigen Abschluss seiner Editionsarbeiten zuversichtlich: „Die Vollendung der Quellen zur kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen wird für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt“⁸⁹. Im gleichen Bericht erscheint Klibansky zum – vorerst – letzten Mal in der Liste der Mitglieder⁹⁰.

⁸¹ 38. Jahresbericht für 1934/35, Juli 1935, S. 4. Fast gleichlautend der Zeitungsbericht mit dem Titel „Wertvolle Arbeit für die Heimat: Studiendirektor Dr. Klibansky (Köln) hat sein Manuskript eingereicht; es wird in Kürze mit dem Druck des Buches der Quellen zur Kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen begonnen werden“. StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁸² Teilnehmer: Glöckner, Gutbier, Helm, Hopf, Knetsch, Mommsen, Stengel, Traupel, Vonderau.

⁸³ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁸⁴ Teilnehmer: Stengel, Glöckner, Gutbier, Helm, Knetsch, Mommsen, Richter, Vonderau.

⁸⁵ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁸⁶ Vgl. 39. Jahresbericht für 1935/36, Juli 1936.

⁸⁷ 40. Jahresbericht für 1936/37, Juli 1937, S. 4.

⁸⁸ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁸⁹ 41. Jahresbericht für 1937/38, Juli 1938, S. 4. Ein zweiseitiger gedruckter Bericht über die Versammlung vom 25.6.1938 hält fest: „Der Abschluß der Arbeit am dritten Bande der Klosterarchive [...] hat sich leider wieder verzögert. Es ist aber bestimmt zu hoffen, daß sie Staatsarchivrat Dr. Korn in diesem Jahr zu Ende bringen wird. Das Gleiche gilt von der Bearbeitung des Bandes der Quellen zur Kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen“, StAM, Best. 325/33, Nr. 350.

⁹⁰ 41. Jahresbericht für 1937/38, Juli 1938, S. 11. Als Vergleich können hier die Angaben über den Mediävisten Josef Juncker dienen, der in den Arbeitsberichten der MGH

Die Reichspogromnacht und ihre Folgen durchkreuzten die Publikationspläne der Historischen Kommission. Schuldirektor Klibansky, Ende 1938 im Rahmen seiner Bemühungen, seine Kölner „Schule nach Cambridge“ zu verlegen, auf Reisen, teilte Stengel Ende Dezember mit:

„Wie ich bereits Prof. L. [Levison]⁹¹ – Bonn bat, Ihnen zu sagen, geht Ihnen alles, was von meinen Marburger Arbeiten den 10. Nov. überlebt hat, demnächst zu. Sie müssen verstehen, wenn ich z. Zt. Tag und Nacht an anderen, für mich lebenswichtigeren Dingen gearbeitet habe – und inzwischen noch nicht alles, was jenen Tag überdauerte, sichten konnte. Noch ist meine ganze Privatbibliothek von mehreren Tausend Bänden mir nicht zurückgegeben worden, nachdem dieselbe mit mehreren Lastwagen damals sichergestellt wurde. Aber ich hoffe doch, wenigstens meine wissenschaftlichen Bücher bald zurückzubekommen. Meine Akten lagen z. T. 14 Tage in strömendem Regen auf dem Schulhof und sind, wie gesagt, nur teilweise erst gesichtet“⁹².

Handschriftliche Notizen zum Verlauf der Vorstandssitzung am 10. Juni 1939, die vermutlich von Theodor Mayer, dem neuen Vorsitzenden der Historischen Kommission, stammen, enthalten den Abschnitt: „Mainzer Rechnungsbücher Klibansky. Manuskript abgeliefert. Sehr wertvolles Material. Einleitung muß noch geschrieben werden. Name muß aufs Titelblatt, oder in der Einleitung seiner Arbeit gedacht [werden]“⁹³.

Hinter dem Vermerk verbirgt sich ein bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht hinreichend einkalkuliertes, vor den ungeduldigen Herausgebern der Historischen Kommission sich auftürmendes Hindernis: Wie sollte man mit dem Namen des nun offiziell verfemten jüdischen Historikers „Dr. Erich Israel Klibansky“ umgehen⁹⁴? Stengel hatte 1938 die Möglichkeit ins Spiel gebracht, Klibanskys Edition könnte gegebenenfalls nicht als sein Werk veröffentlicht werden. Zunächst müsse Klibansky der Historischen Kommission als der „rechtmäßigen Eigentümerin“ sein Manuskript übersenden⁹⁵. Dieser antwortete darauf mit seinem oben zitierten Brief vom 29. Dezember 1938. Als er im April 1939 der – zwischenzeitlich durch Einschreibsendung wiederholten – Aufforderung nachkam, schrieb Klibansky:

„Ich möchte angesichts der im oben erwähnten Schreiben gewählten Ausdrucksweise ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mein geistiges Eigentumsrecht an diesen

bis 1935 namentlich erwähnt wurde. Nach seinem Tod im Oktober 1938 erscheint er noch einmal im Jahresbericht für 1938. Erika Sinauer wurde nur bis 1933 offiziell genannt, 1935 erschienen ihre umfanglichen Vorstudien unter ihrem Namen im Neuen Archiv; Nikola BECKER, Jüdische Mitarbeiter bei den Monumenta Germaniae Historica im ‚Dritten Reich‘. Paul Hirsch, Josef Juncker und Erika Sinauer, in: HJb 135 (2015), S. 453–502, hier S. 491, 493 ff.

⁹¹ Wilhelm Levison (1876–1947), bedeutender Mediävist, langjähriger Hochschullehrer an der Bonner Universität und Mitglied der Zentralkommission der MGH, war 1935 in den zwangsweisen Ruhestand versetzt worden. Er konnte im April 1939 nach England emigrieren; siehe auch ebd., S. 460, Anm. 34.

⁹² Brief Klibanskys vom 29.12.1938 an Stengel, in: PAFF (wie Anm. 2), S. 98 f.

⁹³ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

⁹⁴ So der Absender des an Stengel gesandten Manuskripts; PAFF (wie Anm. 2), S. 97.

⁹⁵ Ebd.

Manuskripten hiermit nicht aufgabe, daß ich es vielmehr als selbstverständlich betrachte, wenn dies bei einer wissenschaftlichen Verwertung oder Publikation durch die Hist. Kommission in entsprechender Weise zum Ausdruck gebracht wird⁹⁶.

Dies sei Klibansky von der Historischen Kommission zugesichert worden⁹⁷. Und offenbar unternahm Stengel bei den zuständigen Stellen Anstrengungen, für die avisierte Veröffentlichung der Amöneburger Kellereirechnungen die Frage zu klären, inwieweit Klibansky hier als Urheber genannt werden dürfe. Jedenfalls deutet darauf ein an Stengel gerichteter Brief von Dr. C. Sommer, Wiesbaden, Grillparzerstr. 6, vom 13. Februar 1939 hin: „Ihre beiden Schreiben vom 10. Februar 1939 habe ich erhalten“, heißt es dort: „Die Angelegenheit Klibansky habe ich zur weiteren Veranlassung an den Sicherheitsdienst abgegeben. Ich werde zu gegebener Zeit berichten“⁹⁸. Mehr ist bislang hierzu nicht zu ermitteln, Nachforschungen an anderer Stelle wären angebracht.

Die Jahresversammlung am 10. Juni 1939 stand ganz im Zeichen des nun vollzogenen Wechsels an der Spitze der Historischen Kommission. Professor Theodor Mayer wurde der Vorsitz, Staatsarchivdirektor Dr. Rudolf Vaupel das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters übertragen. Stengel verabschiedete sich, doch der wissenschaftliche Vortrag von Friedrich Uhlhorn „Die Wetterau und das Reich“ stand im Banne seines Landes- und Reichsgeschichte verbindenden Programms⁹⁹.

Im jährlichen Bericht über die „Wissenschaftlichen Unternehmungen“ wird – ohne Klibansky zu nennen – mit Bezug auf die Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien festgestellt: „Das bis auf die Einleitung ziemlich fertige Manuskript der ‚Quellen zur kurmainzischen Verwaltungsgeschichte in Hessen‘ harrt des Abschlusses durch einen neuen Bearbeiter“¹⁰⁰. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass in der Liste der Mitglieder des 42. Jahresberichts (für 1938/39) Klibansky nun ebenso fehlt wie Martin Wolff¹⁰¹. Sie wurden, wie es scheint, stillschweigend herausgestrichen, und dabei blieb es bis zum Ende des

⁹⁶ Klibanskys Befürchtungen waren wohlbegründet. Nikola Becker zeichnet ein düsteres Bild von Stengels Mitwirken an der „fortschreitenden unbarmherzigen Verdrängung der jüdischen Rechtshistorikerin“. Erika Sinauer (* 1896) hatte der Präsident der MGH im „Frühsommer 1938“ hinausgeworfen und dabei ihre Forschungspapiere an sich genommen. Stengel habe sich den Anforderungen von oben gefügt und habe Sinauer – im Unterschied zu seinem Vorgehen in Bezug auf Ernst Perels – keine heimliche Weiterbeschäftigung ermöglicht; BECKER, Jüdische Mitarbeiter (wie Anm. 90), S. 453, 498, 501 f. Erika Sinauer wurde im September 1942 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert und dort ermordet.

⁹⁷ Diese Feststellung und das Briefzitat nach PAFF (wie Anm. 2), S. 97.

⁹⁸ StAM, Best. 340, Nachlass Stengel, K. 22, Dokumentensammlung „C. Sommer“. Ich danke Klaus Schäfer für diesen Hinweis. Sommer arbeitete im Landeshaus in Wiesbaden.

⁹⁹ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 2; StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

¹⁰⁰ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 4 (Punkt III.4); StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

¹⁰¹ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 12 f. Bis zum Vorjahr waren sie beide noch genannt worden, siehe 41. Jahresbericht, S. 11 f.; StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

Dritten Reichs¹⁰². Im Vorstand saßen zu dieser Zeit die Herren Mayer, Gutbier, Karl Helm, Siegfried Reicke und Vaupel¹⁰³. Den Vorsitz hatte zu dieser Zeit noch Stengel inne. „Nach dem Jahresbericht verabschiedete sich der Vorsitzende von der Versammlung, die er zum letzten Mal geleitet hatte, und übergab sein Amt an seinen Nachfolger, Herrn Mayer“¹⁰⁴.

Ein Vergleich der Mitglieder-Listen der Jahre 1938 und 1939 ergab, dass – bei Berücksichtigung der gestorbenen und neu aufgenommenen Personen – außer Martin Wolff und Erich Klibansky keine weiteren Namen gestrichen wurden¹⁰⁵. Jedoch war Klibanskys Name noch nicht völlig ausgemerzt, denn im Anzeigenteil des Jahresberichts fand seine Dissertation weiterhin Erwähnung¹⁰⁶.

Im folgenden Jahresbericht reißt eine weitere, seit den 1920er Jahren fortlaufende – und nur 1936 einmal unterbrochene – Tradition ab: Über den Bearbeitungsstand der Edition der Klibansky'schen Amöneburger Kellereirechnungen wird nicht mehr informiert¹⁰⁷. Daran nahm in Marburg offenbar niemand Anstoß. Die Unterschriftenliste zur 43. Jahresversammlung am 15. Juni 1940 weist 34 Namen auf, darunter Gutbier, Helm, Walter Kürschner, Bernd Martin und Ernst Martin, Mayer, Max Graf zu Solms, Fritz Taeger, Vaupel und Ludwig Wolff.

Kritik wurde zwar auch damals geübt, sie richtete sich aber gegen andere Missstände. So kritisierte Prälat Dr. Wilhelm Diehl (1871–1944) in Darmstadt, Mitglied der Historischen Kommission seit 1904 und Bearbeiter der Reihe „*Hassia sacra*“, am 12. Juni 1941 die Papierverknappung, der die Drucklegung seines mehrbändigen Lehrerbuchs zum Opfer zu fallen drohte¹⁰⁸. Auch bat er beim Vorstand der Kommission um Verständnis, dass er wegen der Verkehrrhältnisse an der Jahresversammlung 1941 nicht habe teilnehmen können¹⁰⁹.

1942 gab Stengel nach vier Jahren seine Tätigkeit als Chef des Berliner Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde wieder auf und kehrte auf seinen Marburger Lehrstuhl zurück. Bei dem Revirement folgte ihm Theodor

¹⁰² Dies steht möglicherweise im Zusammenhang mit einem Erlass des Reichswissenschaftsministers (gez. [Wilhelm] Groh [1890–1964]) vom 8.12.1938, in dem der Ausschluss von Juden aus den Hochschulen des Dritten Reichs angeordnet wurde; siehe NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 272 (Dok. 142); Joseph WALK, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1981, S. 264.

¹⁰³ StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

¹⁰⁴ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 8; StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

¹⁰⁵ 41. Jahresbericht für 1937/38, Juli 1938, S. 9 ff.; 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 11 ff.; StAM, Best. 325/33, Nr. 347.

¹⁰⁶ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 16; StAM, Best. 325/33, Nr. 347. Hans-Peter Lachmann hat darauf hingewiesen, dass sie sowohl in den Verlagsankündigungen wie bei den Arbeiten der anderen Doktoranden Stengels in beiden Reihen stets genannt wurde.

¹⁰⁷ 43. Jahresbericht für 1939/40, Juli 1940, S. 4.

¹⁰⁸ Der dritte Band des Hessischen Lehrerbuchs über die Provinz Rheinhessen und die kurpfälzischen Orte der Provinz Starkenburg erschien 1942 in Darmstadt.

¹⁰⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 348. Diehl war von 1919 bis 1927 Landtagsabgeordneter der DNVP gewesen.

Mayer als neuer Präsident des Reichsinstituts nolens volens nach¹¹⁰, das während der letzten Kriegsjahre ins oberfränkische Pommersfelden ausgelagert war.

Laut dem Bericht von Stengel auf der Hauptversammlung am 23. August 1947 fanden nach dem 21. Juni 1941¹¹¹ nur noch drei Vorstandssitzungen statt: am 28. November 1942¹¹², am 2. Juni 1944 und am 3. August 1946. Am 14. Januar 1947 gab es eine weitere Besprechung¹¹³, ehe die Historische Kommission Schritte unternahm, ihr erstes Mitgliedertreffen nach dem Ende des Dritten Reichs abzuhalten. Stengel wandte sich am 16. Juni 1947 mit diesem Wunsch ans Hessische Kultusministerium. Er habe seit Frühjahr 1945 „mit dem bisherigen Schriftführer Gutbier die Geschäfte provisorisch weiter geführt“. Nun sei er selbst von der Spruchkammer „entlastet“ worden, während Dr. Gutbier als „nicht betroffen“ gelte¹¹⁴.

Versammlungsort der zwei Monate später einberufenen Hauptversammlung war der Internationale Lesesaal des Staatsarchivs am Friedrichsplatz. Mit einem Vortrag von Stengel über 50 Jahre Historische Kommission feierte man deren Errungenschaften. Die wiederbelebte demokratische Presse berichtete mehrmals, der Schriftleiter Hermann Bauer schloss sich der ihr Jubiläum begehenden Vereinigung 1947 gar als Patron an¹¹⁵.

Im ersten Jahresbericht der Historischen Kommission nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus erscheint „Dr. Klibansky, Studiendirektor, Köln“ im Sommer 1947 in einem summarischen Gedenkappell zu Ehren derjenigen Mitglieder, die „seit der letzten Hauptversammlung [...] gestorben“ waren¹¹⁶. Es handelt sich hier um die erste Erwähnung Klibanskys im geschäftlichen Teil der Jahresberichte seit 1938. Damit befand sich sein Name in nächster Nähe zu denen früherer eifriger Nationalsozialisten unter den wissenschaftlichen Mitgliedern und Förderern der Historischen Kommission, unter ihnen jener des rabiatischen Nationalisten¹¹⁷ Dr. Cornelius Hölk (1869–1944), Oberstudiendirek-

¹¹⁰ Stengel wurde Ende März 1942 wieder in seinen früheren Marburger Lehrstuhl eingesetzt, noch ehe Mayer seinem Weggang nach Berlin zugestimmt hatte; UA Marburg, 305a, Nr. 3.635.

¹¹¹ Über die 44. Jahresversammlung siehe Oberhessische Zeitung, vom 30.6.1941, S. 3, Historische Kommission für Hessen und Waldeck; StAM, Best. 325/33, Nr. 347 (diese Ausgabe der OZ ist auf dem Mikrofilm in der Universitätsbibliothek Marburg nicht überliefert).

¹¹² Die Vorstandssitzung am 28.11.1942 leitete nach dem Weggang Mayers zum Reichsinstitut der stellvertretende Vorsitzende Rudolf Vaupel. Stengel wurde abermals zum Vorsitzenden der Historischen Kommission gewählt. Die wissenschaftlichen Unternehmungen litten unter dem Umstand, dass mehrere Verfasser „im Felde“ standen, andere als Zivilisten (Dersch) oder als Soldaten (Prof. Weirichs „Heldentod“ bzw. „Soldatentod“) umgekommen waren; StAM, Best. 325/33, Nr. 121; desgleichen in Oberhessische Zeitung, Nr. 61 vom 13./14.3.1943.

¹¹³ StAM, Best. 325/33, Nr. 349.

¹¹⁴ Schreiben Stengels an Herrn Zotz, 16.6.1947; StAM, Best. 325/33, Nr. 87.

¹¹⁵ Ebd., Nr. 349.

¹¹⁶ 45.–50. Jahresbericht, Sept. 1947, S. 6.

¹¹⁷ Siehe seine Kriegepreden, Lüneburg 1917, und die Einschätzung von Reinhard Neebe, „Wer mutig für sein Vaterland gefallen...“. Gedenktafeln am Gymnasium Philippinum Marburg in der Diskussion, <http://ehemalige.phille.de/prof-dr-r-neebe-ueber-gedenktafeln-in-der-schule/>, eingesehen am 22.2.2017.

tor a. D., ehemaliger Leiter des Marburger Gymnasiums Philippinum und Lehrbeauftragter der Philipps-Universität¹¹⁸ bis zum Sommersemester 1944, sowie des nationalsozialistischen Regierungspräsidenten in Kassel, Konrad von Montbart (1881–1945), NSDAP-Mitglied seit 1937, der sich bei Kriegsende das Leben nahm. Die Liste enthielt auch den Namen des Wiesbadener Staatsarchivrats Dr. Meinhard Sponheimer (1902–1943) – dieser Mitarbeiter der Stengel’schen Atlaswerkstatt am Institut für geschichtliche Landeskunde hatte sich als Obergefreiter 1943 in Mława (damaliger Ortsname: Mielau) im sogenannten Regierungsbezirk Zichenau, wo er stationiert war und wo 1939 noch rund 7.000 Juden gelebt hatten, das Leben genommen: „die Versammlung erhob sich zu ihren Ehren von den Plätzen“¹¹⁹.

Klibanskys Quellenwerk wird in dem Jahresbericht nicht erwähnt, aber seine Dissertation unter den in Verbindung mit der Historischen Kommission erschienenen Veröffentlichungen¹²⁰. Auch in der umfänglichen Aufstellung der verstorbenen Mitglieder, die im 45.–50. Jahresbericht von September 1947 ausnahmsweise nicht als „Personalveränderungen“, sondern in einer umfangreichen Liste (mit 159 Namen) angegeben werden, wird Klibanskys Name aufgeführt¹²¹.

Stengel, der Vorsitzende der Historischen Kommission zwischen 1929 und 1939 und abermals seit 1942, wurde zum 30. September 1946 als Universitätsprofessor emeritiert. Er sollte jedoch noch zweieinhalb Jahre weiterarbeiten, da sich Berufung und Einstellung seines Nachfolgers Heinrich Büttner, dessen Entnazifizierung erst durchgeführt werden musste, lange hinzog. Doch auch nach dessen Aufnahme seiner Lehrtätigkeit in Marburg im Jahr 1949 gab Stengel seine übrigen Ämtern nur nach und nach auf. So folgte Büttner Stengel erst 1954 als Vorsitzender der Historischen Kommission nach.

1948 fand man bei der Kommission zu dem Rhythmus zurück, der bis 1941 üblich gewesen war, wobei die Vorstandssitzungen nun jeweils unmittelbar vor der Jahresversammlung stattfanden¹²².

Im Jahr 1948 kam man wieder (offiziell) auf die Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien zu sprechen und vereinbarte in der Vorstandssitzung: „Prof. Büttner übernimmt den Abschluß der von Studiendirektor Dr. Klibansky bis auf die Einleitung fertig hinterlassenen Ausgabe der Mainzer Rechnungen des 14. Jhd.“. Ein Jahr später hieß es: „Prof. Büttner ist für die von E. Klibansky hinterlassene Edition der Mainzer Rechnungen des 14. Jahrhunderts gewonnen worden. Es fehlt noch die Einleitung“. Der Name E. Klibansky ist hier in die handschriftliche Vorlage nachträglich eingefügt¹²³. Aus dem Proto-

¹¹⁸ Cornelius Hölk gehörte im November 1933 zu den Unterzeichnern des Bekenntnisses von Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat.

¹¹⁹ 45.–50. Jahresbericht, Sept. 1947, S. 6.

¹²⁰ Ebd., S. 28.

¹²¹ Ebd., S. 21–25, hier S. 23. Spätere Jahresberichte enthalten nicht mehr die Gesamtlisten der verstorbenen Mitglieder.

¹²² StAM, Best. 325/33, Nr. 350.

¹²³ In den vorausgehenden Notizen aus der Vorstandssitzung steht: „Büttner für die Mainzer Rechnungen des 14. Jh. gewonnen. Fehlt noch die Einleitung“. Im ersten Entwurf heißt es dann: „Herr Büttner ist für den Abschluß der Arbeit an den Mainzer Rechnungen des 14. Jhs. gewonnen worden. Es fehlt nur noch die Einleitung“.

koll der Vorstandssitzung am 14. Oktober 1950 geht hervor, dass Büttner mit der Abfassung der Einleitung zu den Mainzer Rechnungen begonnen hatte:

„Sie wird ein wesentlicher Beitrag zur Finanzgeschichte des 14. Jahrhunderts werden. Der Bearbeiter möchte auch die bereits [...] gedruckte Mainzer Heberolle des 13. Jahrhunderts mit aufnehmen, gegebenenfalls auch noch weitere Bruchstücke Mainzer Rechnungen, die sich im Staatsarchiv Würzburg befinden sollen“¹²⁴.

Als Urheber der Edition der Amöneburger Kellereirechnungen tritt Klibansky in diesem Rahmen allerdings nicht (mehr) hervor. Hier heißt es 1951: „Professor Büttner hat die Mainzer Heberolle des 13. Jahrhunderts bearbeitet, sodaß nur noch die Einleitung zu den Mainzer Rechnungen des 14. Jahrhunderts aussteht“¹²⁵. Bei dem neuen Bearbeiter geriet die Arbeit bald ins Stocken, so dass man 1952 feststellte: „Die Schlußredaktion der Mainzer Rechnungen des 13./14. Jahrhunderts ist nur langsam vorangeschritten. Prof. Büttner hofft aber, Einleitung und Kommentar bald abschließen zu können“¹²⁶. Der Leser fühlt sich angesichts der Formulierungen in den Vorstands- und Jahresberichten in die frühen 1930er Jahre zurückversetzt! In den Folgejahren setzte sich dies fort:

1953: Bericht über die Jahresversammlung am 5. September: „Prof. Büttner konnte die Arbeit nicht fördern [=voranbringen]“.

1954: Vorstandssitzung vom 13. November: „Nachdem die bisherige Belastung durch die Dekanatsgeschäfte entfallen ist, glaubt der Vorsitzende als Bearbeiter, die noch ausstehende Einleitung der Amöneburger Kellereirechnungen bis zum Sommer 1955 fertig stellen zu können“. Bericht über die Jahresversammlung: „Prof. Büttner glaubt, die Einleitung zu den Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien bis zum nächsten Sommer fertigstellen zu können“.

1955: Vorstandssitzung vom 5. November 1955: „Der Vorsitzende hat als Bearbeiter der Amöneburger Kellereirechnungen die Einleitung fertig gestellt; der Sachkommentar ist jedoch noch nicht abgeschlossen“¹²⁷.

1956: Bericht über die Jahresversammlung am 10. November 1956: „Der Vorsitzende hat als Bearbeiter die Amöneburger Kellereirechnungen zwar noch nicht abschließen können, will aber jetzt mit der Reinschrift beginnen“¹²⁸.

1957 kam der Vorstand dann zu dem Schluss, das von Erich Klibansky Mitte der 1920er Jahre – eine Generation zuvor – begonnene Projekt vorerst nicht weiter zu verfolgen. Zum Tagesordnungspunkt „Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien“ der Vorstandssitzung am 16. November 1957 heißt es:

„In dieser Reihe sind die ‚Amöneburger Kellereirechnungen‘ z. Z[t]. das einzige Arbeitsunternehmen. Da es sich hierbei um eine kleinere Quelle handelt, die wohl jeder Zeit zum Druck gebracht werden kann, erscheint es als zweckmäßig, zunächst die größeren, der Fertigstellung entgegen gehenden Werke zu vollenden“¹²⁹.

¹²⁴ StAM, Best. 325/33, Nr. 351.

¹²⁵ 54. Jahresbericht, Okt. 1951 (Jahresversammlung am 22.9.1951); StAM, Best. 325/33, Nr. 406.

¹²⁶ 55. Jahresbericht, Okt. 1952 (Jahresversammlung am 11.10.1952); StAM, Best. 325/33, Nr. 406.

¹²⁷ Alle Zitate StAM, Best. 325/33, Nr. 367.

¹²⁸ Ebd., Nr. 406.

¹²⁹ Ebd., Nr. 367.

Später finden sich stereotype Wendungen, wonach die Amöneburger Kellereirechnungen „zurückgestellt“ (1958) oder „auf finanzschwächere Jahre zurückgestellt“ (1960) worden seien¹³⁰. Danach wurden auch diese „zurückgestellten“ Kellereirechnungen – also die der Historischen Kommission überantwortete Hinterlassenschaft Klibanskys – nicht mehr erwähnt¹³¹. Doch bald darauf geriet das nach wie vor unvollendete Werk mit dem 1962 erfolgten Wechsel Heinrich Büttners an die Universität zu Köln abermals in den Fokus der Aufmerksamkeit, denn die „geplante Herausgabe der inhaltsreichen Amöneburger Kellereirechnungen [war] durch den Weggang von Herrn Büttner verwaist“¹³². Bis 1968 war keine Abhilfe geschaffen: „Die Amöneburger Kellereirechnungen ruhen noch immer“¹³³.

Ein Jahr später fanden sie in Person eines Stengel-Schülers und -Assistenten, Pfarrer Klaus Schäfer in Olberode, einen neuen Bearbeiter: Er habe „diese zuerst von Herrn Klibansky übernommene, später lange verwaiste Edition übernommen“; inzwischen seien „weitere Handschriften eingearbeitet“¹³⁴. Die folgenden Jahresberichte gaben weitere Angaben zum Fortschritt der Arbeiten. Die von Klaus Schäfer vollendete Ausgabe der Kellereirechnungen liegt mittlerweile vor, was noch fehlt, ist der Druck.

Die Historische Kommission und das Bankhaus Baruch Strauß

Das Marburger Bankhaus Baruch Strauß spielte über viele Jahre eine bedeutende, doch heute kaum beachtete Rolle in der Wirtschaft der Universitätsstadt. Auch als freigebiger Mäzen trat das Unternehmen wiederholt hervor¹³⁵. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bank 1919 in das Grundbuch der Stifter aufnehmen ließ, als die Historische Kommission nach Geldgebern für ihre Vorhaben suchte¹³⁶. Das Unternehmen förderte die Historische Kommission mit zwei Stiftungsbeiträgen von je 500 Mark¹³⁷.

Auch unter den Patronen der Historischen Kommission, die diese jedes Jahr mit festen Zuwendungen unterstützten, wurde die Bank über mehrere Jahre

¹³⁰ Ebd., Nr. 351.

¹³¹ Ebd., Nrn. 351, 345, 185.

¹³² 67. Jahresbericht, Mai 1964, S. 6; StAM, Best. 325/33, Nr. 345.

¹³³ 71. Jahresbericht, Okt. 1968, S. 6; StAM, Best. 325/33, Nr. 345.

¹³⁴ 72. Jahresbericht, Nov. 1969, S. 6; StAM, Best. 325/33, Nr. 184.

¹³⁵ Beispielsweise 1915 als großzügiger Spendengeber für ein in Marburg geplantes Pflgeheim für Kriegsoffer des Weltkriegs; siehe Klaus-Peter FRIEDRICH, Zur Geschichte der „Marburger Jäger“ zwischen 1914 und 1945, in: DERS. u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der „Marburger Jäger“, Marburg 2014, S. 57–150, hier S. 129. Das Bankhaus Baruch Strauß finanzierte zudem das Gemälde von Carl Bantzer im Rathaussaal; siehe Ulla MERLE, „An der Heimat halte fest...“. Das Marburger Rathausbild als Selbstporträt der Kommune in der Weimarer Republik, Marburg 2004, S. 48 ff., 59 ff.

¹³⁶ StAM, Best. 325/33, Nr. 77. Aus dem Jahresbericht für die Jahre von 1914 bis 1918 geht hervor, dass die Historische Kommission in den Jahren 1916, 1917 und 1918 jeweils 2.970, 3.910 und 1.935 Mark für den „Ankauf von Krieganleihe[n]“ ausgegeben hatte. Unter den Stiftern war das Bankhaus Baruch Strauß übrigens neben dem Bank-Unternehmen L. Pfeiffer in Kassel die einzige Bank.

¹³⁷ 22. Jahresbericht für 1918/19, S. 3.

genannt¹³⁸. Das in Marburg und Frankfurt ansässige Bankhaus Baruch Strauß überwies bis 1925 jährlich 50 RM an die Historische Kommission und kündigte im gleichen Jahr an, dass es 1926 nur einen Beitrag von 25 RM leisten könne¹³⁹. Im Jahr 1928 zahlte die Firma wieder den Patronatsbeitrag von 50 RM; etwa ein Jahr später heißt es in den Notizen über private Patronatsbeiträge: „Strauß ausgeschieden“¹⁴⁰.

1926 starb in Frankfurt Carl Strauß (* 1872), der ältere Sohn des Firmengründers Baruch Strauß (1842–1914). 1929 wurde das Unternehmen an die Dresdner Bank verkauft. Danach bestand in der Eschenheimer Anlage 33/34 in Frankfurt weiterhin das Bankgeschäft Baruch Strauß, das erst im August 1931 abgemeldet und im Januar 1939 liquidiert wurde. Albert Strauß (1874–1940), der jüngere Sohn des Firmengründers, schrieb am 14. Juli 1930 an den Schatzmeister der Historischen Kommission, der in seinem Schreiben an die Beitragszahlung in Höhe von 50 RM erinnert hatte: Die Firma Baruch Strauß sei, „wie Ihnen wohl bekannt ist“, an die Dresdner Bank verkauft worden, daher solle er „sich mit der Rechtsnachfolgerin in Verbindung setzen“, vielleicht werde sie „Ihrem Verein“ beitreten¹⁴¹. Mit dem Jahresbericht der Historischen Kommission für 1929/30 wurde das Bankhaus nur noch als Stifter, aber nicht mehr als Patron genannt¹⁴².

Doch auch von der Liste der Stifter sollte die Firma verschwinden. Ewald Gutbier, Schriftführer der Historischen Kommission, entwarf am 23. Dezember 1938 ein Schreiben an „Herrn Albert Strauss z. Zt. im Ausland“, in dem er ausführte:

„Bei der heute gegebenen Sachlage und nach den Richtlinien¹⁴³ des Reichskulturministeriums¹⁴⁴ ist die Historische Kommission nicht mehr in der Lage, das ehemalige, früher von Ihnen geleitete Bankhaus Baruch Strauss, Marburg, in der Liste ihrer Stifter zu führen. Gleichzeitig wird der dem Stiftungsbetrag von 1000 Papiermark entsprechende Reichsmarkbetrag – 483 RM – an das auf Ihren Namen bei der Dresdner Bank, Filiale Marburg, eingerichtete Sperrkonto überwiesen“¹⁴⁵.

Gutbier schickte dieses Schreiben zunächst an den „[s]ehr geehrte[n] Herr[n] Professor“, also an Stengel, den Vorsitzenden, und erläuterte:

¹³⁸ Als Patron erstmals genannt wurde das Bankhaus im 26. und 27. Jahresbericht für 1922/23 bis 1923/24, S. 7.

¹³⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 314.

¹⁴⁰ Ebd., Nr. 316.

¹⁴¹ Ebd., Nrn. 315, 82.

¹⁴² 33. Jahresbericht für 1929/30, S. 8. Patrone schieden aus der Liste aus, wenn sie ihre jährlichen Förderungen nicht mehr leisteten; Stifter, die auf einmal viel größere Beträge einbrachten, wurden weiterhin genannt.

¹⁴³ Dies könnte sich auf den oben genannten Erlass des Reichswissenschaftsministers vom 8.12.1938 beziehen, in dem der Ausschluss von Juden aus den Hochschulen des Dritten Reichs angeordnet wurde; NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 272 (Dok. 142); Joseph WALK, Sonderrecht (wie Anm. 102), S. 264.

¹⁴⁴ Mit „Reichskulturministerium“ ist möglicherweise das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gemeint. Auch Stengel benutzte diesen Begriff.

¹⁴⁵ StAM, Best. 325/33, Nr. 67. Der Vorsitzende Küch hatte 1928 erklärt, dass der durch die Stifterbeträge gebildete „bleibende Vermögensbestand [...] durch die Inflation wertlos geworden“ sei; Nr. 121.

„In der Anlage übersende ich Ihnen ein an den Stifter gerichtetes Schreiben mit der Bitte um Entscheidung, ob es so an den Adressaten abgehen soll. Da sich Herr Strauss im Ausland aufhält, hat sich Herr Feller¹⁴⁶ erboten, das Schreiben zu übermitteln. Die errechnete Reichsmarksumme setzt sich aus zwei Posten zusammen: Herr St. hat am 14. März 1918 einen einmaligen außerordentlichen Betrag von 500 M. geleistet und diesen am 1. Oktober 1919 um 500 M. auf den Stifterbetrag von 1000 M. erhöht. Es sind also wohl bei der Berechnung beide Summen zu berücksichtigen. Für 10 PM [Papiermark] vom 14.3.18 sind nach der Auskunft von Herrn Feller 8 RM, für 10 PM vom 1.10.19 1,66 RM einzusetzen“.

Stengel, der nach Berlin-Zehlendorf, Bogenstr. 12, umgezogen war, übermittelte am 1. Januar 1939 seine Stellungnahme:

„Lieber Herr Gutbier!

Ich bin einverstanden, daß der Brief an Herrn Str[auß] in der hier wieder beiliegenden Ausfertigung abgeht. Der zurückzuzahlende Betrag ist recht hoch. Aber behalten können wir die Summe rebus sic stantibus natürlich nicht“.

Das Schreiben an Albert Strauß wurde mit Datum vom 27. Dezember 1938 aufgesetzt. Gutbier ließ es am 4. Januar 1939 Feller zukommen¹⁴⁷.

Der Name Strauß taucht danach mindestens noch einmal in den Geschäftsakten der Historischen Kommission auf. Dr. Ludwig R. Scheffer (* 1883) in Genf, ein Förderer der Historischen Kommission, teilte nämlich am 24. November 1965 dem Schatzmeister Kurt Dülfer mit, er habe in Zürich „eine Frau Gugenheim aufgetan, Tochter des Bankiers Karl Strauss vom Bankhaus Strauss in Frankfurt, s. Z[t]. Stifter, die Bank ist längst liquidiert. [...] Ihr Mann ist ein bekannter Anwalt“¹⁴⁸.

Nationalsozialistische Einflüsse auf das Programm der Historischen Kommission

Die Themenwahl der auf den Versammlungen der Historischen Kommission gehaltenen wissenschaftlichen Vorträge lässt insgesamt keinen besonderen Ausschlag in Richtung nationalsozialistischer politischer Vorgaben oder Erwartungen erkennen. So wurde die Jahresversammlung vom Juli 1932 mit einem Vortrag von Friedrich Küch eingeleitet, der die „Anfänge der Landesgesetz-

¹⁴⁶ Vermutlich Heinrich Feller, Bankdirektor, der in der Moltkestraße 31 wohnte; siehe Marburger Einwohnerbuch 1936/37. Nach dem Stande vom 1. Januar 1936, Marburg o. J., S. 274.

¹⁴⁷ Albert Strauß war im März 1937 nach Italien emigriert, ging von dort 1938 in die Niederlande und im Januar 1939 nach England, wo er ein Jahr später starb.

¹⁴⁸ StAM, Best. 325/33, Nr. 1. Scheffer erscheint im Jahresbericht vom Juni 1933 als Bergassessor a. D. mit dem Wohnsitz Paris, der der Historischen Kommission seit 1921 als Patron angehörte, als er in Frankfurt/M. lebte; später war er in Trier ansässig. Laut dem Jahresbericht vom Juli 1938 trat er in die Kommission im Jahr 1937 „von neuem“ als Patron ein. In den Nachkriegsjahren wird „Dr. ing. Scheffer“ mit dem Wohnsitz Genf angegeben. Er war eine im Marburg der Nachkriegsjahre hochgeachtete Persönlichkeit, unter anderem seit 1971 Ehrenmitglied im Marburger Universitätsbund.

gebung in Hessen“ aufgriff¹⁴⁹. 1935 referierte Professor Gero Merhart von Bernegg (1886–1959) nach der Erledigung der Tagesordnung über ein Steinkistengrab in Altendorf. Im Jahr darauf leitete Wilhelm Hopf (1876–1962) mit einem Vortrag über „Hessische Burgen als Geschichtsquelle“ die Versammlung ein, während 1937 Hans Weirich ein kirchengeschichtliches Thema (Patrozinienkunde) behandelte und 1938 Willi Görich (1907–1991) über „Straße, Burg und Stadt im Zuge der oberhessischen Nord-Süd-Achse“ vortrug¹⁵⁰. „Die Wetterau und das Reich“ war, wie erwähnt, 1939 das Thema des Vortrags von Friedrich Uhlhorn¹⁵¹. 1940 befasste sich Theodor Mayer im Anschluss an die Jahresversammlung mit einem landesgeschichtlichen Thema: „Die Anfänge der Territorialstaatsbildung in Hessen und die Gründung des Klosters Haina“¹⁵². Im darauffolgenden Jahr sprach der Marburger Staatsarchivrat Dr. Ewald Herzog (1893–1967), der 1928 in die Historische Kommission gewählt worden war, über die hessischen Städte¹⁵³. Weitere Vorträge wurden bis zum Ende des Dritten Reichs nicht mehr gehalten¹⁵⁴.

Die Absicht seitens Stengels und der Historischen Kommission, mithilfe der neuen Machthaber die Heimatforschung voranzubringen, schlug sich 1934 allerdings in einem großen Editionsprojekt zur Geschichte der hessischen Bauern nieder. Das Protokoll der Vorstandssitzung vom 14. Juli 1934¹⁵⁵ vermerkt, dass der Vorsitzende die Besprechung mit der wichtigen Mitteilung abschloss, dass Professor Edward Schröder (1858–1942) in Göttingen ihn auf einen Bericht der Historischen Kommission von Hannover aufmerksam gemacht habe, nach dem dort Veröffentlichungen über das niedersächsische Bauerntum beabsichtigt seien. Der Vorstand trat Stengels Meinung bei, dass „auch unsere Kommission an diese Aufgabe herantreten muß“. Es komme eine „Ausgabe besonders vielseitiger und umfassender Quellengruppen in Betracht. Die Angelegenheit soll unter Heranziehung der zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Sachverständigen beschleunigt geprüft werden“. Hopf, Leiter der Landesbibliothek in Kassel, war bereit, „die Verbindung mit dem Landesbauernführer in Kassel aufzunehmen“¹⁵⁶. „Hessisches Bauerntum“ war am 14. Januar 1935 abermals Thema einer Besprechung von Stengel, Gutbier, Knetsch, Noack und Wrede. Danach erhielt das Vorhaben den Arbeitstitel „Quellen und Forschungen zur Geschichte des hessischen Bauerntums“. Darunter verstand man den Plan, ein hessisches Dorf- und Höfebuch „durch die Herausgabe der hessischen Steuerkataster in gedrängtester Form“ zu schaffen. Mit der Ausarbeitung wurden Staatsarchivrat Dr. Günther Wrede und Stengel betraut. Dem Bericht zur 38.

¹⁴⁹ 34. und 35. Jahresbericht für 1930/31–1931/32, Juli 1932, S. 15 f. In den beiden darauffolgenden Jahresberichten werden Vorträge am Ende des Abschnitts „III. Wissenschaftliche Unternehmungen“ nicht genannt; das heißt, man ging gleich nach der Begrüßung zum Bericht des Vorsitzenden Stengel über.

¹⁵⁰ Siehe 38., 40. und 41. Jahresbericht.

¹⁵¹ 42. Jahresbericht für 1938/39, Juni 1939, S. 2.

¹⁵² 43. Jahresbericht für 1939/40, Juli 1940, S. 7.

¹⁵³ 44. Jahresbericht für 1940/41, Juli 1941, S. 2.

¹⁵⁴ Vgl. 45.–50. Jahresbericht für 1941/42–1945/46, Sept. 1947.

¹⁵⁵ Teilnehmer: Stengel, Gutbier, Hermelink, Hopf, Knetsch.

¹⁵⁶ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

Jahresversammlung (1935) ist zu entnehmen, der Plan habe „bereits lebhaftes Interesse bei der Führung der Reichs- und Landesbauernschaft gefunden. Es bleibt zu hoffen, daß die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, dieses Unternehmen von ungewöhnlichem Ausmaß zu beginnen und durchzuführen“¹⁵⁷. Im Jahr darauf hieß es jedoch, man habe an „die Bearbeitung des Dorf- und Hofbuches, das die statistischen Angaben des hessischen Katasters des 18. Jahrhunderts vorbereiten soll“, noch nicht herangehen können, „da das Unternehmen finanziell noch nicht gesichert ist“¹⁵⁸. Dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 27. Juni 1936 ist zu entnehmen, dass der Vorsitzende für die avisierte Veröffentlichung „das besondere Interesse des Herrn Landeshauptmanns [Traupel¹⁵⁹]“ in Kassel erbitte:

„Die kürzlich aus Berlin erhaltenen Auslassungen sind nicht mehr so hoffnungsvoll. Es werden Kürzungen verlangt, die kaum möglich sind. Da sich die Finanzierung durch die Kreise nicht durchführen läßt, appelliert der Vorsitzende an den Bezirksverband. Herr Traupel sagt die Prüfung zu, bittet aber, daß ein bestimmter schriftlicher Antrag auf Unterstützung vor Aufstellung des nächstjährigen Etats gestellt wird“¹⁶⁰.

Auf der Vorstandssitzung am 19. Juni 1937¹⁶¹ kam man zu dem Schluss, dass sich der „weitausschauende Plan, die hessischen Kataster in einer Reihe von Bänden als ‚Dörfer- und Höfebuch‘ zu veröffentlichen [...] aus finanziellen Gründen vorläufig nicht verwirklichen“ lasse. Daher werde er „zurückgestellt“. Um für Ersatz zu sorgen, wurde

„auf Antrag des Vorsitzenden die Herausgabe eines Wegweisers durch die Quellen zur Geschichte des Hessischen Bauerntums beschlossen. Mit Rücksicht auf das Interesse, das bei der Landesbauernschaft selbst an einem solchen Werk vorausgesetzt werden darf, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, es sehr schnell herauszubringen und von vorneherein entsprechend einzurichten“.

Als Bearbeiter wurden Dr. [Hans] Wrede, Dr. Otto Grotefend (1873–1945) und der Archivangestellte von Heßberg genannt. Ein Jahr später war man mit dem „Wegweiser“ wegen des Umzugs des Marburger Staatsarchivs (in den Neubau am Friedrichsplatz) nicht vorangekommen. Der inzwischen in Berlin tätige Stengel drängte nun darauf, diese Schrift „möglichst schnell in vorläufiger Form herauszubringen, da für dieses Werk ein sehr großes aktuelles Interesse vorhanden sein wird“¹⁶². Die folgende Nachricht über das Projekt enthält der Jahresbericht der Historischen Kommission von 1939, dass „wegen der schwierigen

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ 39. Jahresbericht für 1934/35, S. 5; StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

¹⁵⁹ Wilhelm Traupel (1891–1946) war von September 1933 an Landeshauptmann in Wiesbaden (Bezirksverband Nassau) und in Personalunion ab Anfang Januar 1936 auch Landeshauptmann in Kassel (Bezirksverband Hessen). Er nahm sich im Internierungslager Recklinghausen das Leben.

¹⁶⁰ StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

¹⁶¹ Teilnehmer: Stengel, Glöckner, Gutbier, Helm, Knetsch, Mommsen, Richter, Vonderau.

¹⁶² Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.6.1938; Teilnehmer: Stengel, Glöckner, Helm, Hopf, Knetsch, Luthmer, Mommsen, Richter; StAM, Best. 325/33, Nr. 346.

Finanzierung und der Fülle des Materials der Plan eines Dorf- und Höfebuches aufgegeben worden [sei]“. Man habe sich nun entschlossen, sich „auf eine zusammenfassende Wiedergabe der Vorbeschreibungen der Kataster und Anfertigung einer Liste der Hofbesitzer zu beschränken“ und einen zweiten darstellenden Teil vorzusehen¹⁶³. Der Bericht über die 43. Jahresversammlung informierte dann 1940 darüber, dass die Bearbeitung der „Quellen zur Geschichte des hessischen Bauerntums [...] wegen der Versetzung des zum Staatsarchivdirektor in Osnabrück ernannten Herrn Wrede nicht in Angriff genommen werden“ konnte¹⁶⁴. Das Vorhaben wurde dann während der Kriegsjahre – und auch danach – nicht weiter verfolgt.

Eine späte Folge der Beschäftigung mit dem heimischen Bauerntum mag man in der 1958 verfolgten Absicht sehen, Professor Günther Franz (1902–1992) von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Stuttgart-Hohenheim für einen Vortrag über die hessische Agrargeschichte zu gewinnen. Franz, Mitglied der Historischen Kommission seit 1934, als er in Marburg tätig war, antwortete Heine-meyer am 28. Juli 1958 auf dessen Anfrage, das Thema genauer zu umreißen: „Eine Beschränkung auf das 19. Jahrhundert, die reizvoll wäre, ist nicht ohne Archivstudien möglich, müßte zudem zu sehr auf den Antisemitismus der hessischen Bauern eingehen, was unzutunlich wäre“. Der Titel lautete schließlich „Die Bauern in Hessen und das deutsche Bauerntum in der Revolution von 1848“¹⁶⁵.

Franz galt als ausgewiesener Fachmann und war 1958 wieder auf einem Lehrstuhl. Sein Sohn Eckart war 1957 Archivreferendar in Marburg. Möglicherweise gab es deswegen wieder engere Kontakte oder man war dadurch auf diese Idee gekommen. Dennoch erscheint hier die Frage berechtigt, warum man ausgerechnet diesen als bekennenden Nationalsozialisten weithin bekannten Historiker dazu einlud?

Günther Franz hatte von 1922 bis 1924 in Marburg, anschließend in Göttingen studiert. 1930 habilitierte er sich an der Philipps-Universität und war dann einige Jahre Privatdozent in Marburg – bis zu seinem steilen Aufstieg während des Nationalsozialismus (von 1933 an Mitglied der NSDAP und der SA, später der SS, Mitarbeiter des SD). Mit seinem Buch über den „Dreißigjährigen Krieg und das deutsche Volk“ erreichte seine Karriere 1940 einen neuen Höhepunkt¹⁶⁶. An der Reichsuniversität Straßburg befasste sich Franz von 1941 an mit der „Erforschung des deutschen Volkskörpers“¹⁶⁷. Kaum ein anderer belasteter Historiker musste nach 1945 so lange warten, ehe er 1957 wieder auf einen Lehrstuhl berufen wurde. In der Zwischenzeit war Franz Mitbegründer und Schriftleiter der „Ranke-Gesellschaft. Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben“ und

¹⁶³ Ebd., Nrn. 135, 347. In diesem Sinn informierte auch ein Zeitungsbericht über die 42. Jahresversammlung (1939).

¹⁶⁴ Ebd., Nr. 347.

¹⁶⁵ Ebd., Nr. 406.

¹⁶⁶ Siehe Wolfgang BEHRINGER, Von Krieg zu Krieg. Neue Perspektiven auf das Buch von Günther Franz „Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk“ (1940), in: Benigna VON KRUSENSTERN, Hans MEDICK (Hrsg.), Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe (VMPI 148), Göttingen 1999, S. 543–591.

¹⁶⁷ Ernst KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2005, S. 161.

Schriftleiter der Zeitschrift „Das Historisch-Politische Buch“. Außerdem war er für die Historische Kommission für Hessen und Waldeck tätig, erhielt von ihr Aufträge, die mit Honoraren vergolten wurden¹⁶⁸. 1951 gab die Historische Kommission den gewichtigen Band „Wiedertäuferakten 1527–1626“ heraus, der zuletzt von Günther Franz bearbeitet worden war¹⁶⁹.

Walter Heinemeyers Einladung von 1958 spricht dafür, dass die Historische Kommission jenen gegenüber, die sich unter dem Nationalsozialismus hervorgetan hatten, wieder ‚zur Tagesordnung‘ übergegangen war. Im Einklang mit dem Zeitgeist in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre glaubte man offenbar, bei den Veranstaltungsplanungen auf Feingefühl im Hinblick auf NS-Belastungen verzichten zu dürfen.

Nationalsozialistische Einflüsse auf die Veröffentlichungen der Historischen Kommission

Vom Ende der 1920er Jahre bis 1945 gab die Historische Kommission eine Reihe von Publikationen heraus. Die Vorworte dieser Quelleneditionen und Studien enthalten zunächst kaum Aussagen, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung von Interesse sind¹⁷⁰. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man Band XVII der „Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien“ in die Hand nimmt: „Der Ökonomische Staat Landgraf Wilhelms IV“. Der Verfasser, Ludwig Zimmermann, beginnt seine im ersten Band enthaltene Darstellung mit einem dem Umbruch zur NS-Zeit verhafteten Statement:

„Staatsbildung als organische Gestaltung der im Volke gegebenen Kräfte ist die Aufgabe der deutschen Gegenwart. Wenn eine Wissenschaft im Sinne ihrer großen Tradition an diesem Werke mitzuwirken berufen ist, so ist es die Geschichtswissenschaft“.

Er spricht sich für die „Besinnung auf die Wesensart des deutschen Staates, die sich in seiner Geschichte offenbart“¹⁷¹ aus. Diese Äußerungen entsprechen also ganz dem, was Zimmermann in seinen oben erwähnten Vorträgen vor den im Sinne der NS-Ideologie geschulten Lehrern propagierte.

¹⁶⁸ Siehe StAM, Best. 325/33, Nrn. 67, 367, 403.

¹⁶⁹ Als Band 11/4 der Reihe Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck.

¹⁷⁰ Regesten der Landgrafen von Hessen 1, 1247–1328 (VHKH 6/1), bearb. von Otto GROTEFEND, Felix ROSENFELD, Marburg/Lahn 1929; Quellen der Rechtsgeschichte der Stadt Marburg 2 (VHKH 13), bearb. von Friedrich KÜCH, Marburg 1931; Catalogus professorum academiae Marburgensis (1527–1910). Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität in Marburg von 1527 bis 1910 (VHKH 15), bearb. von Franz GUNDLACH, Marburg (Hessen) 1927; Franz GUNDLACH, Die hessischen Zentralbehörden von 1247 bis 1604, Bd. 1: Darstellung (VHKH 16/1), Marburg/Lahn 1931; Bd. 2: Urkunden und Akten (VHKH 16/2), Marburg/Lahn 1932; Bd. 3: Dienerbuch (VHKH 16/3), Marburg/Lahn 1930.

¹⁷¹ Ludwig ZIMMERMANN (Hrsg.), Quellen zur Verwaltungsgeschichte hessischer Territorien, Bd. 1: Der Ökonomische Staat Landgraf Wilhelms IV. (VHKH 17/1), Marburg 1933, Vorwort S. XV; Bd. 2 erschien 1934.

Die Vorworte in den folgenden Bänden sind abermals unergiebig¹⁷², doch dies ändert sich mit dem Jahr 1939. Damals kam – nach jahrelangen Vorbereitungen – der erste Band der „Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930“ heraus. In ihrem Vorwort vom 6. Juni 1939 befeiligte sich die Bibliothekarin Ingeborg Schnack (1896–1997) eines an nationalsozialistische pathosgeladene Verquastheit angelehnten Sprachstils:

„Die Jahrzehnte nach dem Weltkriege und vor allem das letzte Jahrünft des gewaltig wiedererrungenen deutschen Selbstgefühls ließen in strenger Besinnung auf die nationalen Werte der Stammeseigenart fast jeden deutschen Gau [...] diese Arbeit in Angriff nehmen“. Später preist die Autorin die „seherische, völkische Leidenschaft Otto Böckels“, würdigt voller Genugtuung „freudige Mithilfe und tätige Anteilnahme weiter Kreise“, und wagt einen wunschhaften Ausblick: „Möchte diese dem stolzen Gefühle wieder gewonnener nationaler Größe entspringende Anteilnahme an einer bedeutenden Vergangenheit dem Werk auch für die folgenden Bände erhalten bleiben“¹⁷³.

Es lässt sich über den Inhalt der „Lebensbilder“ freilich nicht hinwegsehen. Ist hier doch mit dem Beitrag von Dr. Ferdinand Werner (1876–1961), „Hess[ischer] Staatsprä[sident] und Kultusmin[ister] i. R., Breslau“ ein zutiefst gehässiges anti-jüdisches Pamphlet enthalten: eben jenes „Lebensbild“ Otto Böckels, das die Herausgeberin so beeindruckt hatte¹⁷⁴. Hier sollen nur einige Zitate genügen, um zu belegen, dass der Autor zu den eifrigen Befürwortern der nationalsozialistischen Vernichtungsbestrebungen gezählt werden muss: „Das Schicksal [...] stellt ihn [...] auf die laute Bühne des leidenschaftlichen politischen Kampfes gegen die jüdische Weltgefahr, d. h. um Leben und Sterben des deutschen Volkes“ (S. 31); der an einem „toten Punkt“ angelangte „erste Auftakt judengegnerischer Abwehr“ sei von Böckel schließlich überwunden worden; zum „Judenwucher“ (S. 32) heißt es über den Mord an einem Juden aus Nordeck, der deswegen angeklagte Bauer sei vom Schwurgericht in Marburg freigesprochen worden. 1887 sei Böckel durch die Wahl im Wahlbezirk Marburg-Frankenbergr-Kirchhain „als erster Rassenantisemit in den Reichstag“ eingezogen (S. 33) – eine Entwicklung, die Werner mit jener von 1932/33 parallelisiert: „Unerhört und beispiellos sind die Erfolge der judengegnerischen Bewegung“ (S. 34). Und: „Läuft hier nicht eine kerzengrade Linie von dieser Zeit in die Gegenwart hinein?“ (S. 36). Wehmütig beklagt Werner, dass „die Zeit auch für die stärkste völkische Befähigung noch nicht reif war und es erst der furchtbaren Erschütterung eines weltwendenden Krieges bedurfte, um Deutschland völlig zu erwecken“ (S. 36 f.). Böckel

¹⁷² Die einführenden Worte zu Walter HÄVERNICK, Das hessische Münzwesen, Bd. 1: Das ältere Münzwesen der Wetterau bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts (VHKH 18), Marburg/Lahn 1936, S. V f., hat Stengel selbst verfasst. Das vor einem kurzen Vorwort des Bearbeiters Weirich (S. IV) stehende Geleitwort zum Urkundenbuch der Reichsabtei Hersfeld 1, bearb. von Hans WEIRICH (VHKH 19), Marburg 1936, S. III, stammt vom Vorstand (Stengel, Knetsch, Gutbier).

¹⁷³ Ingeborg SCHNACK (Hrsg.), Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930 1, Marburg/L. 1940 (VHKH 20/1), S. V–VIII, hier S. VIII.

¹⁷⁴ Ferdinand WERNER, Otto Boeckel (1859–1923). Völkischer Politiker, in: ebd., S. 31–37.

sei „in die politische Arena“ gesprungen, „um den Hessen und den Deutschen sein ‚Deutschland den Deutschen!‘ zuzurufen, während noch Millionen um ihn schliefen [...] oder sich verblendet, wenn nicht gar verbrecherisch, mit Juda, dem geheimen und unerbittlichen Feinde alles Nichtjüdischen, verbündeten“ (S. 37).

Offen bleiben muss die Gesamtzahl weiterer Bezüge auf den Rassenantisemitismus auch in anderen Beiträgen der „Lebensbilder“. Hier sei nur auf die Äußerung von Adolf Mannkopff über den Marburger Mediziner Emil Wilhelm Mannkopff verwiesen, in der es heißt: „Das Rassebewußtsein wurde ihm zum Gesetz menschlicher Erkenntnis“¹⁷⁵.

1939/40 wirkte sich der neue Weltkrieg schon ganz konkret auf das Unternehmen der „Lebensbilder“ aus, denn im zweiten Band schrieb Ingeborg Schnack im November 1940, „ein Teil der Verfasser“ stehe „im Felde“ und habe zugesagte Beiträge nicht abliefern können; „mit dem Kriegszustande“ sei „begründet“, dass die Grimms vertreten seien, andere aber nicht¹⁷⁶. Sie rät darüber, dass

„weitgespannte biographische Sammelwerke nur dann in absehbarer Zeit einer Verwirklichung entgegen gehen, wenn mit den vorhandenen sachkundigen Mitarbeitern das Werk entschlossen in Angriff genommen und in bandweisem Vortwärtsschreiten [...] das große Gebiet durchmessen und damit letztlich zur Totalität des Ganzen [!] vorgedrungen wird“.

Im Vergleich zum ersten Band hätten sich Veränderungen bei der Darbietung von Familienbiografien ergeben, die Erleichterungen für die „erbbiologisch gerichtete Familienforschung“ böten. Auch nimmt Schnack Bezug auf „die über Reich und Volk hinausgehende vielfältige Leistung der Hessen in fremden Erdteilen, auf das schicksalvoll[e] Kapitel: ‚Deutsche unter fremden Fahnen‘“¹⁷⁷. Sie preist sodann das „hingebend[e], heimatverpflichtet[e] Schaffen“ der hessischen Künstler, nennt einige der Porträtierten, in deren Leistung sich verdeutliche, „wie sich in silbernen Strömen die Kraft des Hessenstammes in Volk und Reich hinaus ergießt“, und wagt die aktuelle politische Stellungnahme:

„Die vom Atem einer neuen und großen Zeit durchflutete Gegenwart, die in überwältigender Eindringlichkeit erfährt, was die Sprache und die Kunde vom Wesen des Germanischen für die Erhaltung des Volkstums und seine Heimkehr ins Reich bedeuten, wird sich mit Ehrfurcht der [...] Lebensarbeit der Brüder Grimm zuwenden. Sie sind des Hessenstammes ebenbürtige Gabe an das deutsche Volk“¹⁷⁸.

Im Beitrag von Ludwig Wolff über die Grimms heißt es pflichtschuldig, deren Leistungen waren „Dienst an Volk und Volkstum“, doch gesteht der Marburger Germanist in Bezug auf die Überlieferung der Märchen durchaus ein, dass „doch gar manches den Deutschen durch Entlehnung zugekommen ist“¹⁷⁹.

¹⁷⁵ Adolf MANNKOPFF, Emil W. Mannkopff (1836–1918). Professor der inneren Medizin, in: ebd., S. 190–194.

¹⁷⁶ Ingeborg SCHNACK (Hrsg.), Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930 2, Marburg/L. 1940 (VHKH 20/2), Vorwort vom Nov. 1940, S. V–VII, hier S. V.

¹⁷⁷ Ebd., S. VI.

¹⁷⁸ Ebd., S. VII.

¹⁷⁹ Ebd., S. 175–196, hier S. 176, 179.

Superintendent a. D. Heinrich Nebelsieck erwähnt in seinem Beitrag über den Pfarrer und waldeckischen Geschichtsforscher Johann Adolf Varnhagen dessen „fälische Rasse“¹⁸⁰.

Im Vorwort des dritten Bandes vom November 1942 würdigt Schnack Leistungen von mit Hessen verbundenen Menschen bei der „Erschließung Südamerikas“. Es gibt jedoch auch einen aktuellen Bezug zum Lebensraum-Krieg gegen die Sowjetunion, denn „als neues Tätigkeitsfeld hessischen Fleißes und hingebenden Leistungswillens tritt dieses Mal der Osten mit Rußland hinzu“. Mit Verständnis für die vorrangigen Erfordernisse des Kriegführens erklärt die Herausgeberin: „Warmer Dank gilt den Mitarbeitern, die auf kargem Fronturlaub oder in der Heimat oft unter schwierigen Bedingungen zäh die Vollendung der übernommenen Beiträge durchsetzten“¹⁸¹.

Auch Edmund Ernst Stengel äußert sich über Russland – anhand eines Porträts seines Großvaters Ernst Herrmann (1812–1884). Dessen Aussage über das Verhältnis der Deutschen Livlands zu Russland wird zitiert:

„daß kein Mittel geeigneter sein kann, einen Staat von verderblicher Stagnation abzuhalten oder zurückzubringen und das Prinzip universellen Lebens zur Entwicklung zu bringen, als die Verbindung verschiedener Sprachgebiete innerhalb eines Staates, so nämlich, daß einem jeden sein göttliches Recht heilig und unverletzlich gehalten wird“¹⁸².

Diese Verteidigung der im 19. Jahrhundert beschnittenen deutschen Vorrechte im Baltikum war im Jahr 1942 freilich schon unzeitgemäß.

Karl Justis Darstellung über das Marburger Landgrafenschloss vom Oktober 1941 fasst in Anlage 4 das „Schrifttum“ zusammen, wobei Klibanskys Dissertation nicht aufgeführt wird, während Georg Dehios¹⁸³ „Geschichte der deutschen Kunst“ von 1921 zu Recht genannt wird¹⁸⁴. Angesichts der vom Nationalsozialismus schwer belasteten Publikationsgeschichte der kurhessischen Lebensbilder stellt sich die Frage, warum Ingeborg Schnack, die (erst) 1938 in die NSDAP eingetreten war, in Marburg trotzdem hoch angesehen blieb – auch bei der Historischen Kommission weiterwirkte und noch mehrere Biografie-Bände herausgeben durfte.

Die Schriften des heutigen Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde erschienen ursprünglich unter dem Reihentitel „Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau“. Sie wurden „in Verbindung mit Marburger Fachgenossen herausgegeben von Edmund E. Stengel“, der in Personalunion Leiter des Instituts und Vorsitzender der Historischen Kom-

¹⁸⁰ Ebd. S. 389–400, hier S. 390.

¹⁸¹ Ingeborg SCHNACK (Hrsg.), Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830–1930 3 (VHKH 20/3), Marburg/L. 1942, S. V.

¹⁸² Edmund E. STENGEL, Ernst Herrmann (1812–1884). Professor der Geschichte, in: ebd., S. 190–196, hier S. 195.

¹⁸³ Georg Dehio (1850–1932) war verheiratet mit Charlotte Friedländer (1859–1932) und galt somit in den Augen der Behörden des Dritten Reichs als „jüdisch versippt“.

¹⁸⁴ Karl JUSTI, Das Marburger Schloß. Baugeschichte einer deutschen Burg. Mit 30 Textabbildungen und 54 Tafeln nach 10 entwicklungsgeschichtlichen Modellen, Marburg/Lahn 1942 (VHKH XXI), S. V f.

mission war. Die ersten fünf Bände wurden als „Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte“ herausgebracht. 1. Reihe: „Arbeiten zum geschichtlichen Atlas von Hessen und Nassau“. Ab Band 19 waren Theodor Mayer und Edmund E. Stengel eine Zeitlang gemeinsam Herausgeber der Reihe.

Der Dissertation von Erich Klibansky, mit der die Reihe 1925 begründet worden war, folgten bis 1944 weitere 21 Studien, die einen Beitrag „zum geschichtlichen Atlas von Hessen und Nassau“ leisteten. Einige dieser Publikationen wurden nicht mit Vorworten versehen¹⁸⁵.

Im „Schrifttum“ oder Literaturverzeichnis der Publikationen damaliger Doktoranden aus dem Umkreis Stengels wurde Klibanskys Dissertation einmal nicht genannt¹⁸⁶, gewöhnlich aber aufgeführt. Anna Schröder-Petersen zitierte im Text ihrer von 1925 bis 1927 erarbeiteten Untersuchung Klibanskys Dissertation¹⁸⁷. Wilhelm Classen bezog sie mehrfach in die Publikation seiner Forschungsergebnisse mit ein, dankte Klibansky für Hinweise und erwähnte dessen Dissertation in der Literatur¹⁸⁸. Fritz Adolf Brauers Darstellung über die Grafschaft Ziegenhain wurde mit Unterstützung „des NSLB. Kreisgruppe Ziegenhain“ gedruckt, doch hinderte ihn dies 1934 nicht, den jüdischen Kollegen zu nennen¹⁸⁹.

Auch Ludwig Bald erhielt eine Unterstützung „der NS-Lehrerschaft im Siegerland“ für den 1939 erfolgten Druck seiner von 1930 bis 1932 am Marburger Institut entstandenen Darstellung zum Fürstentum Nassau-Siegen¹⁹⁰. Im Vorwort zu einem weiteren Band dankte der Herausgeber der Reihe, Edmund E. Stengel, im Juni 1937 „dem Herrn Reichswissenschaftsminister, der die Druckle-

¹⁸⁵ Dazu gehören Hans FALK, Die Mainzer Behördenorganisation in Hessen und auf dem Eichsfeld bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, Marburg 1930; Günther WREDE, Territorialgeschichte der Grafschaft Wittgenstein, Marburg 1927; Elisabeth ZIEGLER, Das Territorium der Reichabtei Hersfeld von seinen Anfängen bis 1821, Marburg 1939; Karl G. BRUCHMANN, Der Kreis Eschwege. Territorialgeschichte der Landschaft an der mittleren Werra, Marburg 1931; Margarete EISENTRÄGER, Eberhard KRUG, nebst Beiträgen von Edmund E. STENGEL, Territorialgeschichte der Kasseler Landschaft, Marburg 1935 (Stengels Eingriffe und Ergänzungen betreffen den Krug'schen II. Teil); Eitel KLEIN, Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Hohenstein vom 16. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Marburg 1935; Bernhard HELBIG, Das Amt Homberg an der Efze. Ursprung und Entwicklung, Marburg 1938; Karl Hermann MAY, Territorialgeschichte des Oberlahnkreises (Weilburg), Marburg 1939; Wolfgang MÜLLER, Die althessischen Ämter im Kreise Gießen. Geschichte ihrer territorialen Entwicklung, Marburg 1940.

¹⁸⁶ Siehe Erich ANHALT, Der Kreis Frankenberg. Geschichte seiner Gerichte, Herrschaften und Ämter von der Urzeit bis ins 19. Jahrhundert, Marburg 1928; Meinhard SPONHEIMER, Landesgeschichte der Niedergrafschaft Katzenelnbogen, Marburg 1932.

¹⁸⁷ Anna SCHRÖDER-PETERSEN, Die Ämter Wolfhagen und Zierenberg. Ihre territoriale Entwicklung bis ins 19. Jahrhundert, Marburg 1936, S. 1.

¹⁸⁸ Wilhelm CLASSEN, Die kirchliche Organisation Althessens im Mittelalter samt einem Umriß der neuzeitlichen Entwicklung. Nebst einer Vorrede von Edmund E. STENGEL, Marburg 1929, S. XIX, 62 mit Anm. 11, 66 mit Anm. 9.

¹⁸⁹ Siehe Fritz Adolf BRAUER, Die Grafschaft Ziegenhain. Territorialgeschichte des Landes an der mittleren Schwalm, Marburg 1934.

¹⁹⁰ Ludwig BALD, Das Fürstentum Nassau-Siegen. Territorialgeschichte des Siegerlandes, Marburg 1939.

gung des Bandes durch namhafte Zuschüsse ermöglicht hat“¹⁹¹. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Stengel zwei Jahre später einem Erlass des Reichswissenschaftsministers nicht strikt Folge leistete. Das Ministerium hatte am 20. Oktober 1939 angeordnet, dass künftig wissenschaftliche Arbeiten jüdischer Deutscher in Literaturverzeichnissen von Dissertationen nur dann noch genannt werden sollten, wenn dies „unumgänglich“ sei. Außerdem sollten die Arbeiten jüdischer Autoren stets von den übrigen getrennt aufgelistet werden¹⁹². Über diese Anweisung setzte sich Stengel in den von 1939 an publizierten Bänden hinweg¹⁹³. Im Anhang der Studie von Wolfgang Müller wurde Klibanskys Dissertation 1940 sowohl im „Schrifttum“ als auch in den Anzeigen als erste der Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau genannt¹⁹⁴. Ebenso wurde in Walter Krummels Studie verfahren, die zunächst von Ruth Heine, Magdeburg (sie starb am 19. Dezember 1930), bearbeitet worden war¹⁹⁵. Heinrich Diefenbach listete nicht nur die Dissertation Klibanskys auf, sondern auch das Manuskript über die Amöneburger Kellereirechnungen aus dem „Besitz der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck“¹⁹⁶. In Eilhard Zickgrafs 1937 abgeschlossener und Anfang 1943 für den Druck vorbereiteter Doktorarbeit erscheint Klibanskys Dissertation auf der Anzeigenseite¹⁹⁷. Letzteres wurde so stets in den Schriften der mit Stengel verbundenen Landesgeschichtler gehandhabt, die in der Reihe des Instituts herauskamen¹⁹⁸.

In ihrer 1942 erschienenen Dissertation über die älteren Güterverzeichnisse der Reichsabtei Fulda erwähnt Traut Werner-Hasselbach im Schrifttum zwar nicht Klibanskys Doktorarbeit, nennt aber andere Wissenschaftler jüdischer Religionszugehörigkeit, ohne sie von den nicht-jüdischen zu trennen¹⁹⁹.

Der Krieg – insbesondere das Töten im Krieg auf sowjetischem Gebiet – wirkte sich unterdessen ganz konkret auf die Institutsarbeit aus. Die Äußerungen dazu zeugen von der Durchdringung dieses akademischen Milieus von der

¹⁹¹ Gerhard KLEINFELDT, Hans WEIRICH, Die mittelalterliche Kirchenorganisation im oberhessisch-nassauischen Raum, Marburg 1937, S. XI. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war von 1934 an Bernhard Rust (1883–1945).

¹⁹² WALK (wie Anm. 102), S. 307.

¹⁹³ Siehe MAY (wie Anm. 185).

¹⁹⁴ MÜLLER (wie Anm. 185), S. X und Anzeigenseite.

¹⁹⁵ Walter KRUMMEL, Die hessischen Ämter Melsungen, Spangenberg, Lichtenau und Felsberg, Marburg 1941, S. IX und Anzeigenseite.

¹⁹⁶ Heinrich DIEFENBACH, Der Kreis Marburg, seine Entwicklung aus Gerichten, Herrschaften und Ämtern bis ins 20. Jahrhundert, Marburg 1943, S. XV und Anzeigenseite. Das Buch beruht wesentlich auf Diefenbachs 1938 abgeschlossener Dissertation.

¹⁹⁷ Eilhard ZICKGRAF, Die gefürstete Grafschaft Henneberg-Schleusingen. Geschichte des Territoriums und seiner Organisation, Marburg 1944, Anzeigenseite.

¹⁹⁸ Hans-Peter Lachmann weist darauf hin, dass in allen Schriften der Kommission Klibansky und die übrigen jüdischen Schüler Stengels in den Anzeigen, die in den bedruckbaren Buchdeckeln aufgelistet waren, ohne Unterbrechung genannt wurden. Justis baugeschichtlicher Band über das Marburger Schloss enthält keine Anzeigenseite.

¹⁹⁹ Traut WERNER-HASSELBACH, Die älteren Güterverzeichnisse der Reichsabtei Fulda (Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte, Reihe 2/7), Marburg 1942, S. VII–X.

nationalsozialistischen Kriegsrhetorik. Und solche Diktion wurde – *horribile dictu* – in der Historischen Kommission bis weit in die Nachkriegsjahre hinein weiter benutzt. Heinrich Diefenbach stattete dem Doktorvater Stengel im Vorwort Dank für Anregung und Förderung ab, aber auch dem nationalsozialistischen Landrat Hans Krawielitzki und dem Marburger Bürgermeister Walter Voß für namhafte Zuschüsse für den Druck. Sein Buch widmete er den sechs „im Kampfe gefallenen“ Kollegen²⁰⁰. Dies schrieb der Autor „Im Felde, Mai 1942“, als er tagtäglich mit dem Kriegstod zu tun hatte. Von dort aus stellte Diefenbach nun fest, er wisse sich „[i]n vielfacher Weise [...] der kameradschaftlichen Gemeinschaft im Institut für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau verpflichtet, deren im Kampfe gefallenen Mitgliedern das Werk zugeeignet ist“²⁰¹. Für einen seiner Schüler musste Stengel im Januar 1943 selbst das Vorwort schreiben, denn Zickgraf, der im Dezember 1937 bei Stengel promoviert wurde und danach einen Studienaufenthalt in England plante, sei

„erstes Kriegsoffer der Arbeitsgemeinschaft des geschichtlichen Atlas von Hessen und Nassau gewesen: Da brach der Krieg aus, der ihn, den seit Jahren ausgebildeten Grenadier, zu den Fahnen rief. [...] Aber der Krieg ließ ihn nicht los; er nahm ihn ganz: am 7. Juni 1940 ist Eilhard Zickgraf 26jährig beim großen Vormarsch in Frankreich gefallen; seine Leiche hat man erst im Winter auf 1941 in einem Wäldchen bei Amiens gefunden und geborgen“²⁰².

Noch Ende der 1950er Jahre ließ sich Stengel völlig unkritisch über den Einsatz seiner Schüler für Hitlers Kriegsziele aus. So schrieb er im Vorwort einer nachgelassenen Studie, die in den Schriften des Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde erscheinen sollte, über deren Verfasser: „Dr. Ulrich Bockshammer war Schwabe von Geblüt“, Nachkomme von Historikern, habe

„nach ersten Tübinger Semestern in der Absicht, Archivar zu werden, den größten Teil seiner Studentenzeit in Marburg verbracht und ist dort als Mitglied des um den geschichtlichen Atlas von Hessen gescharten Arbeitskreises an einem hessischen Thema zum Landeshistoriker herangewachsen, bis ihn, wie so viele andere Kameraden dieser Runde, der große Krieg verschlang“²⁰³: auf dem Vormarsch nach

²⁰⁰ DIEFENBACH (wie Anm. 196), S. VII f., hier S. VIII.

²⁰¹ Ebd., S. VIII.

²⁰² ZICKGRAF (wie Anm. 197), Vorwort S. V f. An der „Herrichtung des Manuskripts“ und an Korrekturen hatte sich u. a. beteiligt „Frau Dr. Tr[aut] Werner-Hasselbach – Straßburg i. E.“, an den Registern „Frau Dr. A. Schröder-Petersen – Zoppot“, ebd., S. VI – ein Hinweis auf den geografisch stark erweiterten Radius im Berufsweg der „Hessen-Historikerinnen“.

²⁰³ Außer dem Gefreiten Ulrich Bockshammer (1914, Stuttgart–1941 „bei Weritschew am Drut/Weißrussland“) waren bis dahin gestorben: der Unteroffizier Hans-Werner Rappe (1910, Wetter–1942 bei Gomel), der Schütze Helmuth Schotte (1912, Wippra–1941 „bei Pojutino“), Leutnant Eberhard Schwab (1914, Darmstadt–1942, westl. Stalin-grad), Meinhard Sponheimer (siehe oben), Unteroffizier Hans Heinz Weirich (1909, Brambauer–1942 „bei Sszmenowka“ [sic]), der Gefreite Eilhard Zickgraf (1914, Bielefeld–1940 bei Beauvais); Angaben nach: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Datenbank: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html>, eingesehen am 22.2.2017. Später umgekommen ist Heinrich Diefenbach, der 1944 auf der Krim in russischer Kriegsgefangenschaft starb; siehe Willi GÖRICH, Heinrich Diefenbach: Der Kreis Marburg, in: *Hessenland. Geschichte, Landschaft und Volkstum* 10, Nr. 8 vom 20.4.1963, S. 1.

Rußland ist er, seinem Vaterland den höchsten Zoll der Treue zahlend, am 14. Juli 1941 gefallen²⁰⁴.

Später hätten sich „mehrere Kameraden des Verfassers“ mit Stengel um das Manuskript der Dissertation bemüht. Letzterer habe das erste Kapitel über die Frühzeit von Grund auf neu ausgearbeitet, denn dies sei „ja in solchem Falle das Recht und, dem Toten gegenüber, auch die Pflicht des ‚Doktorvaters‘“²⁰⁵. Die Drucklegung erfolgte 1954, das Erscheinen hatte sich wegen „Überlastung der Druckerei“ mehrere Jahre verzögert.

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der Historischen Kommission zwischen 1918 und 1970²⁰⁶

Vorsitzende:

bis 1919	Goswin Freiherr von der Ropp
1919–1929	Friedrich Küch
1929–1939	Edmund E. Stengel
1939–1942	Theodor Mayer
1942–1954	Edmund E. Stengel
1954–1963	Heinrich Büttner
ab 1963	Walter Heinemeyer

Schatzmeister:

1919–1929	Edmund E. Stengel
1929–1938	Carl Knetsch
1938	Ewald Gutbier (vertretungsweise)
1939–1945	Rudolf Vaupel
1945–1947	Gutbier (vertretungsweise)
1947–1963	Ludwig Dehio
1963–1973	Kurt Dülfer

Schriftführer:

1918–1928	Wilhelm Dersch
1928–1953	Ewald Gutbier
1953–1963	Walter Heinemeyer
1963–1968	Wolf von Both
ab 1968	Hans Philippi

Von den 13 Vorstandsangehörigen der Historischen Kommission zwischen Ende der 1920er Jahre und Ende der 1960er Jahre waren neun Mitglieder der NSDAP: Drei traten im Mai 1933, vier im Mai 1937 und je einer im April 1940 und im April 1942 ein. Sie alle sollen hier näher betrachtet werden.

²⁰⁴ Ulrich BOCKSHAMMER, Ältere Territorialgeschichte der Grafschaft Waldeck. Mit Beiträgen von E. E. STENGEL, C. CRAMER und W. GÖRICH nebst einem Atlas von 8 Kartenblättern, Marburg 1958, Vorwort S. IX f., hier S. IX.

²⁰⁵ Ebd., S. X.

²⁰⁶ Wilhelm HALLWACHS, Die Mitglieder der Historischen Kommission für Hessen 1897–1977, in: HEINEMEYER, Historische Kommission (wie Anm. 10), S. 51–73.

Durch NS-Mitgliedschaften völlig unbelastet war Ewald Gutbier (1887–1965), von 1928 bis 1953 Schriftführer der Historischen Kommission. Friedrich KÜCH, Vorsitzender der Historischen Kommission von 1919 bis 1929, der 1933 als Direktor des Staatsarchivs Marburg bereits pensioniert war, starb 1935, ohne offenbar einer NS-Organisation beigetreten zu sein²⁰⁷. Ludwig Dehio, von 1946 bis 1954 erster Amtsnachfolger KÜCHS als Direktor des Staatsarchivs Marburg in der Bundesrepublik Deutschland, war von 1947 bis zu seinem Tod 1963 Schatzmeister der Historischen Kommission; der Sohn des Kunsthistorikers Georg Dehio galt während des Dritten Reichs als diskriminierter ‚Vierteljude‘. Hans Philippi (1916–2010), von 1968 an Schriftführer der Historischen Kommission, wurde als Mitglied des Jungstahlhelms (nur) formal in die SA übernommen²⁰⁸, verstand sich aber weiterhin als deutschnationaler Gegner der Nationalsozialisten²⁰⁹. Diese vier Letztgenannten können hier außer Betracht bleiben.

Wolf von Both (20.6.1901, Kassel–1976): 1963–1968 Schriftführer

1.5.1933 NSDAP-Eintritt, Nr. 2,579.759²¹⁰

Wolf von Both, der einer Kasseler Offiziersfamilie entstammte²¹¹, legte im August 1919 die Reifeprüfung ab, studierte Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte. Nach der Promotion 1926 in Breslau über Luther und die Fabel (erschienen 1927) war er an der Staats- und Universitätsbibliothek Breslau und von 1932 an als Bibliothekar in Berlin tätig²¹². Er war mit Elisabeth, geb. Freiin von Müffling, verheiratet, mit der er vier Kinder hatte.

Nach dem Eintritt in die NSDAP schloss er sich noch der SA an, 1934 der NSV, dem Reichsbund der Deutschen Beamten und dem Reichsluftschutzbund, 1936 überdies dem Reichskolonialbund. Im Heer brachte er es im gleichen Jahr zum Unteroffizier der Landwehr²¹³. Von 1936 bis 1940 und abermals 1944/45 war von Both stellvertretender Blockleiter der NSDAP.

Im Oktober 1935 stieg er zum Bibliotheksrat und Mitglied des Staatlichen Prüfungsausschusses für das Bibliothekswesen auf. Als solcher war er von 1936 bis 1938 bei der Bibliothekarsausbildung in Berlin u. a. für die ideologische Schulung im Sinn der NSDAP zuständig. 1940 wurde er „zur Dienstleistung im besetzten Gebiet als Kriegsverwaltungsrat abkommandiert“, war Anfang 1942 „Oberregierungsrat in Prag beim Amt des Reichsprotectors, Sachbearbeiter für Kunst und Volksbildung“, und ab Mitte des Jahres „Sektionsleiter für Wissen-

²⁰⁷ Freundliche Mitteilung von Frau Jana Blumberg, Bundesarchiv Berlin.

²⁰⁸ In seinen Memoiren schrieb Philippi, er sei 1932 in den Jungstahlhelm eingetreten, und als der Stahlhelm in die SA überführt wurde, sei er „dem Vater zuliebe nicht“ SA-Mann geworden; Hans PHILIPPI, *Die Chronik meines Lebens. Erinnerungen Teil 1*, Darmstadt, Marburg 2002, S. 100, 103.

²⁰⁹ Siehe den Nachruf von Gerhard MENK in: *Archivar* 63 (2010), S. 338 f.

²¹⁰ BAB, NSDAP-Zentralkartei.

²¹¹ Er war ein Sohn des späteren Generalmajors Friedrich von Both; Hans-Jürgen KAHLFUSS (Hrsg.), *Ex Bibliotheca Cassellana – 400 Jahre Landesbibliothek, Kassel 1980*, S. 96 (Biogramm von Wolf Rudolph Hans Emanuel von Both).

²¹² HHStAW, Abt. 527 II, Nr. 12.638 (Landespersonalamt).

²¹³ Meldebogen vom 22.4.1946; HHStAW, Abt. 520 Kassel-Stadt, Nr. B2 1946, Bl. 2.

schaft und Volksbildung im Ministerium für Schulwesen in Prag²¹⁴. Er verließ Prag im Mai 1945 laut eigener Aussage im Spruchkammerverfahren „lediglich mit dem Rucksack“; später galt er als „Ostflüchtling“²¹⁵.

Von Herbst 1945 bis Anfang 1947 war von Both als dienstverpflichteter Bauhilfsarbeiter der Firma Kaspar Müller, Eisenschmiede, „bei der Ausbesserung des Kasseler Kanalnetzes“ tätig. Er trat der Gewerkschaft bei. Von Juni 1947 an war er Büchereihilfsarbeiter beim Volksmissionarischen Amt der Evangelischen Landeskirche (Leiter: Pfarrer Freudenstein)²¹⁶. Daran schloss sich 1948 eine zweite Karriere als Bibliotheksrat an der Landesbibliothek in Kassel an: 1949–1957 Direktor der Landesbibliothek in Kassel, 1957–1959 stellvertretender Direktor der Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, 1960–1966 Direktor an der Universitätsbibliothek Marburg. Daneben hatte von Both verschiedene Ehrenämter inne, so als zeitweiliger Vorsitzender des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde²¹⁷ und als stellvertretender Vorsitzender der Kurhessischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft.

Im Oktober 1948 schlug der Leiter der Landesbibliothek in Kassel, Hopf, zur Ergänzung des Vorstands²¹⁸ der Historischen Kommission Wolf von Both als delegiertes Mitglied des Hessischen Geschichtsvereins vor²¹⁹. 1950 wurde er Mitglied der Historischen Kommission.

Bei seiner Entnazifizierung betrachtete sich von Both als „minderbelastet“ und brachte 1948 zehn Gutachten zu seinen Gunsten bei, die bestätigen sollten, dass er „nur formell Mitglied des NSDAP gewesen ist“ und „seine ganz passive Parteizugehörigkeit“ ihm nichts eingebracht habe, ja dass er Maßnahmen der NSDAP „mit offener Kritik gegenüber“ gestanden habe. Mit dem Entscheid der Spruchkammer Kassel-Stadt vom 20. April 1948 wurde von Both den Mitläufern zugeordnet. Er musste eine Geldbuße von 200 RM sowie die Kosten von 506 RM (bei einem Streitwert von 10.000 RM) entrichten²²⁰.

1949 wurden in der Kasseler Presse erstmals Vorwürfe erhoben, die sich auf Boths Tätigkeit in Prag bezogen. Demnach stehe er in der Tschechoslowakei auf einer Liste der Kriegsverbrecher. Die Staatsanwaltschaft untersuchte dies halbherzig, die Ermittlungen ergaben nichts Belastendes. 1953 wurde er in den Dienst des Landes Hessen übernommen. Im März 1957 erhob ein anonym Verfassers in einem Schreiben erneute Anschuldigungen, von Both habe der SS angehört, sei Propagandist der nationalsozialistischen Ideologie gewesen, habe bei der Räumung Prags 1945 „Riesendiebstähle“ in Bibliotheken begangen und Dokumente vernichtet²²¹. Weitere Anschuldigungen kamen Ende der 1950er

²¹⁴ KAHLFUSS (wie Anm. 211), S. 96.

²¹⁵ HHStAW, Abt. 520 Kassel-Stadt, Nr. B2 1946.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ <http://www.vhghessen.de/inhalt/geschichte.htm> und http://www.vhghessen.de/inhalt/aktuelles_175_jahre_vhg.htm, eingesehen am 22.2.2017.

²¹⁸ Damals Stengel, Dehio, Glöckner, Gutbier, Hesselbarth, Hopf, Huhn, Maurer, Schaum, Uhlhorn.

²¹⁹ StAM, Best. 325/33, Nr. 351.

²²⁰ HHStAW, Abt. 520 Kassel-Stadt, Nr. B2 1946, Bl. 18.

²²¹ HHStAW, Abt. 527 II, Nr. 12.638.

Jahre hinzu, als er sich anschickte, die Nachfolge des langjährigen Leiters der Landes- und Hochschulbibliothek in Darmstadt anzutreten²²². Deren Direktor Hans Rasp (1895–1966), der 1933 seine Stelle als planmäßiger Bibliothekar an der Universitätsbibliothek in Gießen verloren hatte und zwangsweise nach Friedberg versetzt worden war, hatte schon im November 1957 erklärt, er wolle nicht „Seite an Seite mit einem Schützling jenes Gesetzes zusammenstehe[n], von dem ich einmal durch einen Abgrund geschieden war“. Er wies darauf hin, dass von Both den bibliothekarischen Nachwuchs im nationalsozialistischen Sinn „geschult“ habe. Ein Gutachten wurde in Auftrag gegeben, in dem Ministerialdirigent Professor Heckel²²³, ein einflussreicher Beamter im Hessischen Kultusministerium, „sich eindeutig [...] für Dr. von Both“ aussprach²²⁴. Daher kam ein Dienststrafverfahren nicht zustande, und von Both forderte gar eine Entschuldigung von Rasp. Nachdem die Vorermittlungen gegen von Both eingestellt worden waren, beantragte Rasp Mitte 1958 nun seinerseits, ein dienstliches Strafverfahren gegen ihn selbst zu eröffnen. Die Vorwürfe gegen von Both listete er mit Literaturangaben säuberlich auf:

1) Jahresbericht der Preußischen Staatsbibliothek Berlin:

1936 „Bibliotheksrat Dr. von Both – NS.Schulung (Colloquium) 7 Stunden“

1937 „Bibliotheksrat Dr. von Both – NS.Gedankengut (Colloquium) 7 Stunden“

1938 dasselbe

2) Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken 33 (1943), S. 115:

1.5.1933 NSDAP-Eintritt

1933 SA

1.1.1942 unter Reinhard Heydrich „Oberregierungsrat, Sachbearbeiter für Kunst und Volksbildung beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, 1.6.1942 Sektionsleiter für Wiss. und Volksbild. im Min. für Schulwesen, Prag, Palais Nostiz“²²⁵.

Laut der tschechischen Studie von Ondřej Vlk „Národ žije tak dlouho, jak dlouho žijí jeho kulturní památky“ war von Both von Mai 1942 an als rechte

²²² Seinen Direktorenposten in Kassel hatte von Both 1957 verloren, als die Landesbibliothek Kassel mit der städtischen Murhardschen Bibliothek fusionierte.

²²³ Professor Dr. jur. Hans Heckel wurde zur gleichen Zeit wie von Both in Breslau promoviert. Siehe seine Schrift Hans HECKEL, Die elterliche Gewalt und die Mutter, Breslau 1927. Nach 1945 lehrte Heckel an der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/M. Laut DIPF informiert, Nr. 8/2005, war Hans Heckel Ministerialrat a. D.: „Hans Heckel leitete über viele Jahre die damalige Abteilung „Schulrecht, Schulverwaltung und Schulfinanzierung“. Zudem war Heckel Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft am Deutschen Institut für Pädagogische Forschung (DIPF). Heckel hat das Standardwerk, das Handbuch für Schulrechtskunde, 1957 begründet. Im Jahr 2000 erschien unter der Autorenschaft von Hermann Avenarius und Hans Heckel bereits die 7. Auflage der Schulrechtskunde“.

²²⁴ Unter anderem heißt es hier, von Both sei „Formalpg. von 1937“ an gewesen; er habe „den allgemeinen Parteikurs“ abgelehnt, sei gegen Kunstraub eingeschritten u. Ä.; HHStAW, Abt. 527 II, Nr. 12.638.

²²⁵ Ebd.

Hand des Besatzungsfunktionärs Hans Heckel in Prag tätig²²⁶. Wofür von Both im Einzelnen in seiner Prager Zeit verantwortlich war, lässt sich vermutlich nur mit Zugang zu den in Prag befindlichen Unterlagen der Okkupationsverwaltung näher bestimmen²²⁷. In seinem Umkreis kursierten offensichtlich verharmlosende Darstellungen²²⁸.

Das Hessische Kultusministerium gab von Both Rückendeckung, hielt die „ehrenkränkenden Anschuldigungen“ für unberechtigt und unbegründet²²⁹. Doch scheint von Both in Darmstadt nicht mehr haltbar gewesen zu sein. Inwieweit seine Vergangenheit in Kassel und Marburg eine Rolle spielte – und warum sie hier möglicherweise keine Rolle spielte –, kann im Rahmen dieser Studie nicht geklärt werden, wäre aber eine interessante Frage für die hessische Erinnerungskultur in der Bonner Republik.

Heinrich Büttner (18.11.1908, Mainz – 1970): 1954–1963 Vorsitzender

1.5.1937 NSDAP-Eintritt, Nr. 4,715.393²³⁰

Heinrich Büttner studierte in Freiburg und in Gießen, wo er im Sommer 1931 promoviert wurde und bald darauf das Staatsexamen ablegte. Es folgten Ausbildung und Lehre am Institut für Archivwissenschaft in Berlin-Dahlem, 1935 als Assistent am Alemannischen Institut in Freiburg, wo er sich im Juni 1936 habilitierte und im Herbst 1938 eine Tätigkeit als Assistent bei den MGH aufnahm. Von April 1939 an war Büttner Assessor und 1941 Archivrat am Staatsarchiv Darmstadt. Ab Mitte 1940 gehörte er einer „Archivschutzkommission“ in Frankreich an, im Oktober 1943 wurde er ans Staatsarchiv Metz versetzt. In seinem Lebenslauf erläuterte Büttner, dass er den Dienst in Metz nicht antrat, sondern seine Aufgaben aus der Ferne erfüllte. Vom SA-Dienst hielt er sich fern, und seinen Ausschluss aus der SA habe nur Theodor Mayer-Edenhauser (Theodor Mayers Sohn) vereitelt; später sei er „automatisch als Anwärter in die Partei überführt“²³¹ worden.

²²⁶ Vlk stellt fest: „Až do konce války se jeho pravou rukou stal referent *dr. Wolf von Both*“. Ondřej VLK, „Národ žije tak dlouho, jak dlouho žijí jeho kulturní památky“. Konfiskace uměleckých předmětů na území protektorátu Čechy a Morava 1939–1945 („A Nation lives as long as its cultural monuments“. The confiscation of cultural moveable assets on the territory of Protectorate Bohemia and Moravia 1939–1945), Diss. Prag 2008, S. 76, doc20120710121203_001.tif; eingesehen am 22.2.2017). Vlk stellte fest, Hans Heckel (* 1904, Breslau) sei im Mai 1942 aus Berlin nach Prag berufen worden, um die Sektion Unterricht und Kultus zu leiten.

²²⁷ In einer Zurschrift an den Verfasser dieser Studie vom 13.9.2015 beschreibt Ondřej Vlk den Besatzungsfunktionär von Both im Rahmen der rabiaten NS-Politik als „einen loyalen Beamten“ gegenüber dem Protektorat und dem tschechischen Volk.

²²⁸ Siehe den Nachruf auf von Both von Ludwig DENECKE in: ZHG 85 (1975), S. 9 f. – demnach habe von Both „im ‚Goldenen Prag‘ [...] eine ins Auge fallende, große Zahl von Gebäuden aller Art mit einer Beschriftung ‚Historisch wertvoll‘ versehen“ lassen, „um den Einwohnern der Stadt und ihren Verbindungsleuten bei den Alliierten deutlich zu machen, daß eine Bombardierung der Stadt unbedingt vermieden bzw. verhindert werden müsse“, S. 9.

²²⁹ HHStAW, Abt. 527 II, Nr. 12.638.

²³⁰ BAB, NSDAP-Zentralkartei.

²³¹ UA Marburg, 307 d, Nr. 2.872.

Erst 1946 erlangte Büttner, der in Bad Nauheim wohnte, eine außerordentliche Professur an der wiederbegründeten Universität in Mainz. Im gleichen Jahr erfolgte ein Ruf an die Universität Marburg. Antreten konnte er die Stelle als ordentlicher Professor für Mittlere Geschichte erst am 15. März 1949. 1962 folgte er einem Ruf nach Köln²³².

Bei der Berufung nach Marburg wurde Büttner zugutegehalten, dass er „aus politischen Gründen bisher nicht zur Dozentur gelangt“ sei, außerdem verfüge er über „einen durch seine wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland erweiterten Horizont“²³³. Doch zog sich die Entnazifizierung unerwartet in die Länge. Der Entscheid vom März 1947 fiel dann „äußerst mager“ aus, so dass Stengel Büttner bat, noch einmal ausführlicher Stellung zu nehmen, insbesondere was seine Benachteiligung aufgrund konfessioneller (katholischer) Bindung im Dritten Reich betraf²³⁴.

Anfang August 1947 ersuchte Büttner den Hessischen Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung um die Wiederaufnahme seines Spruchkammerverfahrens²³⁵:

„Durch Sühnebescheid der Spruchkammer Darmstadt-Stadt vom 1.3.47 wurde ich in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht, da ich [...] nur als nomineller Angehöriger der Nazibewegung anzusehen war“. Erst jetzt verfüge er jedoch über entlastende Unterlagen, die „wesentliche Momente“ zum Artikel 13²³⁶ des Gesetzes beitragen. Daher bat er um die „Wiederaufnahme des Verfahrens bei der Spruchkammer Marburg mit dem Ziel meiner Einweisung in Gruppe V“²³⁷.

Wilhelm Dersch (26.3.1877, Herbstein – 1942): 1918–1928 Schriftführer

Mai 1937 NSDAP-Eintritt, Nr. 5,944.965²³⁸

Wilhelm Dersch studierte Geschichte in Marburg, wo er 1895 dem Philologisch-Historischen Verein, der späteren Marburger Burschenschaft Rheinfranken, beitrug. 1899 wurde er zum Dr. phil. promoviert. Er schlug die preußische Archivlaufbahn ein, arbeitete als Archivbeamter am Staatsarchiv Marburg, in Münster, Posen, Meiningen und wieder in Marburg. 1927 wechselte er als Direktor ans Staatsarchiv Breslau. Dort war er auch 1. Vorsitzender des Vereins für Geschichte Schlesiens und 2. Vorsitzender der Historischen Kommission für Schlesien. 1935 wurde Dersch Direktor des Staatsarchivs Koblenz, obwohl er „den Beitritt zur NSDAP verweigert hatte“. Schon drei Jahre später ließ er sich

²³² Inge AUERBACH (Bearb.), *Catalogus professorum academiae Marburgensis*. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität, Bd. 2: von 1911 bis 1971 (VHKH 15/2), Marburg 1979, S. 478 f.

²³³ StAM, 340 Nachlass Stengel, K. 1, Mappe Berufung Büttner.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Ebd., Mappe Entnazifizierung 1946.

²³⁶ Nach Artikel 13 war entlastet, „wer trotz seiner formellen Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Umstandes, sich nicht nur passiv verhalten, sondern nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat“.

²³⁷ Zum weiteren Verlauf siehe die Heinrich Büttner betreffende Akte im Spruchkammerbestand im HHStAW, Abt. 520/DZ, Nr. 5.026.

²³⁸ BAB, NSDAP-Zentralkartei.

„aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand versetzen“²³⁹. Wilhelm Dersch starb im August 1942 in Darmstadt.

Kurt Dülfer (10.6.1908, Elberfeld – 1973): 1963–1973 Schatzmeister

1.4.1940 NSDAP-Eintritt, Nr. 8,015.219²⁴⁰

Kurt Dülfer studierte von 1926 bis 1933 Geschichte in Würzburg, München und Marburg. Nachdem er dort promoviert worden war, absolvierte er 1933/34 die Ausbildung zum Archivar am Berliner Institut für Archivwissenschaft und begann 1935 seine berufliche Laufbahn am Geheimes Staatsarchiv. Von 1941 an war er Staatsarchivrat. Zwischen 1937 und 1939 wirkte er – in dieser Zeit freigestellt – als stellvertretender Leiter der Leibniz-Edition an der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Von 1941 bis 1944 war Dülfer bei der Deutschen Kulturgutkommission für das Baltikum in Riga tätig und gehörte zeitweilig dem sogenannten Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg an, dessen Sonderstab Archive dem Leiter des Reichsarchivs in Potsdam und seit Herbst 1936 amtierenden Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Ernst Zipfel (1891–1966), unterstand²⁴¹.

Nach der Rückkehr nach Marburg bemühte sich Dülfer um eine Anstellung am Staatsarchiv. Staatsarchivdirektor Dehio bat im August 1946 darum, das Hauptverfahren Dülfers, der „uns einen vorläufigen Mitläuferbescheid der hiesigen Spruchkammer (Nr. III 11.127) vorgelegt“ habe, zu beschleunigen.

Seinem Fragebogen (Nr. 9.645) zufolge, war Dülfer zwischen 1930 und 1935 Mitglied des Stahlhelm, von 1935 an des Reichsbunds Deutscher Beamten, 1936 der NSV, 1938 des Reichsluftschutzbunds, 1938/39 des NS-Altherrenbunds, 1939 des NS-Kraftfahrkorps, 1941 der NSDAP. Zusammenfassend hieß es hier, es sei über die formalen Mitgliedschaften hinaus nichts Belastendes bekannt geworden: „No Evidence of Nazi activity, Evidence of Anti-Nazi activity“²⁴². In seinen ergänzenden Angaben zum Fragebogen behauptete Dülfer, er sei im März 1939 aus seiner Stellung bei der Leibniz-Edition entlassen worden, mit der er seit 1934 befasst gewesen war. Nach seiner Rückkehr in den Archividienst sei er zwei Jahre lang bei Beförderungen übergangen worden, und der Direktor des Reichsarchivs Zipfel habe ihn gedrängt, sich politisch zu bekennen. Der NSDAP-Mitgliedsausweis sei ihm erst im Dezember 1941 ausgehändigt worden. Dülfer erklärte ferner, seine älteste Tochter sei von Pastor Niemöller getauft worden. Mit Sühnebescheid vom 21. Januar 1947 wurde Dülfer den Mitläufern (Gruppe IV) zugeordnet und zur Zahlung einer Geldsühne von 700 RM und zur Übernahme der Verfahrenskosten von 330 RM verpflichtet.

Nach seiner frühzeitigen Anstellung am Staatsarchiv Marburg war Dülfer von 1963 an ein Nachfolger Dehios als Leiter des Staatsarchivs und der Archiv-

²³⁹ Bernd MOELLER (Hrsg.), *Deutsche biographische Enzyklopädie der Theologie und der Kirchen*, München 2005, S. 289.

²⁴⁰ BAB, NSDAP-Zentralkartei; NSDAP-Gaukartei.

²⁴¹ Zu Ernst Zipfel siehe Sven KRIESE, Albert Brackmann und Ernst Zipfel. Die Generaldirektoren im Vergleich, in: DERS. (Hrsg.), *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933*, Berlin 2015, S. 17–94.

²⁴² HHStAW, Best. 520 Marburg Stadt, Neuablage 1.

schule Marburg. Er war zudem seit 1953 Lehrbeauftragter für Archivwesen und Aktenkunde an der Universität Marburg, seit 1963 Honorarprofessor an der Universität Gießen und von 1972 an Präsident des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats in Marburg.

Anlässlich seiner Pensionierung erreichte das Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden im Februar 1973 eine Anfrage des Regierungspräsidiums Kassel (von Regierungsdirektor Trinkaus), „welchen politischen Organisationen Kurt Dülfer vor 1945 angehört“ habe, denn er sei für den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen worden²⁴³. Die Auskunft entsprach offenbar dem, was man im Regierungspräsidium erwartet hatte, denn Kurt Dülfer erhielt diese Auszeichnung bei seinem Eintritt in den Ruhestand²⁴⁴.

Walter Heinemeyer (5.8.1912, Eimelrod – 2001):

1953–1963 Schriftführer, 1963–1999 Vorsitzender

1.5.1933 NSDAP-Eintritt, Nr. 2,276.537²⁴⁵

Walter Heinemeyer besuchte das Gymnasium in Jena, 1931 legte er in Hersfeld das Abitur ab. Er studierte in Innsbruck, Wien und in Göttingen, wo er im Februar 1935 promoviert wurde²⁴⁶. 1938 heiratete er Ingeborg Lorenzen, 1940 kam in Hamburg ihr Sohn Karl Heinemeyer zur Welt, der ebenfalls Historiker und Archivar wurde.

Auf seinem Meldebogen vom 30. April 1946 gab Heinemeyer an, er sei seit dem 31. Mai 1933 NSDAP-Mitglied gewesen, seine Partei-Nummer sei ihm „unbek[annt]“. Ein Amt habe er nicht übernommen, doch habe er „auf ausdr[ücklichen] jeweiligen Befehl einigemal von 6 P[artei]g[enossen] Beitr[äge] eingezogen“. Außerdem war er von Juni 1933 bis April 1936 Mitglied der SA, vom Sommer 1933 bis Ostern 1935 auch der Deutschen Studentenschaft. 1938/39 gehörte er überdies dem Reichsbund Deutscher Beamten an. Danach war er seit Mai 1939 bei der Wehrmacht, von Januar 1942 an Oberleutnant der Reserve. Zu seiner Entlastung machte er geltend:

„SA-, D[eu]t[sche] Studentensch[aft]- und R[eichsbund] d[eutscher] B[eamten]-Mitgl[ied] durch Zwang bzw. Drohung. Bis zum Weggang von Univers[ität] Schüler, Doktorand und Assistent des jüd[ischen] Univ[ersitäts]-Professors Dr. Hessel, der polit[isch] und rass[isch] verfolgt war; dadurch erhebliche Schwierigkeiten und Bedrohungen. [hier nach x unten hinzugefügt:] fast 7 Jahre Soldat, total fliegergesch[äd]l[igt], ohne jeden Besitz, Magenleiden aus dem Felde“²⁴⁷.

In seinem ausführlichen Lebenslauf²⁴⁸ vom 10. Oktober 1946 ging er reumütig auf sein Verhältnis zum Nationalsozialismus ein:

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Mündliche Auskunft von Herrn Eberhard Dülfer, Marburg.

²⁴⁵ BAB, NSDAP-Zentralkartei; NSDAP-Gaukartei.

²⁴⁶ Zu Heinemeyers akademischem Werdegang siehe Irmgard FEES, Walter Heinemeyer und die Historischen Hilfswissenschaften, in: Hess.Jb.LG 63 (2013), S. 215–235, hier S. 217 f.

²⁴⁷ HHStAW, Abt. 520 Eschwege, Nr. 2.205 (47 Bl.), Meldebogen vom 30.4.1946 (Stempel: 19.11.1946).

²⁴⁸ Ein weiterer Lebenslauf ebd., Abt. 504, Nr. 12.061, Bl. 6.

„Im April oder Mai 1933 aus Österreich nach Oberdünzsbach²⁴⁹ zurückgekehrt, kam ich zum ersten Mal mit dem Nationalsozialismus in Berührung. Während meines intensiven Studiums hatte ich mich von allen gesellschaftlichen und ebenso politischen Ablenkungen ganz zurückgehalten. Jetzt aber stellten mir der NSDAP bereits früher beigetretene Nachbarn meines Heimatdorfes vor, daß ich niemals eine staatliche Anstellung erhalten würde, wenn ich nicht Mitglied der Partei sei, und daß ich die Gelegenheit ausnützen müßte einzutreten, da die Partei nach dem Mai für nicht absehbare Zeit geschlossen würde. Da ich mit meinen wissenschaftlichen Fächern auf eine staatliche Anstellung angewiesen sein würde, erschien mir nach den zurück- und noch vor mir liegenden Jahre[n] meines schweren Studiums die Vorstellung, schließlich doch vergebens gearbeitet zu haben, so niederdrückend, daß ich als zwanzigjähriger Mensch im Mai 1933 der Partei beitrug, ohne infolge meines einjährigen Aufenthalts im Auslande mit ihren Zielen näher vertraut zu sein“.

Auf Druck der Studentenschaft sei er nach langem Hinauszögern im Sommer 1933 der SA beigetreten, „weil mir bei ihr der weltanschauliche Druck am geringsten zu sein schien und ihr die größere Zahl meiner Studienfreunde bereits angehörte. Die SA-Führung nahm auf unser Studium keinerlei Rücksicht [...]“, im Frühjahr 1936 sei er „nach dem Verlassen der Universität“ wieder ausgetreten²⁵⁰.

In aller Ausführlichkeit schilderte Heinemeyer die Beziehung zu seinem Doktorvater Alfred Hessel, denn Hessel war, wiewohl seit 1895 Protestant, in den Augen der Nationalsozialisten – und offenbar in Heinemeyers eigenen Augen – aufgrund seiner Herkunft Jude:

„Obwohl seit 1933 die jüdischen Hochschullehrer in zunehmendem Maße dem Boykott und der Verfolgung durch Staat, Partei und Studentenschaft ausgesetzt waren, erwähnte ich im Sommer 1933 den jüdischen Historiker Professor Dr. A. Hessel in Göttingen zu meinem Lehrer. Gerade auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft bedeutet von jeher die Wahl des akademischen Lehrers zugleich das offene Bekenntnis zu der von ihm vertretenen Geschichtsauffassung. Ich habe niemals einen Zweifel über meine Schüler[sch]aft bei Professor Hessel gelassen und mich auch später stets zu ihm bekannt, ebenso klar und unzweideutig [habe ich] sowohl öffentlich wie in meiner persönlichen wissenschaftlichen Arbeit alle Geschichtsauffassungen aus den Kreisen um Rosenberg und Professor Walther Frank abgelehnt [...]. Ich promovierte bei Herrn Professor Hessel am 27. Februar 1935; schriftliche und mündliche Prüfung wurden mit ‚sehr gut‘ bewertet“²⁵¹.

Heinemeyer, bis Frühjahr 1936 persönlicher Assistent Hessels, sei „jederzeit tatkräftig für [s]einen unter den Verfolgungen stark leidenden Lehrer eingetreten“, habe ihn „geschützt [...], soweit das in meinen Kräften stand“, so dass die Deutsche Studentenschaft ihn verwarnt und ihn „mit der Relegierung von der

²⁴⁹ Oberdünzsbach – heute ein Stadtteil von Eschwege – war 1926–1938 Heinemeyers Heimatwohnort; ebd., Bl. 15.

²⁵⁰ Wie Dr. Ulrich Hussong, Marburg, berichtete, habe Heinemeyer noch späterhin im Gespräch erklärt, dass er seine SA-Übungen auf dem Kerstlingröder Feld bei Göttingen als „furchtbar“ empfunden habe.

²⁵¹ HHStAW, Abt. 520 Eschwege, Nr. 2.205, Bl. 3.

Universität bedroht“ habe²⁵². 1935 legte Heinemeyer das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab²⁵³. Im Jahr darauf wurde seine Doktorarbeit publiziert²⁵⁴. Irmgard Fees merkt dazu an:

„An erster Stelle in den Fußnoten dankt der Autor seinem Lehrer Hessel²⁵⁵, was insofern eine Anmerkung wert ist, da Hessel, ein getaufter Jude, im Herbst 1935 zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden war; sein Name wurde etwa in der 1937 erschienenen ‚Geschichte der Göttinger Universitäts-Bibliothek‘, dessen Mitautor er war, unterdrückt“.

In einem Brief an den Hessel-Biografen Wolfgang Petke berichtete Heinemeyer 1999 über sein Gespräch mit Alfred Hessel, in dem Heinemeyer ihn bat, von ihm als Doktorand angenommen zu werden. „Sie wissen doch, daß ich einen Haken habe“, sei Hessel dem Ansinnen zunächst ausgewichen. Heinemeyer erklärte dazu: „Die[se] Antwort habe ich nie vergessen; er meinte damit seine jüdische Herkunft. Ich erwiderte ihm, daß der für mich unerheblich sei, und so hat er meine Dissertation betreut und mich im Rigorosum geprüft“²⁵⁶.

Heinemeyer gab später an, er habe wegen seiner abweichenden Haltung den Plan einer Habilitation aufgeben müssen und die Ausbildung zum Archivar begonnen, doch sei er in Berlin unter den politischen Druck des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive Zipfel geraten, der „persönlich den nationalpolitischen Unterricht“ leitete²⁵⁷. Schließlich sei er als einer der letzten seines Jahrgangs befördert worden. Seit dem Antritt seines Wehrdienstes im Mai 1939, habe er „keinerlei Beziehungen mehr zur NSDAP oder ihren Organisationen“ unterhalten²⁵⁸.

Die Wohnung der Familie Heinemeyer in Potsdam wurde 1945 zerstört. Ende des Jahres kam Walter Heinemeyer aus der Kriegsgefangenschaft frei. 1946 hielt er sich zuerst in Herleshausen, dann in Eschwege auf²⁵⁹. Im Oktober bat er das Staatsministerium bzw. die Spruchkammer Eschwege um Beschleunigung seines „politischen Verfahrens“²⁶⁰.

In der Klageschrift des Spruchkammerverfahrens hieß es am 17. Dezember 1946 verständnisvoll, Heinemeyer habe „durch Vorlage zahlreicher Leumundszuzeugnisse glaubhaft nachweisen [können], daß er sowohl der Partei als auch der SA zwangsläufig beigetreten ist und der n[ational]s[ozialistischen] Weltanschauung gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hat“²⁶¹. Gleichwohl

²⁵² Ebd. Eine Nachprüfung dieser Angaben anhand der Akten in Göttingen war im Rahmen dieser Studie nicht möglich.

²⁵³ FEES (wie Anm. 246), S. 217.

²⁵⁴ Walter HEINEMEYER, Studien zur Diplomatie mittelalterlicher Verträge vornehmlich des 13. Jahrhunderts, in: Archiv für Urkundenforschung 14 (1936), S. 321–413.

²⁵⁵ Ebd., S. 321, Anm. 1.

²⁵⁶ FEES (wie Anm. 246), S. 218, Anm. 23.

²⁵⁷ HHStAW, Abt. 520 Eschwege, Nr. 2.205, Bl. 3.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Von Januar bis April 1946 in Herleshausen, Hainertor 8, danach in Eschwege, Struthstraße 23.

²⁶⁰ HHStAW, Abt. 520 Eschwege, Nr. 2.205 (10.10.1946).

²⁶¹ Ebd., Bl. 32.

sprach sich die Spruchkammer für die Einreihung Heinemeyers in die – vergleichsweise ungünstige – Gruppe III der Minderbelasteten aus. Dagegen erhob Heinemeyer am 29. Dezember 1946 Einspruch, denn dies erschien ihm „zu hart“. Schließlich sei er aus der SA wieder ausgetreten, und er habe während der Ausbildung zum Archivar ständig unter dem Druck seines Direktors gestanden, dem er nicht nachgegeben habe. Außerdem sei er nicht Mitglied im NS-Studentenbund (NSDStB) gewesen und trotz einer „mit Auszeichnung“ bestandenen Prüfung spät befördert worden. Folglich habe die Zugehörigkeit zur NSDAP ihm „keinerlei Vorteile gebracht“. Er beantragte somit, ihn „in eine weniger belastete Gruppe einzureihen“²⁶².

Der Spruch vom 30. Januar 1947 ordnete Heinemeyer den Mitläufern gemäß Artikel 12 des Gesetzes zu und setzte eine Geldsühne von 1.000 RM fest (Streitwert: 1.999 RM). Es wurde ihm zugutegehalten, dass er „im Jahre 1933 als politisch Unreifer dem allgemeinen Druck erlegen ist und in die NSDAP eintrat“²⁶³.

Von 1947 bis 1963 arbeitete Heinemeyer als hessischer Staatsarchivar – zunächst in Darmstadt, von 1949 an in Marburg²⁶⁴. 1950 wurde er als Mitglied in die Historische Kommission aufgenommen. Von 1963 bis 1980 war er Professor für Historische Hilfswissenschaften und Archivwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg, Mitdirektor des Instituts für mittelalterliche Geschichte, geschichtliche Hilfswissenschaften und geschichtliche Landeskunde sowie Direktor des Lichtbildarchivs älterer Originalurkunden. Außer als Vorsitzender der Historischen Kommission für Hessen war er von 1958 bis 1967 auch als Vorsitzender des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde tätig. Heinemeyer erhielt 1983 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und 1984 die Georg-Landau-Medaille des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. Außerdem wurde er mit der Goethe-Plakette des Landes Hessen geehrt.

Unter den neun belasteten Angehörigen des geschäftsführenden Vorstands der Historischen Kommission ist Walter Heinemeyer derjenige mit der niedrigsten NSDAP-Parteinummer.

Carl Knetsch (17.4.1874, Kassel – 1938): 1929–1938 Schatzmeister

1.5.1933 NSDAP-Eintritt, Nr. 2,828.492²⁶⁵

Carl Knetsch absolvierte ein Studium der Geschichte, Germanistik und Kunstgeschichte in München, Berlin und Marburg, wo er 1898 promoviert wurde. Im gleichen Jahr begann er eine Ausbildung im Dienst der preußischen Staatsarchivverwaltung, 1903 als Assistent in Wiesbaden. 1905 kam er ans Staatsarchiv in Marburg, wo er 1918 zum Archivrat und 1929 zum Archivdirektor ernannt wurde, „beglückt, [...] daß er seine Hauptschaffenskraft dem heimischen Archiv und der heimatlichen Geschichte widmen konnte“²⁶⁶.

²⁶² Ebd., Bl. 36–39.

²⁶³ Ebd., Bl. 44.

²⁶⁴ Hans-Peter LACHMANN, Nachruf auf Walter Heinemeyer, in: Hess.Jb.LG 51 (2001), S. XVII ff.

²⁶⁵ BAB, NSDAP-Gaukartei.

²⁶⁶ Ewald HERZOG, Nachruf auf Carl Knetsch, in: Archiv.Zs 45 (1939), S. 393 f.

Vom gleichen Jahr an war der umtriebige Ahnenforscher Ehrenmitglied der Gesellschaft für Familienkunde in Kurhessen und Waldeck. Die Ahnenforschung war für ihn – wie schon erwähnt – eine Brücke zur rassistischen Herrenmenschens-Ideologie des Nationalsozialismus, dem er sich im Frühjahr 1933 bereitwillig anschloss.

Theodor Mayer (24.8.1883, Neukirchen, Kreis Braunau in Österreich – 1972): 1939–1942 Vorsitzender

1.5.1937 NSDAP-Eintritt, Nr. 4,352.531²⁶⁷, 1.8.1933 NSLB-Eintritt, Nr. 185.516²⁶⁸

Theodor Mayer, Sohn eines Arztes, besuchte das Gymnasium in Innsbruck, wo er 1901 das Abitur ablegte. Sein Studium der Geschichte in Florenz und Wien schloss er 1906 mit der Promotion ab. Er war sodann an verschiedenen österreichischen Archiven tätig. 1914 habilitierte er sich in Wien, um dort seine akademische Laufbahn fortzusetzen. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er als Artillerieoffizier in der österreichisch-ungarischen Armee und war zuletzt Oberleutnant der Reserve. Nach Kriegsende arbeitete Mayer als Leiter des Landesarchivs Niederösterreich. Zwischen 1919 und 1922 trat er in Vorträgen und Zeitungsartikeln für den großdeutschen „Gedanken u. den Anschluß“ ein²⁶⁹. 1923 wurde Mayer zum außerordentlichen Professor für Geschichte des Mittelalters und Historische Hilfswissenschaften an die Deutsche Universität in Prag berufen. 1927 erfolgte die Umwandlung der Stelle in eine ordentliche Professur. 1930 folgte er einem Ruf an die Universität Gießen. Er schloss sich dem Nationalsozialistischen Lehrerbund, am 1. Oktober 1933 dem Nationalsozialistischen Beamtenbund (NSB) und am 1. Mai 1937 der NSDAP an. 1939 wurde er in den Nationalsozialistischen Dozentenbund aufgenommen²⁷⁰.

1934 wechselte er auf den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Freiburg, war von 1935 an zugleich Vorsitzender der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft. 1938 übernahm Mayer von Stengel die Professur für Mittelalterliche Geschichte, Geschichtliche Hilfswissenschaften und Geschichtliche Landeskunde an der Philipps-Universität in Marburg. Gleichzeitig wurde er Direktor des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau. Überdies war Mayer in Marburg als Rektor („Führerrektor“) tätig²⁷¹. Im Mai 1942 unternahm er eine propagandistische Vortragsreise in Rumänien²⁷². Im gleichen Monat kam sein bei Charkiv verwundeter Sohn Theodor Mayer-

²⁶⁷ Michael FAHLBUSCH, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999, S. 358.

²⁶⁸ BAB, Best. R 4.901 (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung), NSLB-Mitgliederkartei.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Zur politischen Haltung Mayers ausführlich Anne Christine NAGEL, *Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970*, München 2005, S. 156–165.

²⁷¹ Siehe NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 373–392, 536.

²⁷² UA Marburg, 305a, Nr. 3.635, Bl. 152–155.

Edenhauser (* 1913) ums Leben²⁷³. Bei seinem Weggang aus Marburg sandte Mayer ein Abschieds-Schreiben an den Marburger Landrat Hans Krawielitzki²⁷⁴.

Von 1942 bis 1945 war Mayer kommissarischer Präsident des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (MGH), Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Rom und von 1943 an zugleich Honorarprofessor an der Universität Berlin. Die Bibliothek der MGH ließ er 1943 ins oberfränkische Pommersfelden bringen. Im Auftrag Heinrich Himmlers sollte Mayer in Italien dafür sorgen, dass für die deutsche Geschichte wichtige Dokumente ins Reich verbracht würden. Allerdings sprach sich Mayer im April 1944 gegen diesen Plan aus.

Von September 1945 bis Juni 1946 war Mayer im Lager Hammelburg bei Bad Kissingen interniert. 1947 hielt der Prorektor der Philipps-Universität, der Theologe Emil Balla (1885–1956), Mayer zugute, dass er den Anglisten Professor Heinrich Mutschmann im Jahr 1940 geschützt und nur verwarnt habe, nachdem dieser vom stellvertretenden Gaudozentenbundführer Professor Dr. Theodor Bersin (1902–1967), Direktor des Physiologisch-Chemischen Instituts der Philipps-Universität, als „wehrkraftersetzender“ Miesmacher denunziert worden war²⁷⁵. Mayer selbst wurde im Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer eingestuft und zu einer Geldstrafe verurteilt.

Mayer, der nach 1945 in den Universitätsbetrieb nicht zurückkehren konnte, leitete seit 1951 das Städtische Institut für Landschaftsgeschichte des Bodenseegebiets in Konstanz, das 1958 in Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte umbenannt wurde und sich den Ruf als eines der wichtigsten außeruniversitären Forschungsprojekte in der Bonner Republik erwarb. Hier fungierte Mayer von 1960 an als Vorsitzender, bis er im September 1968 hochbetagt und -geehrt in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Edmund Ernst Stengel (24.12.1879, Marburg – 1968): 1929–1939 und 1942–1954 Vorsitzender

1.4.1942 NSDAP-Eintritt, Nr. 8,981.952²⁷⁶, 1.3.1934 NSLB-Eintritt, Nr. 257.718²⁷⁷

Edmund Ernst Stengel, Sohn des politisch dem Freisinn verbundenen, zeitweilig in Marburg tätigen und hier verstorbenen Romanistik-Professors Edmund Max Stengel (1845–1935), begann 1898 in Lausanne Geschichte und Philologie zu studieren. Er wechselte nach Greifswald und nach Berlin, wo er 1902 promoviert wurde. Er habilitierte sich 1907 in Marburg für Mittlere und Neuere Geschichte. 1908 wurde er in die Historische Kommission aufgenommen. Seit 1914

²⁷³ Vgl. die trotzige Todesanzeige vom 6.6.1942; UA Marburg, 305a, Nr. 3.635, Bl. 166. Siehe auch NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270), S. 164: Demnach war Mayer-Edenhauser seit 1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1,121.205) und der SA gewesen.

²⁷⁴ Schreiben an Krawielitzki vom 24.9.1942; UA Marburg, 305a, Nr. 3.635, Bl. 192.

²⁷⁵ Erklärung von Prorektor Balla vom 14.3.1947; UA Marburg, 305a Nr. 3.635, Bl. 200; siehe auch NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 55 f., Anm. 146; Martin KUMPF, Der vielgeschäftige Herr Fischer – ein deutscher Psychologe im Dritten Reich und danach. Gert Heinz Fischer (1909–1993), Marburg 2014, URL: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/es/2014/0006/pdf/fgh.pdf>, eingesehen am 22.2.2017.

²⁷⁶ BAB, NSDAP-Gaukartei.

²⁷⁷ Ebd., Best. R 4.901, NSLB-Mitgliederkartei.

war er in Marburg Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, insbesondere für die Geschichtlichen Hilfswissenschaften. Von 1915 bis 1917 nahm Stengel als Unteroffizier am Ersten Weltkrieg teil. 1922 schuf er das Großinstitut für Mittelalterliche Geschichte, historische Hilfswissenschaften und geschichtliche Landeskunde an der Philipps-Universität. Sieben Jahre später gründete er in Marburg das Lichtbildarchiv älterer Originalurkunden.

1938 nahm Stengel die Berufung zum Präsidenten des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (MGH) in Berlin an, das er „mit einflussreicher politischer Rückendeckung“ leitete²⁷⁸. Im März 1941 wurde er zur Eröffnung von Alfred Rosenbergs Institut zur Erforschung der Judenfrage eingeladen. 1942 kehrte Stengel mitsamt dem Lichtbildarchiv wieder nach Marburg zurück.

Politisch war Edmund Ernst Stengel anfangs den Nationalliberalen verbunden und seit 1908 Mitglied der Nationalliberalen Partei²⁷⁹. In der Weimarer Republik gehörte er der Deutschen Volkspartei, eine Zeitlang sogar deren Zentralvorstand für Hessen-Nassau an²⁸⁰. Der Vorsitzende der Historischen Kommission blieb Mitglied der DVP, die der bürgerlichen Mitte zugerechnet wird, bis zu ihrer Auflösung 1933²⁸¹. Zu dieser Zeit näherte er sich – nicht zuletzt unter dem Einfluss seiner Frau Frida²⁸² (1882–1972) und des Adoptivsohns Lothar Stengel-von Rutkowski²⁸³ (1908–1992) – dem Nationalsozialismus²⁸⁴.

Als Präsident der MGH wandte er sich mitunter persönlich an Adolf Hitler, um deren Projekte zu fördern²⁸⁵. In die NSDAP ist Stengel im Frühjahr 1942 ein-

²⁷⁸ NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270), S. 42. Demnach blieb „nach 1945“ die Amtsführung Stengels „vollständig unerörtert“ (S. 43), weil sich die Kritik auf seinen Nachfolger Theodor Mayer konzentrierte.

²⁷⁹ HEINEMEYER, Edmund E. Stengel (wie Anm. 19), S. 542.

²⁸⁰ Ebd., S. 543; Klaus SCHÄFER, Aus den Papieren eines sparsamen Professors. Edmund Ernst Stengel (1879–1968) zum 125. Geburtstag, in: ZHG 109 (2004), S. 323–344, hier S. 334 f.

²⁸¹ HHStAW, Best. 520 Marburg Stadt, Nr. 1.156/46, Spruchkammerentscheid vom 19.2.1947.

²⁸² Prof. Karl Helm teilte den Ermittlern der Marburger Spruchkammer 1946 mit, Frau Stengel sei „schon frühzeitig Parteimitglied der NSDAP geworden“; HHStAW, Best. 520 Marburg Stadt, Nr. 1.156/46. Dem Edmund E. Stengel betreffenden Spruchkammerentscheid vom 19.2.1947 zufolge war Frida Stengel seit 1931 NSDAP-Mitglied (Bl. 22c). Frida Stengel, geb. Barth, verfasste für die „Lebensbilder“ zwei Beiträge: über ihren Vater Richard Barth und über Otto Ubbelohde, der sie im Zeichnen unterrichtet hatte; SCHNACK, Lebensbilder (wie Anm. 176). Siehe auch das Porträt von Irene EWINKEL, Frida Stengel, in: DIES. (Hrsg.), Das andere Leben. Rückblick auf Marburger Künstlerinnen, Marburg 2015, S. 91–94.

²⁸³ Dieser war bereits 1930 in die NSDAP und die SS eingetreten. In den folgenden Jahren sollte er dort zum Sturmbannführer und zu einem der Hauptpropagandisten nationalsozialistischer Rassenhygiene aufsteigen. Über Lothar Stengel-von Rutkowski siehe u. a. Gerhard MENK, Waldeck im Dritten Reich. Voraussetzungen und Wirken des Nationalsozialismus im hessischen Norden, Korbach 2010, S. 296 ff.

²⁸⁴ Siehe auch NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270), S. 41.

²⁸⁵ Siehe BECKER, Jüdische Mitarbeiter (wie Anm. 90), S. 470, über Stengels Schreiben an Hitler vom 26.3.1942.

getreten. Bei seiner Entnazifizierung verknüpfte er selbst seinen NSDAP-Eintritt mit – in der unmittelbaren Nachkriegszeit – durchaus honorigen Motiven:

„Mitglied der Partei bin ich erst geworden – und zwar aus freien Stücken –, als in Folge der Bedrohung der Landesgrenze²⁸⁶ durch den russischen Winter von 1941–42 alle Hemmungen hinter der Notwendigkeit einer Stärkung der inneren Front zurücktreten mußten; ich handelte damals und bis Kriegsende nach dem englischen Grundsatz: ‚Right or wrong – my country‘“²⁸⁷.

Für Anne Nagel ist dies ein Beispiel dafür, „wie groß die Zustimmung zum Nationalsozialismus bis in die letzten Tage des Regimes hinein bei den akademischen Eliten war“²⁸⁸. Zeitgenössische Kritik an Stengels Haltung übte die Marburger Germanistik-Professorin Luise Berthold. Sie konnte die Begründung für seinen NSDAP-Eintritt nicht nachvollziehen, „da die Nazis uns in eine viel größere Notlage brachten. Prof. St[engel] hätte einen Trennungsstrich ziehen sollen zwischen Vaterland und Partei. Vorteile durch seine Parteizugehörigkeit hatte er nicht. Den Studenten gegenüber war er nicht ganz objektiv, so er über die Lage sprach“²⁸⁹.

Stengel selbst hielt sich zugute, er sei „von Haus aus Gegner der n[ational] s[ozialistischen] Bewegung“ gewesen und belegte dies etwa mit seiner Rede anlässlich der akademischen Reichsgründungsfeier im Jahr 1930. Am Ende seiner Ausführungen über Regnum und Imperium brachte er – wie bereits erwähnt – eine Spitze gegen den „Schwarmgeist“ unter seinen Studenten und gegen die Wunschvorstellung von einem „dritten Reich“ unter²⁹⁰. Tatsächlich wandte sich 1937 der einflussreiche NS-Historiker Walther Frank gegen Stengels Berufung zum Präsidenten des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (MGH) und verwies dabei auf Stengels im Jahr 1930 öffentlich geäußerte Ablehnung des Nationalsozialismus²⁹¹.

In den „Bemerkungen“ zu seinem Meldebogen vom 26. April 1946 beklagte sich Stengel zudem über vermeintliche Zurücksetzungen, denen er sich „nach 1933 wegen ‚liberalistischer‘ Vergangenheit“ ausgesetzt fühlte: Zu Universitätsämtern (Dekanat) sei er „nicht zugelassen“ gewesen, und „wegen d[er] Willkürherrschaft eines von der SS gestützten Referenten im Reichswissenschafts-

²⁸⁶ Tatsächlich hatte das nationalsozialistische Deutschland *seinerzeit* den größten Teil Europas besetzt und unterjocht.

²⁸⁷ NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270), S. 37, Anm. 46. Apologetisch HEINEMEYER, Edmund E. Stengel (wie Anm. 19), S. 543.

²⁸⁸ NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270), S. 37.

²⁸⁹ Aussage aus dem Ermittlungsbericht der Spruchkammer Marburg-Stadt vom 28.10.1946; HHStAW, Best. 520 Marburg Stadt, Nr. 1.156/46. Stengel entgegnete auf den letzteren Vorwurf in seiner Erklärung vom 2.11.1946 für die Spruchkammer Marburg Stadt, er habe in seinen Vorlesungen „das Eingehen auf Tagesfragen immer grundsätzlich vermieden“.

²⁹⁰ Mitteilungen des Universitätsbundes Marburg 27 (Jan. 1930), S. 1–7, hier S. 7.

²⁹¹ BECKER, Jüdische Mitarbeiter (wie Anm. 90), S. 469.

ministerium“²⁹² sah er sich 1942 „genötigt“, sein „Berliner Amt aufzugeben“²⁹³. In seiner Erklärung für die Spruchkammer Marburg-Stadt vom 2. November 1946 erklärte er dazu: 1937 habe er dem Reichskulturministerium²⁹⁴ mitgeteilt, dass er nicht NSDAP-Mitglied sei, was akzeptiert wurde, doch danach habe ihm der Referent der SS das Leben schwer gemacht. Er „zerstörte mir nach und nach alle Wirkungsmöglichkeiten, bis ich nach fünfjährigem Martyrium das mir aufgedrungene Amt wieder aufgab“. Zudem sei er – obwohl 1939 einstimmig zum ordentlichen Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften gewählt – vom Reichskulturministerium nicht bestätigt worden. Beim Thema Antisemitismus machte Stengel für sich geltend:

„Das Verbot der Partei, jüdische Autoren zu zitieren, ist von mir in meinen eigenen Werken und in den Dissertationen meiner Schüler nie befolgt worden. Ich habe, noch über 1933 hinaus, eine ganze Anzahl von jüdischen Doktoranden gehabt, bin nach Erlaß der sogen[annt]en Nürnberger Gesetze bei der akademischen Behörde dafür eingetreten, daß eine Doktorandin von teilweise nichtarischer Abkunft, Traut Hasselbach, noch zur Prüfung zugelassen wurde, und habe dieselbe dann in dem von mir geleiteten Reichsinstitut als Mitarbeiterin angenommen“²⁹⁵.

Hierzu sind einige Erläuterungen angebracht. Traut Hasselbach, später mit dem Archäologen Dr. Joachim Werner (1909–1994) verheiratete Werner-Hasselbach, war am 1. Mai 1912 in Cottbus als Tochter des Berliner Kaufmanns und Fabrikanten Max Hasselbach und seiner Frau Sophie, geb. Zimmermann, geboren worden. 1918/19 besuchte sie die Pestalozzi-Schule in Zürich, dann bis 1931 die Deutsche Oberschule in Berlin-Mariendorf. Es folgte ein Studium der Fächer Geschichte, Deutsch und Kunstgeschichte im Wechsel zwischen Marburg und

²⁹² Dem Zusammenhang nach ist hier die Rede von Werner Zschintzsch (1888–1953), Verwaltungsjurist; er studierte in Lausanne, München, Berlin und Halle, 1914–1918 Kriegsteilnahme (Leutnant), danach als Verwalter des Landkreises Schwetz (Weichsel) und u. a. im Regierungspräsidium Marienwerder tätig, 1920–1922 Mitglied der DNVP; am 15.2.1933 in Wiesbaden als Nachfolger des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Fritz Ehrler eingesetzt; 1.5.1933 NSDAP-Eintritt (Nr. 3,495.469), 16.6.1936 als Standartenführer zur SS (Nr. 276.657), beim Stab Reichsführer SS; von März 1936 an Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung; 1945–1948 interniert in Dachau und in Darmstadt; in Göttingen zunächst als Minderbelasteter, dann vor der Spruchkammer Hildesheim als Mitläufer entnazifiziert. Zschintzsch wies Stengel am 28.3.1942 an, von Berlin nach Marburg umzuziehen, um dort ab 1.4.1942 wieder als Professor tätig zu werden; „die Geschäfte des Reichsinstituts“ sollte er „bis spätestens 15. Mai 1942“ seinem Nachfolger übergeben; StAM, Best. 340, Nachlass Stengel, K. 1. Ich danke Klaus Schäfer für diesen Hinweis. Siehe auch UA Marburg, 305a, Nr. 3.635.

²⁹³ HHStAW, Best. 520 Marburg-Stadt, Nr. 1.156/46. Mayer, Stengels Nachfolger in Berlin, schrieb dazu am 10.11.1951 an Stengel, an dessen Scheitern als Präsident des „Reichsinstituts“ sei „vor allem die Hetze schuld, die gegen Sie in Berlin gerichtet wurde. [...] Politische Gründe lagen gegen Sie nicht vor, Sie hatten doch den starken Rückhalt am Reichsführer SS, der Ihnen bei ihrer Ernennung telegrafisch gratulierte“; StAM, Best. 340, Nachlass Stengel, K. 21. Ich danke Klaus Schäfer für diesen Hinweis.

²⁹⁴ Wie erwähnt, war mit „Reichskulturministerium“ möglicherweise das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gemeint.

²⁹⁵ HHStAW, Best. 520 Marburg-Stadt, Nr. 1.156/46.

Berlin²⁹⁶. Vom Sommersemester 1932 bis Sommersemester 1933 war sie in Marburg für Neue Philologie²⁹⁷ und vom Sommersemester 1934 bis Sommersemester 1935 für Geschichte eingeschrieben.

Ihr Bekenntnis bezeichnete Traut Hasselbach im Lebenslauf als evangelisch. Dennoch war sie im Juni 1933 auf einer von Rektor Merk unterzeichneten Liste der im Sommersemester 1933 an der Philipps-Universität „eingeschriebenen Studierenden nichtarischer Abstammung“ notiert worden²⁹⁸. Bei ihrer erneuten Immatrikulation in Berlin zum Wintersemester 1933/34 erhielt sie am 7. Dezember 1933 ein Studienbuch mit gelben Diagonalbalken und den Vermerk „Nichtarierin“ und „NICHTmitglied der Deutschen Studentenschaft“. Auch in Marburg wurde ihr zum Sommersemester 1934 das gelbe Studienbuch für „Nichtarier“ ausgestellt. Damit waren ihr das Staatsexamen und der anschließende Lehrerberuf verwehrt, als Studienabschluss verblieb nur die Promotion. Vom Sommer 1935 bis zum Herbst 1938 arbeitete sie im Kugelhaus in Marburg unter Betreuung ihres Doktorvaters Stengel an ihrer Dissertation über die älteren Güterverzeichnisse der Reichsabtei Fulda²⁹⁹.

Aus der Einstufung als „Nichtarierin“ erwachsen Ende der 1930er Jahre Hindernisse, als Hasselbach an der Philipps-Universität ihre Promotion betrieb – und ihr Betreuer Professor Stengel mit der inkriminierenden Feststellung konfrontiert wurde. In einem Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät Friedrich Taeger (1894–1960) erklärte Stengel am 15. Januar 1939 von Berlin-Zehlendorf aus:

„In Sachen der Kandidatin Hasselbach möchte ich Eurer Spektabilität auf die mir von Ihnen mitgeteilte Sachlage³⁰⁰ folgende Erklärung abgeben, die ich den Akten beizufügen bitte. Daß die Kandidatin nicht rein arisch ist, habe ich, von ihr selbst, erst erfahren, als ihre Dissertation bereits seit mehreren Jahren in Arbeit und entsprechend weit fortgeschritten war. Ich habe mich darum damals aufgrund der damaligen gesetzlichen Vorschriften für verpflichtet gehalten, ihr die Fortführung der Arbeit anheimzustellen. Ich bin auch jetzt zur Begutachtung der Arbeit und zur Prüfung der Kandidatin bereit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und Bedenken seitens der zuständigen Stellen nicht vorliegen“.

Die nachweisbaren Tatsachen, aufgrund derer der Promovendin zur Last gelegt wurde, „nicht rein arisch“ zu sein, waren nicht schwerwiegend genug, um ihr die Ablegung der Doktorprüfung zu verweigern. Die Philosophische Fakultät der Philipps-Universität teilte Hasselbach zwei Wochen später mit: „Da die Ihrer Promotion entgegenstehenden Schwierigkeiten als beseitigt betrachtet werden können, werden Sie gebeten, sich mit Ihrem Referenten, Herrn Professor Sten-

²⁹⁶ Lebenslauf vom 4.2.1939; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 732.

²⁹⁷ UA Marburg, Best. 305 m, Nr. 1/98; Best. 305 m 3, Nr. 13.

²⁹⁸ Die 33 Namen beruhten auf Erklärungen, welche die Studierenden am 27.6.1933 abgegeben hatten. Für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät wurden demnach sieben Namen, für die Medizinische 14 und für die Philosophische zwölf Namen aufgelistet; NAGEL, Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 171–175, hier S. 174 (Dok. 69 Anlage 1).

²⁹⁹ Freundliche Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Matthias Werner (* 1942, Straßburg) in Jena, unter Rückgriff auf den Nachlass seiner Mutter Traut Werner-Hasselbach, 7.2.2017 (künftig: Mitteilung von Matthias Werner).

³⁰⁰ Das diesbezügliche Schreiben des Dekans Taeger liegt der Akte nicht bei.

gel – Berlin, in Verbindung zu setzen, zwecks Festsetzung eines Termins für Ihre mündliche Doktorprüfung“³⁰¹.

In seinem Gutachten vom 5. Februar 1939 benotete Stengel die Dissertation seiner Promovendin mit „gut“; nach der mündlichen Prüfung bei dem Germanisten Walther Mitzka (1888–1976) und dem Kunsthistoriker Richard Hamann (1879–1961) wurde die Gesamtnote auf „sehr gut“ festgelegt³⁰².

Nach ihrer Promotion kehrte Traut Hasselbach nach Berlin zurück und wurde zunächst noch von ihrem Vater unterhalten. Nachdem Stengel als Präsident des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde nach Berlin gewechselt war, beschäftigte er sie dort. In einem Schreiben Stengels vom 9. August 1939 heißt es: „Liebes Fräulein Hasselbach! Da Sie, wie ich höre, demnächst nach Berlin zurückkehren, bitte ich Sie, sich möglichst bald telefonisch mit mir in Verbindung zu setzen; ich brauche eine tüchtige wissenschaftliche Kraft und hoffe, sie in Ihnen zu finden“. In ihrer Kennkarte vom 18. Juni 1940 gab Traut Hasselbach als Beruf „Wissenschaftliche Hilfsarbeiterin“ an, was ebenfalls auf eine Anstellung im Reichsinstitut schließen lässt. Offenbar übte sie diese Tätigkeit auch noch nach ihrer Heirat aus. Spätestens im Dezember 1941, als Jochen Werner auf die Professur für Vor- und Frühgeschichte an die Reichsuniversität Straßburg berufen wurde, endete ihre Tätigkeit bei Stengel im Reichsinstitut³⁰³.

In einer „Eidesstattlichen Erklärung“ vom 8. Oktober 1948, die sich im Nachlass von Traut Werner-Hasselbach erhalten hat, erklärte Stengel als Direktor des Instituts für mittelalterliche Geschichte in Marburg:

„Frau Dr. phil. Traut Werner geb. Hasselbach konnte [zu] ihrer Zeit, im Jahre 1939, als „Mischling zweiten Grades“ nicht ohne Weiteres promovieren, und es bedurfte daher besonderer und amtlicher Schritte meinerseits, um ihre Zulassung zum Promotionsverfahren und zur Dr.-Prüfung zu erreichen, was aber schließlich gelang“³⁰⁴.

Was Stengel konkret unternahm, wird nicht genauer ausgeführt. Jedenfalls setzte er sich, nachdem er sich über „die gesetzlichen Voraussetzungen“ vergewissert hatte, für seine Mitarbeiterin ein zu der Zeit, in welcher der entlastende Abstammungsbescheid der Reichsstelle für Sippenforschung noch nicht vorlag.

Im Sinn der nationalsozialistischen Bestimmungen letztlich geklärt wurde die Abstammungsfrage erst über ein Jahr später. Am 25. Mai 1940 stellte der Spezialist Dr. Knost³⁰⁵ von der Reichsstelle für Sippenforschung Traut Has-

³⁰¹ Schreiben der Universität Marburg (gez. „K.“) an Traut Hasselbach vom 1.2.1939; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 732.

³⁰² Am 28.5.1942 wurde das Diplom ausgefertigt und am 31.7.1942 an Dr. Hasselbach abgeschickt; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 732.

³⁰³ Mitteilung von Matthias Werner (wie Anm. 299).

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Dr. Friedrich August Knost (1899–1982), Verwaltungsjurist; Studium in Göttingen, 1921 Promotion, danach in der preußischen Verwaltung, 1927–1934 bei der Regierung in Kassel tätig; Mai 1933 NSDAP-Eintritt; 1934/35 sowie 1939–1943 in der Reichsstelle für Sippenforschung beim Reichsinnenministerium eingesetzt, 1936 Co-Autor eines Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen; bei der Entnazifizierung 1948 den Entlasteten zugeordnet, machte er Karriere im Verwaltungsapparat Niedersachsens; 1964 ehrte ihn die Bonner Republik mit dem Großen Bundesverdienstkreuz.

selbach einen „Abstammungsbescheid“ aus, in dem es hieß, sie sei „deutschen oder artverwandten Blutes im Sinne der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I S. 1333)“: Der „Prüfling“ habe drei „deutschblütig[e]“ Großelternanteile. Über die Vorfahren des vierten Großelternanteils ließen sich allseits schlüssige Erkenntnisse nicht in Erfahrung bringen:

„Die mütterliche Großmutter, Emma Zimmermann geb. Mandelstamm³⁰⁶ (geb. [in] Rossienny [am] 5.9.1854) ist väterlicherseits unstreitig volljüdischer Abstammung; ihre Mutter ist Emma Gabrilowitsch. Die Geburts- und Taufurkunde der Emma Mandelstamm konnte nicht beschafft werden, infolgedessen ihre Religionszugehörigkeit bis zur Eheschließung – die zu St. Petersburg am 20.12.1876 in der St. Petri-Kirche erfolgte – auch nicht nachgewiesen werden. Träger des Namens Gabrilowitsch kommen in Rußland sowohl deutschblütig als auch jüdisch vor. Es kann daher der Angabe des Prüflings, daß Gabrilowitsch deutschblütig war, gefolgt werden. Das Gegenteil kann nicht erwiesen werden. Sonach ergibt sich die oben festgestellte rassische Einordnung“³⁰⁷.

Dozent Dr. Joachim Werner in Berlin-Friedenau übersandte dem Dekan der Philosophischen Fakultät eine beglaubigte Abschrift dieses offiziellen Abstammungsbescheids und teilte am 6. Juni 1940 zugleich mit, dass er sich am folgenden Tag mit Traut Hasselbach vereheliche und wünsche, dass alsbald Änderungen an den Akteneintragungen über seine Braut vorgenommen würden³⁰⁸.

Die im Februar 1939 angenommene und im Frühjahr 1942 veröffentlichte Dissertation von Traut Werner-Hasselbach erschien in den Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte, Reihe 2, als Band 7: „Die älteren Güterverzeichnisse der Reichsabtei Fulda“. Sie starb im Jahr 1998. Bis an ihr Lebensende hielt sie – wie Matthias Werner berichtet – Stengel „in hoher Verehrung und stand bis zu seinem Tode in lockerem Briefkontakt zu ihm, der als ihr Doktorvater auch bei [ihren] Kindern ein fester Begriff war und hohes Ansehen genoss“. Ihrem Sohn erzählte sie überdies mehrfach, was sie von den politischen Einstellungen im Hause Stengel wahrgenommen hatte:

³⁰⁶ Mitteilung von Matthias Werner (wie Anm. 299), der dazu weiter ausführte: „Über ihre in St. Petersburg geborene Großmutter mütterlicherseits Emma Mandelstamm (1854–1938), Tochter von Alexander Mandelstamm und Emma Gabrilowitsch, hatte meine Mutter jüdische Wurzeln, was sie zur „Nichtarierin“ machte. Nachdem sie meinen Vater – damals Assistent im Beamtenverhältnis bei der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt – im Februar 1938 in Marburg kennen gelernt und sich mit ihm verlobt hatte, war dies ein entscheidendes Hindernis für die geplante Heirat. Erst nach größten Mühen unter Einschaltung des Russischen Archivs in Berlin und Recherchen bei Moskauer Stellen – standesamtliche Unterlagen hatten sich nicht erhalten – gelang es, die Reichsstelle für Sippenforschung davon zu überzeugen, dass für die Urgroßmutter Emma Gabrilowitsch die zunächst von der Reichsstelle vorausgesetzte jüdische Abstammung nicht erweisbar sei, und im Mai 1940 von der Reichsstelle für meine Mutter den Abstammungsbescheid ‚deutsch oder artverwandten Blutes‘ zu erlangen, der meinen Eltern die Heirat ermöglichte“.

³⁰⁷ Abstammungsbescheid der Reichsstelle für Sippenforschung (Az.: I/5 A25843 Su/We), Berlin, Schiffbauerdamm 26, vom 28.5.1940; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 732.

³⁰⁸ Am 31.10.1940 drängte er nochmals darauf, in den Akten der Universität Marburg den am 6.6.1940 nach Marburg übersandten Abstammungsnachweis nachzutragen; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 732.

„Während Stengels Ehefrau Frida eine überzeugte Nationalsozialistin gewesen sei, die ‚germanische‘ Kleidung mit einer großen Rune als Brosche trug und vor jüdischen Geschäften demonstrativ ausspuckte, und während Stengels Adoptivsohn Lothar Stengel von Rutkowski als Mitarbeiter beim Thüringer Landesamt für Rassewesen eine glänzende NS-Karriere durchlief, habe Stengel sowohl in seinen Lehrveranstaltungen wie im persönlichen Umgang keinerlei weltanschaulich-politischen Konzessionen an das NS-System gemacht“.

Ihr zufolge „stand Stengel weder dem nationalsozialistischen Gedankengut noch dem NS-Staat nahe“³⁰⁹.

Neben Klibansky waren jüdische Doktoranden Stengels in den Jahren vor 1933 Felix Gutmann und Heinz Mendelsohn. Gutmann, 1903 in Oettingen im bayerischen Schwaben geboren, war Sohn eines Volksschullehrers. Er besuchte das Alte Gymnasium in Würzburg bis zum Abitur 1922 und begann danach in Würzburg zu studieren. Während der Inflation musste er im März 1923 sein Studium unterbrechen, bis er es im Wintersemester 1924/25 in Berlin wieder aufnahm. Vom Sommersemester 1926 bis Sommersemester 1929 studierte er Neue Philologie an der Philipps-Universität³¹⁰, wo er bei Stengel promoviert wurde. Im Jahr 1931 kam seine 1929 abgeschlossene Dissertation über „Die Wahlanzeigen der Päpste bis zum Ende der avignonesischen Zeit von den Anfängen bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts“ in den Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte, Reihe 2, als dritter Band heraus³¹¹.

Von 1935 an war Gutmann, der auch das Staatsexamen abgelegt hatte, an der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt in Würzburg als Lehrer tätig. Er floh im Februar 1939 mit seiner Frau Else Miriam, geb. Schüler, nach Palästina³¹². Gutmanns verwitwete Mutter Henriette, geb. Strauß (* 1873, Oettingen), wurde am 23. September 1942 nach Theresienstadt deportiert; dort ist sie am 13. Februar 1943 umgekommen³¹³. Im Jahr 1963 stand Gutmann von Jerusalem aus wieder in Briefkontakt mit Stengel³¹⁴. Der Fachbereich Geschichtswissenschaft der Philipps-Universität erneuerte im Wintersemester 1979/80 Gutmanns Promotionsurkunde aus Anlass der 50. Wiederkehr seiner am 22. Oktober 1929 vollzogenen Doktorprüfung³¹⁵.

Heinz Mendelsohn, am 3. Juni 1909 in Pelplin in Westpreußen geboren, war Danziger Staatsangehöriger. Er war Sohn des Großkaufmanns Max Mendelsohn (1879/80–1943) und dessen Ehefrau Hertha, geb. Heck (1888–1974), die nach dem Ersten Weltkrieg in Zoppot bei Danzig lebten. Heinz Mendelsohn besuchte bis 1927 ein Dresdner Gymnasium, studierte dann Geschichte, Latein, Germanistik und Kunstgeschichte in Berlin und Zürich sowie vom Sommersemester

³⁰⁹ Mitteilung von Matthias Werner (wie Anm. 299).

³¹⁰ UA Marburg, Best. 305 m, Nr. 1/86.

³¹¹ Siehe die Promotionsakte, UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 301 II.

³¹² Reiner STRÄTZ, Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900–1945 1, Würzburg 1989, S. 220.

³¹³ Ebd., S. 221.

³¹⁴ StAM, 340 Nachlass Stengel, K. 19.

³¹⁵ UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 301 II.

1928 bis Sommersemester 1932 Philosophie in Marburg³¹⁶. In seinem Lebenslauf bekannte Heinz Mendelsohn: „Ich [...] gehöre keiner Religionsgemeinschaft an“³¹⁷. Am 15. Januar 1932 suchte er um seine Zulassung zur Promotion nach. Stengel benotete die Arbeit in seinem Gutachten vom 4. Februar 1932 mit „gut“. Am 3. März 1932 verteidigte Mendelsohn seine Dissertation, am 24. Mai 1932 folgte die mündliche Prüfung. Er erhielt das Gesamtpredikat „gut“.

Zu Heinz Mendelsohn äußerte sich Stengel in einem Schreiben an einen ungenannten Geheimrat – dem Zusammenhang nach handelte es sich um Paul Fridolin Kehr (1860–1944), den damaligen Chef der MGH in Berlin – am 9. Januar 1933. Er empfahl ihm seinen

„Schüler Dr. Heinz Mendelsohn aus Danzig. M. hat im letzten Frühjahr promoviert, über die Fälschungen von Pfävers, ausgehend von meiner Skizze³¹⁸ [...]; und er hat diese Arbeit so hübsch durchgeführt – mit [sic] sorgsam, findig und kritisch –, daß ich bestimmt glaube, aus ihm könnte mit der Zeit ein ordentlicher Diplomatiker werden. Er ist Halbjude (von der Vaterseite, wie schon der Name zeigt), aber vom besten Schlage, hat sich als Student unter seinen Kommilitonen stets durchgesetzt; leidet schwer unter seiner zwiespältigen Abkunft: kann und mag, da es ihm aus Überzeugungsgründen nicht möglich ist, im jüdischen Kielwasser zu schwimmen, nicht Lehrer werden. Da ich ihn für wertvoll halte, möchte ich mich bei Ihnen nachdrücklichst für ihn einsetzen. Vielleicht ist übrigens seine Arbeit fürs Neue Archiv geeignet? Natürlich müßte sie noch stark zusammengestrichen werden“³¹⁹.

Die Marburger Dissertation wurde schließlich nicht im Dritten Reich veröffentlicht. Offenbar in der ersten Jahreshälfte 1933 nahm Mendelsohn Kontakt zur Zeitschrift für Schweizerische Geschichte auf, um seine Arbeit dort veröffentlichen zu lassen³²⁰. Sie konnte auf diesem Weg erscheinen³²¹, obwohl die Publikation in die Zeit fiel, als Hektor Ammann (1894–1967) Redakteur der Zeitschrift

³¹⁶ Bei Heinz Mendelsohns Eintrag im Matrikelband wurde über seine Exmatrikulation vermerkt, er sei am „1.8.32 wegen Nicht[zahlung] der rest[lichen] Unterrichtsgelder im S.S. 32 gestr[ichen]“ worden; UA Marburg, Best. 305 m, Nr. 1/90. In seinem Lebenslauf am Ende des Sonderdrucks seiner Dissertation, S. 231, heißt es, er habe nach der mündlichen Doktorprüfung „bis zum Winter-Semester 1933 in Marburg“ weiterstudiert; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 567. Eingeschrieben war er seit Sommer 1932 nicht mehr.

³¹⁷ UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 567.

³¹⁸ Siehe Edmund Ernst STENGEL, Karl Widmers Pfäverser Fälschungen, in: Festschrift Albert Brackmann, dargebracht von Freunden, Kollegen und Schülern, hrsg. von Leo SANTIFALLER, Weimar 1931, S. 592–602.

³¹⁹ UA Marburg, Best. 340, Nachlass Stengel, K. 23, Mappe „Ungenannte Empfänger, Nachträge“. Ich danke Klaus Schäfer für diesen Hinweis.

³²⁰ Am 15.6.1933 teilte Mendelsohn dem Dekan mit, seine Dissertation werde von der Redaktion dieser Zeitschrift geprüft, und er bat daher um Fristverlängerung; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 567.

³²¹ Heinz MENDELSON, Die Urkundenfälschungen des Pfäferser Konventualen P. Karl Widmer, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 14/2 (1934), S. 129–204 (<http://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=szg-005:1934:14#143>, eingesehen am 22.2.2017) und Nr. 3, S. 257–283 (<http://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=szg-005:1934:14#344>, eingesehen 22.2.2017).

war. Ammann galt in der Schweiz als deutschfreundlich und als Sympathisant des Nationalsozialismus. 1946 wurde er aus dem schweizerischen Staatsdienst entlassen; er siedelte nach Deutschland über, wo er an verschiedenen Universitäten wirkte³²².

Vom 1. Juni 1934 an war Mendelsohn – vermutlich als Vorbereitung auf eine geplante Auswanderung – „in Zoppot als Autoschlosser tätig“³²³. Seine Promotionsurkunde wurde erst am 6. Februar 1935 ausgestellt³²⁴.

Mendelsohns Eltern und Geschwister³²⁵ wanderten nach Brasilien, er selbst Mitte der 1930er Jahre nach Argentinien aus. In Buenos Aires machte er im Bergbau-Unternehmen von Maurice Hochschild Karriere. 1954 unternahm er erstmals wieder eine Reise, die ihn nach (West-)Deutschland und zu ihm befreundeten Menschen nach Marburg führte³²⁶. In den 1970er Jahren entführten ihn Guerilleros und hielten ihn ein halbes Jahr in einem unterirdischen Gefängnis fest. Nach Zahlung von Lösegeld freigelassen, starb Heinz (Enrique) Mendelsohn bald darauf³²⁷.

Siegfried Wollheim, am 28. März 1905 in Posen geboren, war Sohn des Kaufmanns Hermann Wollheim und seiner Frau Lydia, geb. Eger. Er besuchte von 1920 bis 1923 das deutsche Privatgymnasium in Posen/Poznań³²⁸. Danach studierte er zunächst in Berlin, wo sein Vater (in Charlottenburg) als Rentner lebte, dann in Breslau. Vom Sommersemester 1926 bis zum Wintersemester 1928/29 war er in Marburg für Geschichte eingeschrieben. Wollheim wohnte in der Schwanallee 15³²⁹. Er schloss seine Dissertation über „Die kurhessische Straßenbaupolitik und das Problem der westdeutschen Verkehrseinheit von 1815 bis 1840“ bei Professor Rudolf Häpke (1884–1930) im Juli 1929 ab³³⁰. Bei der Drucklegung erhielt er Unterstützung von Professor Stengel. Sie erschien 1931 als Band 14 – wie die gesamte Reihe der Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau – bei Elwert in Marburg. Bis März 1939 war Wollheim als Lehrer für Latein und Erdkunde in Berlin tätig, ehe er nach

³²² Eine Kurzbiografie von Ammann in: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4256.php>, eingesehen am 22.2.2017. Ich danke Herrn Prof. Martin Lengwiler (Basel) für diese Hinweise.

³²³ Sonderdruck der Dissertation, S. 231; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 567.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Heinz Mendelsohns Geschwister waren Kurt Mendelsohn und Liselotte Stangenhäus (1911–2011).

³²⁶ Weitere Aufenthalte folgten bis in die 1970er Jahre; ein Sohn Heinz Mendelsohns lebte in einem Internat in Davos; freundliche Mitteilung von Gabi Ohlig (Gießen).

³²⁷ Über ihn berichtet in seinen Erinnerungen der Marburger Dierk VON DRIGALSKI, *Al andar se hace camino. Stationen eines langen Weges*, Berlin 2011, S. 25, 31 f., 34–38, 49. S. 35 auch ein Foto von „Enrique“ Mendelsohn.

³²⁸ Lebenslauf in der Promotionsakte; UA Marburg, Best. 307 d, Nr. 348.

³²⁹ Ebd., Best. 305 m, Nr. 1/86.

³³⁰ Ebd., Best. 307 d, Nr. 348.

Palästina ausreiste³³¹. Dort nahm er den Vornamen Shmarya an. Er starb am 4. Oktober 1989 in Israel³³².

Soweit zu Stengels Erklärung, er habe jüdische Promovenden unterstützt. Überdies machte Stengel in seiner Stellungnahme für die Spruchkammer geltend, er habe sich bemüht, „mehreren nichtarischen Gelehrten“ im Rahmen der MGH Beschäftigung zu verschaffen, und er nannte dabei die Namen von Professor Ernst Perels³³³ und von Professor Wilhelm Levison³³⁴. Daher beantragte Stengel für sich, „der Gruppe der Entlasteten (V)“ zugewiesen zu werden.

Die Klageschrift vom 6. November 1946 plädierte dafür, in Stengel einen „einfachen Mitläufer“ zu sehen und ihn der Gruppe IV zuzurechnen, auch sollte er eine Geldsühne von 500 RM zahlen. Der viereinhalb Seiten umfassende Spruchkammerentscheid vom 19. Februar 1947 ordnete Stengel schließlich der Gruppe V der Entlasteten zu, wobei die Kosten der Staatskasse zur Last fielen. Stengel wurde zugutegehalten, dass er in der DVP aktiv gewesen war, dass er in seinen Veröffentlichungen und Äußerungen der NSDAP „keine Konzessionen gemacht“ habe – außer 1936, als Stengel „sich einmal [...] den Studenten gegenüber für die NSDAP geäußert“ habe³³⁵. Zugunsten Stengels wurde seine „persönliche Gefährdung durch sein Eintreten für Juden“ ausgelegt³³⁶. So ging Stengel aus dem Spruchkammerverfahren als voll „entlastet“ hervor.

1946 wurde Edmund Ernst Stengel emeritiert. Er musste seinen Lehrstuhl aber noch zweieinhalb Jahre länger vertreten, denn seinen Posten an der Philipps-Universität übernahm Heinrich Büttner erst im Jahr 1949. Danach gab

³³¹ Siegfried Wollheims im Jahr 1986 abgefasste Berliner Erinnerungen – „Das Donnern des Vorbeters. Erinnerungen an Schule und Gemeinde“ – wurden gedruckt in: Mario OFFENBERG (Hrsg.), *Adass Jisroel. Die Jüdische Gemeinde in Berlin (1869–1942). Vernichtet und vergessen*, Berlin 1986, S. 212 f. Im März 1939 verloren die Gemeinde und die angeschlossene Unterrichtsanstalt ihre Selbstständigkeit. Den Mitteilungen des Verbandes Ehem. Breslauer und Schlesier in Israel 29 (1971), S. 4, zufolge war Wollheim früher im Verband jüdischer Akademiker (VJA) in Breslau aktiv gewesen und zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Mitteilungen Lehrer „im Negev“ (<http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/zoom/7412241?query=Siegfried%20wollheim>, eingesehen am 22.2.2017); freundliche Mitteilung von Maïke Strobel, Universitätsbibliothek Frankfurt/M., Abteilung Judaica.

³³² <https://www.geni.com/people/Dr-Siegfried-Wollheim/6000000002215916788>, eingesehen am 22.2.2017.

³³³ Ernst Perels (1882–1945), Protestant und selbst Vater eines Pfarrers, war 1935 in den zwangsweisen Ruhestand versetzt worden. Wegen der Beteiligung seines Sohns Friedrich Justus am gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er im Oktober 1944 verhaftet und zunächst im KZ Buchenwald, dann im KZ Flossenbürg inhaftiert; er starb an den Folgen dieser Haft. Siehe BECKER, *Jüdische Mitarbeiter* (wie Anm. 90), S. 460 f. Anm. 35.

³³⁴ Stengels Antrag waren Erklärungen von Pfarrer Otto Perels und von Levison beigegeben. Wie Nikola Becker über Stengels Motive schreibt, Perels und Levison 1939 zu dulden, erforderten sie „weitergehende Untersuchungen“; BECKER, *Jüdische Mitarbeiter* (wie Anm. 90), S. 472.

³³⁵ Auf welche Weise, bleibt unklar; HHStAW, Best. 520 Marburg Stadt, Nr. 1.156/46, Bl. 22c.

³³⁶ Ebd., Bl. 22d.

er nur schrittweise die Leitung der verschiedenen Forschungseinrichtungen ab, zuletzt 1963 die Leitung des Lichtbildarchivs älterer Originalurkunden. Bis 1964 brachte er noch zehn Bände des Archivs für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde heraus. 1955 wählte die Historische Kommission für Hessen und Waldeck Stengel zu ihrem Ehrenmitglied. Edmund E. Stengel starb 1968 in Marburg.

Auch Stengels Großvater mütterlicherseits, Ernst Herrmann, war Historiker und von 1857 an Geschichtsprofessor in Marburg. Er stammte aus dem Baltikum; über ihn verfasste der Enkel 1942 einen – so Heinemeyer – „liebvoll[en]“ Beitrag für die „Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck“³³⁷. Dem Baltikum entstammte auch der Adoptivsohn Lothar Stengel-von Rutkowski. Nachdem dieser Truppenarzt der Waffen-SS aus vierjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt war, kam er von 1958 bis 1972 in Korbach als Amtsarzt des hessischen Kreises Waldeck unter und war daneben als praktischer Arzt tätig.

Rudolf Vaupel (10.1.1894, Kassel – 1945): 1939–1945 Schatzmeister

1.5.1937 NSDAP-Eintritt, Nr. 5,860.704³³⁸

Rudolf Vaupel war der Sohn eines Eisenbahnobersekretärs. Er legte 1912 das Abitur am Kasseler Wilhelmsgymnasium ab und studierte anschließend Geschichte und Germanistik in Marburg und Berlin. Als Student war er Mitglied der Marburger und der Charlottenburger Studentenverbindung Wingolf. 1919 wurde er bei Edmund E. Stengel in Marburg promoviert.

Vaupel absolvierte 1920 die Staatsprüfung für den Höheren Dienst, ging ans Reichsarchiv in Potsdam, wo er 1923 zum Staatsarchivrat ernannt wurde. Von 1928 an war er im Brandenburg-Preußischen Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg tätig, ab 1929 als dessen Leiter. Vaupel wurde 1933 Direktor des Staatsarchivs Wiesbaden. Hier trat er in die NSDAP ein.

Von 1938 bis 1945 war er Leiter des Staatsarchivs Marburg. 1939 erhielt er einen Lehrauftrag an der Philipps-Universität, 1943 als Honorarprofessor³³⁹. 1944 wurde er zudem als Lehrbeauftragter an der Marburger Abteilung des Instituts für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung tätig. Von 1939 an gehörte er der Historischen Kommission an. Rudolf Vaupel starb am 18. Juni 1945 in Marburg.

Laut dem von der Witwe Marie Vaupel am 18. Juni 1945 ausgefüllten Meldebogen war Rudolf Vaupel zwischen 1938 und 1945 bloßer Anwärter für den NSDAP-Beitritt; eine Parteinummer sei ihr nicht bekannt³⁴⁰. Im Ermittlungsbericht der Spruchkammer Marburg-Stadt hieß es außerdem verharmlosend, nach Angaben von Frau Vaupel sei er „von einem anderen Herrn bei der Partei angemeldet worden“. Da er politisch nicht hervorgetreten war und „sich aktivistisch nicht betätigt“ hatte, informierte die Pensionsregelungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Kassel Frau Vaupel am 5. März 1949, dass mit Geneh-

³³⁷ HEINEMEYER, Edmund E. Stengel (wie Anm. 19), S. 543. Siehe auch STENGEL, Ernst Herrmann (wie Anm. 182).

³³⁸ BAB, NSDAP-Gaukartei.

³³⁹ NAGEL, Die Philipps-Universität (wie Anm. 21), S. 402 f., 409.

³⁴⁰ HHStAW, Abt. 520 Marburg Stadt+Land, Bi, Zie (keine Nr.).

migung des Finanzministers vom „Beibringen eines Spruchkammerbescheids gegen Ihren verstorbenen Ehemann [...] vorläufig Abstand genommen“ werde³⁴¹.

Ludwig Rosenthal und die Historische Kommission

Am Schluss dieses Berichts soll über einen – in den 1960er Jahren – höchst ungewöhnlichen Vorfall berichtet werden. Er ist dem unverdrossenen Wirken eines 1933 aus Deutschland vertriebenen Rechtsanwalts zu danken. Dieser Ludwig Rosenthal

„wurde am 7. November 1896 in Bergen, damals Landkreis Hanau, geboren. Nach dem 1915 in Frankfurt abgelegten Abitur studierte er in München und Frankfurt zur Vorbereitung auf einen späteren Beruf Rechts- und Staatswissenschaften, aus Interesse betrieb er daneben noch das Studium der Germanistik und der Geschichte. Nach Ablegung des Referendarexamens wurde er schon 1918 in Würzburg magna cum laude zum Dr. iur. et rer. pol. promoviert. Nach der zweiten juristischen Staatsprüfung ließ er sich als Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt nieder. Mit dem Beginn der nationalsozialistischen Diktatur emigrierte er 1933 nach Amsterdam, war dort als Bankjurist tätig und wanderte im Jahr 1939 mit seiner Familie nach Guatemala, der Heimat seiner Ehefrau Florence aus. Dort war er als Kaufmann und Kaffeepflanzer tätig, bis er sich 1968 zur Ruhe setzte und ausschließlich seinen wissenschaftlichen und schriftstellerischen Interessen lebte“³⁴².

Rosenthal hielt Kontakt zu dem Bergener Pfarrer Karl Wessendorf, dem Dekan des Kirchenreises Hanau-Stadt, und zu Otto Schenck, der Mitglied im Arbeitsausschuss des Hanauer Geschichtsvereins und als ehrenamtlicher Stadtrat Schul- und Kulturdezernent war. Diese Verbindung mit dem Hanauer Geschichtsverein führte zur Publikation eines Buchs von Rosenthal, dessen Manuskript der Autor ursprünglich dem Leo-Baeck-Institut in New York zur Veröffentlichung anbieten wollte: einer Monografie über die Juden in Bergen bei Frankfurt und die Ursprünge der Familie des Verfassers – von der Frühneuzeit bis ins 19. Jahrhundert. Sie erschien am 19. März 1964, dem Jahrestag der Zerstörung Hanaus im Zweiten Weltkrieg (1945), „und am gleichen Tag wählten Vorstand und Arbeitsausschuß des Hanauer Geschichtsvereins den Verfasser zum Korrespondierenden Mitglied“³⁴³.

Ludwig Rosenthals Buch erschien unter dem Titel „Zur Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau unter besonderer Berücksichtigung der Juden in Bergen bei Frankfurt am Main und der dortigen Vorfahren des Verfassers vom 17. bis 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden“ als Band 19 in der Reihe „Hanauer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Hanauer Geschichtsvereins e.V.“.

Zu Beginn steht eine Danksagung des Hanauer Geschichtsvereins an den Verfasser „für diesen bedeutsamen Beitrag zur Landes-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Kreises Hanau“. Dessen wissenschaftlicher Wert sei „um so höher einzuschätzen, als der Verfasser dazu eine Reihe von Quellen benutzt hat,

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Eckhard MEISE, Ludwig Rosenthal (1896–1988). Ein Nachruf, in: Neues Magazin für hanauische Geschichte 9 (1989), S. 222–226, hier S. 224.

³⁴³ Ebd., S. 222 f.

die heute im Original nicht mehr vorhanden sind“. Die Herausgeber erklären in ihrer von Scham geprägten – und in dieser Deutlichkeit damals durchaus unüblichen – Stellungnahme:

„In Anbetracht des furchtbaren Leides, das über Millionen früherer jüdischer Mitbürger hereinbrach, als sich vor 30 Jahren politische Nacht über Deutschland senkte, begrüßen es Vorstand und Arbeitsausschuß des Hanauer Geschichtsvereins dankbar, daß gerade ein jüdischer Autor, dem selbst Eltern und Schwester hingemordet wurden, die Kraft fand, dieses Buch zu schreiben. Mit ihm verneigen sie sich vor denen, denen dieses Buch gewidmet ist, und gedenken dabei in Ehrfurcht der Millionen, die das gleiche Schicksal zu ertragen hatten“³⁴⁴.

Das Buch enthielt ein Foto aus „Bergen, Marktstraße 34 (vormals Hauptstraße 126)“, mit dem Geburtshaus des Verfassers: „Das 1724 erbaute Stammhaus seiner mütterlichen Familie Heß war in Familienbesitz bis zur Hitlerzeit“³⁴⁵. Drei Seiten weiter folgte die Widmung:

„Ich widme diese Arbeit meiner *Mutter*, die am 22. November 1938 in mittelbarer Folge der ‚Kristallnacht‘-Ereignisse in Frankfurt am Main ihr Leben verloren hat; meinem *Vater* und meiner Schwester *Sophie*, die von den nationalsozialistischen Mördern am 2. April 1943 in Sobibor, Polen, umgebracht wurden; meinem Bruder *Julius*, der am 16. Februar 1915 an der deutschen Karpathenfront in dem Glauben gefallen ist, er müsse seine deutsche Heimat verteidigen; meiner Schwester *Gretchen* seligen Angedenkens und meiner Schwester *Erna*“.

Zahlreiche weitere Informationen über seine Familienangehörigen enthält die Monografie selbst³⁴⁶. Demnach starb Ludwig Rosenthals Mutter wenige Tage nach einer gelungenen Operation an mangelnder Pflege, nachdem das israelitische Krankenhaus in Frankfurt Opfer der Verwüstungen des Novemberpogroms geworden war – ihr Arzt nahm sich das Leben, Personal wurde verhaftet. Der Vater und die älteste Schwester flohen daraufhin in die Niederlande. Unter der deutschen Besatzung wurden beide ins Lager Westerbork verschleppt, dann ins Vernichtungslager Sobibór im deutsch besetzten Polen deportiert. Über seinen eigenen Leidensweg schrieb der Verfasser, er sei „als Jude in der Liste der Rechtsanwälte gestrichen“³⁴⁷ und seines Amtes als Notar enthoben“ worden und habe sich – nach vorübergehendem Aufenthalt in Holland – ins Geburtsland seiner Frau, nach Guatemala, retten können.

Rosenthal dankte Karl Wessendorf für seine Bemühungen um die historischen Beziehungen zwischen Christen und Juden in Bergen, um die Klärung des

³⁴⁴ Ludwig ROSENTHAL, Zur Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau unter besonderer Berücksichtigung der Juden in Bergen bei Frankfurt am Main und der dortigen Vorfahren des Verfassers vom 17. bis 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden, Hanau 1963, S. 2.

³⁴⁵ Ebd., S. 4.

³⁴⁶ Ebd., insbesondere S. 208 f.

³⁴⁷ Siehe auch Barbara DÖLEMEYER, ... zum Exil verurteilt. Dr. jur. et rer. pol. Ludwig Rosenthal. 7.11.1896 Bergen (heute Frankfurt-Bergen-Enkheim) – 29. Juni 1988 Guatemala-Stadt; http://www.rechtsanwaltskammer-ffm.de/raka/rub_aboutus/archive/AnwaltOhneRecht/13_Rosenthal.PDF, eingesehen am 22.2.2017.

Schicksals der Ermordeten. Schon 1962 sprach Wessendorf bei der Enthüllung einer Gedenktafel für die im November 1938 zerstörte Hanauer Synagoge³⁴⁸.

Eckhard Meise erinnerte in seinem Nachruf auf Rosenthal an die ihm zuteilgewordenen Ehrungen:

„Im Jahr 1964 wählte die Historische Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, im Jahr 1969 die Historische Kommission für Hessen und Waldeck Ludwig Rosenthal zum Ordentlichen Mitglied. 1978 wurde ihm über die deutsche Botschaft in Guatemala die Ehrenplakette der Stadt Hanau überreicht, im Jahr 1981 verlieh ihm der Hessische Kultusminister in Anerkennung seiner vielfältigen Verdienste um Literatur und Geschichte³⁴⁹ die Goetheplakette“³⁵⁰.

Außerdem hatte sich Rosenthal als großzügiger Stifter verdient gemacht, durch den das Hanauer Museum in die Lage versetzt wurde, Werke des Malers Moritz Oppenheim (1800–1882) zu erwerben³⁵¹. Zur gleichen Zeit war Rosenthal ein aufmerksamer Beobachter der bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigung³⁵². Rosenthal war befreundet mit Karl Dielmann, dem Leiter des Städtischen Kulturamts in Hanau, der 1959 in die Historische Kommission aufgenommen worden war. Er schlug am 22. Juli 1969 der Hauptversammlung der Historische Kommission vor, Dr. jur. Ludwig Rosenthal, Guatemala, zum neuen Mitglied zu wählen:

„Begründung: Herr Dr. Rosenthal ist Autor der in unserer Reihe ‚Hanauer Geschichtsblätter‘ erschienenen Monographie ‚Zur Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau‘. Er hat außerdem für unsere Blätter einen wichtigen Beitrag über Süßkind von Trimberg geliefert, der in Kürze als Vorabdruck erscheinen wird. Z. Zt. ist Herr Dr. Rosenthal mit einer größeren Arbeit über Heinrich Heine beschäftigt³⁵³. Er ist außerdem Mitarbeiter des Leo B[aj]eck-Instituts New York und bereits seit Jahren Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen“³⁵⁴.

Letzterer Umstand mochte in den Augen mancher Versammlungsteilnehmer nicht für, sondern eher gegen Rosenthal sprechen. Nur ein dreiviertel Jahr zuvor war in der Vorstandssitzung der Historischen Kommission am 26. Oktober 1968 im Zusammenhang mit der Frage des Zusammenschlusses der vier Historischen

³⁴⁸ ROSENTHAL, Zur Geschichte der Juden (wie Anm. 344), S. 124 f.

³⁴⁹ Außer seiner Monografie hat Ludwig Rosenthal zwischen 1966 und 1975 vier Aufsätze in den Hanauer Geschichtsblättern publiziert und, als Sonderdruck der Hanauer Geschichtsblätter 24, die Abhandlung Ludwig ROSENTHAL, Süßkind von Trimberg der jüdische Spruchdichter aus der Gruppe der deutschen Minnesänger des Mittelalters (13. Jahrhundert), Hanau 1969. Hier polemisiert der Verfasser u. a. mit antisemitischen Interpretationen der Gedichte Süßkinds (S. 24 f.). 1973 veröffentlichte er im Frankfurter Ullstein-Verlag das 388 Seiten starke Buch Ludwig ROSENTHAL, Heinrich Heine als Jude, Frankfurt/M. 1973.

³⁵⁰ MEISE, Ludwig Rosenthal (wie Anm. 342), S. 225.

³⁵¹ Siehe Eckhard MEISE, Drei Gemälde Moritz Oppenheims im Eigentum des Hanauer Geschichtsvereins, in: Neues Magazin für hanauische Geschichte 21 (2000/2), S. 104–121.

³⁵² Siehe ebd., S. 116 f., Rosenthals Bemerkung vom 26.3.1964 zum Frankfurter Auschwitz-Prozess.

³⁵³ Siehe ROSENTHAL, Heine als Jude (wie Anm. 349).

³⁵⁴ StAM, Best. 325/33, Nr. 181.

Kommissionen in Hessen Unmut darüber laut geworden, dass allzu viele staatliche Gelder der neuen fünften Historischen Kommission Hessens – jener für die Geschichte der Juden – zufließen: „Vom derzeitigen Staatszuschuß für die Hist. Kommissionen von 95.000 DM gehen 38.000 DM an die Kommission für die Gesch[ichte] des Judentums“³⁵⁵! In den Zusätzen zum Protokoll der Vorstandssitzung am 1. Juli 1967 war bereits Kritik an einer vermeintlich übereifrigen, doch zwei Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft politisch gewollten Erforschung der jüdischen Geschichte Hessens vermerkt worden:

„Eine längere Diskussion entspinnt sich über die Neuverteilung der Staatsmittel für die 5 hist[orischen] Kommissionen in Hessen. Die jüd[ische] H[istorische] K[ommission], die z. Zt. 1/3 der Gesamtsumme erhält, sollte wie die Andern nach Bedarf berücksichtigt werden. Herr Schlesinger³⁵⁶ schlägt vor: Das Hess[ische] Jahrbuch fordert einen Bericht über die Arbeiten der jüd[ischen] H[istorischen] K[ommission] ein. Falls ein Solcher nicht geliefert wird, oder unbefriedigend ausfällt, wären in Wiesbaden entsprechende Schritte vorzusehen. Herr Dülfer erklärt, daß seines Wissens das Geld der jüd[ischen] H[istorischen] K[ommission] für Filme von den Judenregistern des 19. Jhs verbraucht wird, seit 3 Jahren je 35.000 DM. Nach allgemeiner Ansicht muß die Angelegenheit sorgfältig geprüft werden“³⁵⁷.

Im Hintergrund begleitet von solch kritischen Stimmen gegen eine – in der Wahrnehmung einiger Mitglieder der Historischen Kommission – übermäßige Betonung jüdischer historischer Themen sprach sich die Jahresversammlung am 25. Oktober 1969 für Rosenthal aus: „Die Hauptversammlung wählte zu neuen Mitgliedern der Kommission: [...] Rechtsanwalt Dr. Rosenthal (Guatemala)“³⁵⁸. Der Vorsitzende der Historischen Kommission, Walter Heinemeyer, teilte Ludwig Rosenthal am 28. Oktober 1969 mit, dass die 72. Jahresversammlung ihn drei Tage zuvor

„zu ihrem Mitglied gewählt hat. Die Historische Kommission möchte mit dieser Wahl dem aufrichtigen Dank für Ihre vorzüglichen Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte Hessens im allgemeinen und der jüdischen Mitbürger in Hanau im besonderen Ausdruck verleihen. Zu dieser Wahl möchte ich Sie aufrichtig beglückwünschen“.

Rosenthal antwortete darauf am 14. November 1969³⁵⁹:

³⁵⁵ Zusätze zum Protokoll der Vorstandssitzung am 26.10.1968, S. 6. Verschiedenes, gez. Both, 28.10.1968; für die Niederschrift dankte Heinemeyer am 5.11.1968 dem Protokollanten der Vorstandssitzung Dr. Wolf von Both, der bis 1968 Schriftführer der Historischen Kommission war; StAM, Best. 325/33, Nr. 184.

³⁵⁶ Walter Schlesinger (1908–1984) war von 1964 bis 1973 Nachfolger Büttners auf dem Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte an der Philipps-Universität. Siehe NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 270); zu Schlesingers Rolle in der Ostforschung siehe auch Esther ABEL, Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere. Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert, Paderborn 2016, S. 151–154.

³⁵⁷ StAM, Best. 325/33, Nr. 184.

³⁵⁸ Ebd., Rosenthal wurde hier als Letzter genannt.

³⁵⁹ Der Briefkopf verbindet die 1933 abrupt beendete frühere Existenz des Schreibers mit derjenigen des Jahres 1969: Im Briefkopf steht links Dr. Ludwig Rosenthal, Rechtsanwalt, Oberlandesgericht Frankfurt am Main, rechts Guatemala City, 11 Calle 5–31, Zona 9.

„Sehr geehrter Herr Professor!

Ihr freundliches Schreiben vom 28. v. Mts. habe ich dankend erhalten und fühle mich durch die Ernennung zum Mitglied ihrer Kommission geehrt. Wenn ich im Rahmen meines Sondergebiets der Kommission von Nutzen sein kann, so bitte ich, jederzeit über mich verfügen zu wollen“³⁶⁰.

Bis Ende 1970 lässt sich hier seitens der Historischen Kommission kein weiterer Kontakt nachweisen. Ludwig Rosenthal starb 1988 in seiner Wahlheimat in Guatemala-Stadt³⁶¹.

Schlussbetrachtung

Diese Untersuchung bestätigt nur zum Teil das Bild, dass die Historische Kommission und ihr langjähriger Vorsitzender Stengel entwarfen. In den Anfangsjahren wählte man sich „im Dienste der Heimatgeschichte“ den Erwartungen der neuen Machthaber verbunden. Dass diese Heimatverbundenheit wenige Jahre später kaum noch eine Rolle spielte, als ein Lebensraum in weit entfernten Regionen erobert werden sollte, scheint wenig reflektiert worden zu sein.

Die Historiker – und Historikerinnen, die in den Kriegsjahren bei aller männlichen Dominanz doch stärker in den Vordergrund rückten – fertigten weiterhin solide Editionen und Studien an. Sie waren aber durchaus geneigt, auf gewisse ideologisch erwünschte Erwartungen einzugehen. Dass aus den frisch formulierten Projekten manchmal nichts wurde, lag nicht an ihrem mangelnden Einsatz, sondern an den Einschränkungen, die der neue Weltkrieg ihrer Arbeit auferlegte – und am vorzeitigen und für viele offenbar überraschenden Ende des Dritten Reichs. Sie liegt überdies auch darin begründet, dass die Historische Kommission ehrenamtlich arbeitet, wodurch sich vielfach die Verschleppung von Projekten erklärt.

Als Ergebnis dieser Studie lässt sich dennoch festhalten, dass die Historische Kommission den Tiefpunkt ihrer Veröffentlichungspraxis im Frühjahr 1939 – und damit *vor* Beginn des Raub- und Eroberungskriegs in Osteuropa – erreichte. Dabei ist es kein Zufall, dass dieses Maß an Pseudowissenschaftlichkeit sich ausgerechnet in einem Buch niederschlug, das sich ungewöhnlich gut verkaufte³⁶². Die Schaffensfreude der Herausgeberin Ingeborg Schnack spiegelt sich bis heute in den Vorworten der „Lebensbilder“ Bd. 1–3 – auch sie war froh, endlich eine Arbeit „in Angriff nehmen“ zu dürfen, die das „gewaltig wiedererrungene deutsche Selbstgefühl“ förderte³⁶³.

Vorerst lassen sich nur gewisse Schlüsse ziehen im Vergleich zu dem, was sich an Erkenntnissen über die Lage auf dem Territorium herausgebildet hat, das der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck zugrunde lag. Zum einen entsprechen sie dem, was über die rechtskonservative, von autoritären Vorstellungen der preußisch-deutschen Kaiserzeit geprägte politische und intellektuelle Atmosphäre des klein- und zugleich universitätsstädtischen Marburg wie auch des ländlichen Zuschnitts in der betreffenden Region bekannt ist.

³⁶⁰ StAM, Best. 325/33, Nr. 261.

³⁶¹ Siehe MEISE, Ludwig Rosenthal (wie Anm. 342).

³⁶² StAM, Best. 325/33, Nr. 319.

³⁶³ SCHNACK, Lebensbilder (wie Anm. 173), S. VIII.

Vor dem Hintergrund der politischen und sozialen Situation in der Universitäts-Kleinstadt Marburg und in dem Gebiet, für das die Historische Kommission für Hessen und Waldeck sich zuständig erklärte, erscheinen die Entwicklungen in der Historischen Kommission seit den 1920er Jahren auf den ersten Blick mithin wenig überraschend. Politischer und ideologischer Dissens ist kaum auszumachen. So wurden etwa die wissenschaftlichen Leistungen des Stengel-Schülers Dr. Erich Klibansky weiterhin geachtet und in den Berichten genannt. Dies blieb allerdings ohne Konsequenzen. Es gab vonseiten der Institution Historische Kommission und ihrer Vertreter offenbar keinerlei Unterstützung für Klibansky, als es darauf ankam. Nach dem Herbst 1938 fügte sich deren Verhalten nahtlos in das nationalsozialistische Programm, die Juden von den übrigen Deutschen immer stärker zu isolieren, um sie dadurch zur Flucht ins Ausland zu zwingen.

Das, was in anderen Zusammenhängen als „Gleichschaltung“ von (noch) nicht hinreichend „ausgerichteten“ Elementen bezeichnet wird, erübrigte sich im Umfeld der Historischen Kommission. Selbst jene, die dem Nationalsozialismus und seinen führenden Protagonisten lange distanziert gegenüber gestanden hatten, gerieten in den Sog der allgemeinen Berausung. Zuallererst gilt dies für die Vorgänge im Jahr 1933, als sogar unabhängige Geister wie Werner Krauss und die der Historischen Kommission verbundenen Hochschullehrer Max Graf zu Solms, Luise Bertold und Edmund Ernst Stengel dem Getöse der NS-Propaganda und ihrer Inszenierungen erlegen waren. Den schier unaufhaltsam scheinenden politischen Erfolgsmarsch des obersten Nationalsozialisten sahen immer mehr Zeitgenossen als Garantie für den erhofften Wiederaufstieg Deutschlands. Die meisten blieben bis zum Schluss auf diesem Standpunkt. Umso schwerer war das Umdenken nach 1945.

Das Spezifische erschließt sich bekanntlich erst über den Vergleich. Daher wäre es unbedingt angebracht, die in dieser Studie gewonnenen Erkenntnisse mit denen zu konfrontieren, die sich aus der Analyse von Vorgängen in anderen Historischen Kommissionen gewinnen lassen. Dazu würden sich u. a. die benachbarten Einrichtungen gleicher Art anbieten: die seinerzeit in Darmstadt ansässige Hessische Historische Kommission, die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde oder die Historische Kommission für Westfalen³⁶⁴.

Bei einer weiter ausgreifenden Erforschung der Thematik sollten weitere Quellen einbezogen werden, darunter die Nachlässe der führenden Protagonisten. Dafür böte sich der Nachlass von Edmund Ernst Stengel an – allerdings mit der Einschränkung, dass bestimmte heikle Aspekte sich hier nicht (vollständig) widerspiegeln dürften. Die Zweideutigkeiten im wissenschaftlichen und im persönlichen Umgang Stengels mit dem ‚jüdischen Thema‘ wären es wert, in einem umfassenderen Kontext erörtert zu werden, um vorschnelle Schlüsse zu vermeiden. Freilich würde auch dann die Beziehung zu seinem Schüler Erich Klibansky im Mittelpunkt stehen müssen, der ich in dieser Studie einen Großteil des Raums gewidmet habe. Was die Gepflogenheiten in der Historischen Kom-

³⁶⁴ Siehe auch den knappen Überblick für Niedersachsen von Dietmar ZUR REEKEN, „...gebildet zur Pflege der landesgeschichtlichen Forschung“. 100 Jahre Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen 1910–2010, Hannover 2010, S. 112–124.

mission für Hessen und Waldeck angeht, ist es doch höchst bemerkenswert, dass jüdische Mitglieder und Förderer 1938/39 sang- und klanglos aus den Berichten und Mitgliederverzeichnissen verschwinden (wenngleich jüdische Wissenschaftler in den Literaturankündigungen weiterhin genannt wurden).

Nicht weniger bemerkenswert erscheint, dass man seitens des Vorstands glaubte, nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus bei dem Versuch einer Kontaktaufnahme wieder dort anknüpfen zu können, wo die Historische Kommission die Verbindung abgebrochen hatte. Offenbar mangelte es an jeglichem Gespür für das begangene Unrecht, an dem die Historische Kommission und ihr Vorstand ihren Anteil hatten – und sei es nur durch verweigerte Teilnahme, durch fehlende Empathie mit den verfolgten und vertriebenen Kollegen. Was das Schicksal der schließlich in den Tod deportierten Familie Klibansky anging, schob man im Nachhinein Unkenntnis und Nichtwissen vor.

Nach 1945 wurden die jüdischen Mitglieder – ohne sie vorher zu fragen – kurzerhand wieder in die Verzeichnisse aufgenommen und auch das Bankhaus Baruch Strauß unter den Stiftern genannt, obwohl die Kommission dessen Förderbeitrag aus ihrem Vermögen herausgenommen und – wenn auch nicht dem Sohn von Baruch Strauß, so doch auf ein Sperrkonto zugunsten der nationalsozialistischen Raubbehörden – überwiesen hatte. Somit wurde die Familie Strauß von der Historische Kommission nach 1945 unter den Stiftern abermals geehrt. Dass sie zwischenzeitlich ausgeschieden war – und unter welchen Umständen – wurde mit desinteressiertem Schweigen übergangen. So käme es auch hier darauf an, über den Zustand einer unkritischen Vergangenheitsbewältigung hinauszukommen.

